

westermann



PRAXIS POLITIK & WIRTSCHAFT

03-2022 Markt und Staat

www.praxispolitik-wirtschaft.de | Juni 03-2022



Markt und Staat

Staatsfreier Kapitalismus: Seasteading (Thiel)

Aktienmarktsozialismus (Corneo)

Der Staat als wirtschaftlicher Innovationstreiber
(Mazzucato)

•• **Arbeitsblätter**
Einfach Online Editieren

MEIN ZEITSCHRIFTENKIOSK

Die Westermann Fachzeitschriften jetzt auch digital lesen



Lernen Sie den Kiosk kennen:

www.mein-zeitschriftenkiosk.westermann.de

NEU

6.023

westermann

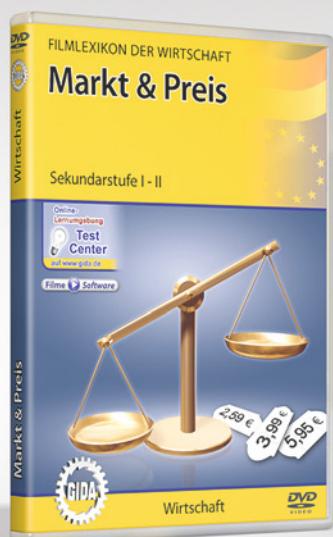


Immer auf den Punkt



Filme und Software für Schulen

Markt & Preis
Preisbildung einfach erklärt



Bildung für nachhaltige Entwicklung

gida.de

Die digitalen Ausgaben der Westermann Fachzeitschriften bieten einen schnellen Zugriff auf alle Beiträge und Materialien.

Die Vorteile im Überblick:

- digitale Inhalte mit Mehrwert: Verlinkungen auf Videos, Audios und andere relevante Seiten
- komfortables Lesen an jedem Gerät
- Volltextsuche und Vorlesefunktion
- Downloaden der Hefte in die eigene Ordnerstruktur
- Zugriff auch auf ältere Hefte
- Online- und Offline-Lesemodus

Alle Vorteile im Abo inklusive!

Liebe Leserin, lieber Leser,

das Verhältnis von Staat und Markt in der Koordination wirtschaftlicher Prozesse ist grundlegend für die Frage nach der Wirtschaftsordnung und ihrer Ausgestaltung. Die Unterrichtsbeiträge setzen sich u. a. mit der freien Marktwirtschaft und der Zentralverwaltungswirtschaft sowie einer modifizierten, marktsozialistischen Wirtschaftsordnung auseinander. Wo es um das Verhältnis von Markt und Staat in der marktwirtschaftlichen Ordnung geht, wird gefragt, wie das staatliche wirtschaftspolitische Handeln ausgestaltet werden soll. Ihren Schüler/-innen wird durch eher „entdeckende“ Ansätze wie Gedankenexperimente der Zugang zu den Themen eröffnet.

Eine spannende Lektüre wünscht Ihre
Petra Beckmann-Schulz
 Redakteurin PRAXIS POLITIK & WIRTSCHAFT

Arbeitsblätter einfach online editieren | NEU!

Mit „*Edi*“ können unsere Abonnentinnen und Abonnenten* alle Arbeitsblätter dieser Ausgabe bequem online bearbeiten. Rufen Sie die Seiten unter www.praxispolitik-wirtschaft.de/edi/03-2022 auf und loggen Sie sich einfach mit Ihren Westermann Zugangsdaten ein.
 Probieren Sie es gleich aus!

*ausgenommen: Abonnement print für Schulen und Institutionen



Praxis Beiträge

Reinhold Hettke

4 Markt und Staat

Basisbeitrag

Jana Bretschneider (Moderatorin)

8 Wirtschaft im Unterricht. Die Frage nach der Freiheit des Marktes und der Macht des Staates

Didaktische Überlegungen

Guido Rotermann

10 Markt oder Staat. Wer bestimmt die Wirtschaft?

Klasse 8–10

Wirtschaftsordnung, Marktwirtschaft

Imke Noormann

16 Freie Marktwirtschaft. Zum Vorteil aller?

Klasse 7–9 (Differenzierung für 9/10)

Wirtschaftoliberalismus, Wirtschaftsordnung, unsichtbare Hand

Jana Bretschneider

23 Staatsfreier Kapitalismus. Das Seasteading-Projekt

Klasse 11–13

Wirtschaftsordnung, Wirtschaftstheorie, Wettbewerb, Monopol

Frank Meske

30 51 % der Aktien für den Staat? Aktienmarktsozialismus (Giacomo Corneo)

Klasse 11–13

Soziale Marktwirtschaft, soziale Ungleichheit, Sozialstaat

Jana Bretschneider

36 Plan statt Markt. Big Data zur Optimierung der Planwirtschaft?

Klasse 10/11

Wirtschaftsordnung, Wirtschaftstheorie, Planwirtschaft

Tim Eickhoff

36 Cannabis legalisieren? Argumentation des wirtschaftlichen Liberalismus

Klasse 11–13

Freiheit, Sicherheit, Effizienz, (Neo-)Liberalismus

Stefan Follmann

50 „Mission Economy“. Der Staat als wirtschaftlicher Innovationstreiber?

Klasse 11–13

Wirtschaftspolitik, Marktwirtschaft

Praxis Rubriken

56 Medientipps



58 Vorschau/Impressum



Reinhold Hettke

Markt und Staat

So viel Markt wie möglich, so viel Staat wie nötig! Weniger Staat, mehr Markt! Dahinter stehen Annahmen über Staatskonzepte, Staatsaufgaben, Marktbegriffe, Marktpolitik, Bürokratie, Marktpreise und Non-Profit-Sektor.



Foto: iStockphoto.com/Golden_Brown

Auf das Verhältnis von Markt und Staat blickt man immer durch die Brille der Politischen Theorie. Wie kann staatliche Herrschaft legitimiert werden?

Eine liberalistische Denkfigur ist die Vertragstheorie. Zwei klassische Vertreter: Nach Hobbes gehen die von Natur aus freien und gleichen, rationalen und egoistischen Menschen einen Gesellschaftsvertrag ein. So setzen sie staatliche Gewalt ein, um den Einzelnen, sein Leben und seine wirtschaftlichen Aktivitäten zu schützen. Für Locke schließen sich die Individuen aufgrund ihrer individuellen Kalküle zu einem Staatskörper zusammen, um ihre von Natur aus bestehenden Rechte auf Freiheit und Eigentum besser zu wahren. Gesellschaft? Ein freiwilliger Zusammenschluss von auf sich selbst bezogenen und eigeninteressierten Individuen. Der Mensch ist Rechtssubjekt. Das Gute und das Gemeinwohl resultieren aus dezentralen, spontanen Marktprozessen. Der Republikanismus und der Kommunitarismus kritisieren diese Positionen. Ihr Ausgangspunkt ist der Mensch in der Gemeinschaft, angewiesen auf soziale Beziehungen. Er ist Bürger und hat Rechte auf politische Partizipation. Es kommt auf individuelles und kollektives Handeln für das Gemeinwohl an. Alasdair MacIntyre und Charles Taylor betonen, dass Menschen immer schon einer Gemeinschaft angehören, deren Wertvorstellungen internalisieren und ihre Identität aus der Gemeinschaft gewinnen.

Beide Orientierungen müssen Fragen der Gerechtigkeit beantworten. So neigen etwa kapitalistische Märkte zur Verschärfung der Ungleichheit bei Einkommen, Vermögen und Verwirklichungschancen. Die Bewertung einer Verteilung hängt von Gerechtigkeitsnormen ab. Für John Rawls etwa muss eine Gesellschaft erhebliche Unterschiede der Ressourcenverteilung zwischen ihren Mitgliedern nach Möglichkeit ausgleichen, wenn sie

zufällig sind. Staatliche Interventionen zwecks Umverteilung von Marktergebnissen oder Erbschaften seien dann gerechtfertigt und geboten.

Dieser liberalen Auffassung stehen libertäre Vorstellungen gegenüber. Friedrich August von Hayek und Robert Nozick etwa plädieren für einen Minimalstaat. Er sei nur dafür zuständig, dass die Rechte der Individuen eingehalten oder durchgesetzt würden, vor allem die freie Verfügung über ihr Eigentum. Der Libertarianismus betrachtet jede Verteilung als gerecht, wenn die Güter ursprünglich auf gerechte Weise angeeignet oder erworben wurden. Eine Umverteilung komme nicht in Frage, nur vergangenes *Unrecht* müsse rückgängig gemacht werden.

Staat: wirtschaftliche Aufgaben

Im Verhältnis des Staates zum Markt steht besonders die Frage nach den Staatsaufgaben. Sie ändern sich und sind im internationalen Vergleich unterschiedlich. Langfristig wurden die Staatsaufgaben erweitert und die Staatsausgaben erhöht. Ursachen sind umstritten wie die Frage, wer welche Leistungen zu welchen Konditionen erbringen soll. Dafür steht ein Spektrum von staatlichen, öffentlichen, privatwirtschaftlichen, gemeinnützigen, genossenschaftlichen, verbandlichen, gemeinschaftlichen oder familiären Akteuren für Aufgaben zur Verfügung (Detlef Sack). Wer was leisten soll, wird vor allem politisch entschieden. Aufgaben des Staates generell sowie gegenüber Märkten und Marktakteuren kann man politisch z. B. mit Zielen wie demokratische Kontrolle, Selbstbestimmung, soziale Absicherung und Gerechtigkeit oder Natur- und Umweltschutz begründen.

So gesehen beauftragen Bürger/-innen den Staat und öffentliche Einrichtungen, für alle zugängliche

und nutzbare Güter und Leistungen herzustellen (öffentliche oder Kollektivgüter). Kollektivgüter wie soziale Sicherheit und Leistungen des Wohlfahrtsstaats schaffen zugleich Voraussetzungen für die kapitalistische Wirtschaft, weil sie ihre Ungewissheiten abfedern und sie besser legitimieren.

Die Legitimation wirtschaftlicher Staatsaktivität wird aber oft auf Marktversagen und Kollektivgüter verengt. Sie unterscheiden sich von Privatgütern, weil beliebig viele sie gleichzeitig nutzen können und man niemanden ausschließen kann (Nichtrivalität, Nichtexklusivität). Diese Perspektive weist „den Markt“ als Normalfall und den Staat als Nothelfer aus. Eine objektive, universale, zeitlos gültige oder nicht-normative Begründung für Staatsaufgaben, öffentliche Grundversorgung und ihre Finanzierung gibt es nicht. Man muss immer wieder darüber entscheiden.

Das illustriert die Geschichte der Expansion der Staatstätigkeit, der Privatisierung und ihrer Gegenbewegungen, etwa die Rekommunalisierung zuvor privatisierter Aufgaben wie Strom- und Wasserversorgung. Privatisierung erzeugt politische Wirkungen. Bürgerrechte ändern sich, aus Bürgern werden Kunden, die Parlamente verlieren Macht, Kapitaleigentümer gewinnen sie.

Mischung von Markt und Staat

Meist definiert man „den Markt“ als Treffpunkt von Angebot und Nachfrage. Der Fokus liegt auf Wettbewerb, Preisbildung und Marktgleichgewicht. Hinzu kommen unterschiedliche Marktformen wie Oligopol oder Monopol. Markt erscheint als ein natürlicher, selbstregulierender Mechanismus, der eigenen Gesetzmäßigkeiten folgt. Der Marktpreis koordiniert Angebot und Nachfrage, sie tendieren zum Gleichgewicht. Güter und Dienstleistungen werden effizient produziert, Prozess und Produkt sind optimal. „Eingriffe“ des Staates in „den Markt“ behindern seine Funktionsweise und verschlechtern seine Ergebnisse.

Dieses Idealbild legt nahe, dass man die wirtschaftliche und politische Realität möglichst daran anpassen müsse. „Der Staat“ solle eine wettbewerbsfördernde Rahmenordnung für „den Markt“ schaffen und durchsetzen (Ordnungspolitik). Staat und Politik sollen keine Industriepolitik betreiben und sich aus der Gründung, Sicherung, Entwicklung und Erweiterung von Märkten heraushalten. Aber gegen unerwünschte Konzentration von Marktmacht sollen sie einschreiten (Wettbewerbspolitik).

Diesem mikroökonomisch ausgerichteten Gedankengebäude steht u. a. die postkeynesianistische Strömung gegenüber. Sie betont das Problem der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und setzt auf staatliches Management (Globalsteuerung). Aus dieser Sicht tendieren Märkte oft zu anhaltenden Ungleichgewichten, es herrscht fundamentale Ungewissheit über die Zukunft sowie eine hohe Instabilität und Konflikthaftigkeit in kapitalistischen Wirtschaften.

Die Politik müsse diese Strukturschwächen ausgleichen und die Wirtschaft stabilisieren, vor allem mit aktiver Fiskal- und Wachstumspolitik sowie strenger Regulierung der Finanzmärkte.

Lehrpläne und Schulbücher arbeiten oft mit einer Dichotomie: hier Markt, dort Staat, hier die „freie Wirtschaft“, dort der zentrale Plan. Das passt zu kontraktualistischen sowie wirtschafts- und ordoliberalen Denkschemata und ihren Wertvorstellungen (Ötsch/Pühringer/Hirte). „Dem Markt“ schreibt man positive Eigenschaften zu, vor allem Freiheit, „dem Staat“ negative, vor allem Zwang oder Behinderung von Freiheit. Die wirtschaftspolitische Aufgabe des Staates sei Planung für „den Markt“ und Regulierung zwecks Deregulierung.

Märkte sind Politik

Geschichts- und Sozialwissenschaften beschreiben das deutsche Wirtschafts- und Sozialsystem als ein Mischesystem (mixed economy). Es sei keine liberale, sondern eine koordinierte Marktwirtschaft. Hier dominieren eher konsensuale und langfristige Beziehungen, eine institutionalisierte Kooperation von Arbeitgebern und Arbeitnehmern (Sozialpartnerschaft, Mitbestimmung) sowie soziale Sicherheit.

Im Bereich Wirtschaft und Arbeit vermitteln Interessenverbände wie Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften sowie Körperschaften wie Wirtschaftskammern zwischen Markt, Staat und Gesellschaft. Sie tragen zur politischen Steuerung der deutschen Arbeits- und Sozialbeziehungen bei, wirken auf Regulierungsprozesse ein und an ihnen mit. Das wirkt stabilisierend – und kann vom Staat initiiert werden.

Staatliche und nichtstaatliche Akteure koordinieren Märkte, so dass Ordnung auf unterschiedlichen Wegen und in unterschiedlichen Formen entsteht (Governance). Hier wirkt ein Mix aus den Koordinationsformen Hierarchie, Markt/Wettbewerb, Gemeinschaft, Verband und Netzwerk. Durch Regelungen und Selbstorganisation strukturieren Markakteure wie Unternehmen, Branchenverbände, Fachbehörden oder Verbraucherorganisationen zusammen mit staatlichen Akteuren ihre Märkte und prägen deren Regeln. Freie Märkte sind Fiktion, regulierte Märkte Fakt. Die ordoliberalen Grundidee vom Staat wurzelt in den 1930er/1940er Jahren, noch eine Hochzeit des Nationalstaats. Heute existiert ein komplexes politisch-ökonomisches Mehrebenensystem aus Regionen, Nationalstaaten, EU und internationalen Organisationen (z. B. WHO, Europäische Zentralbank). Regierungen sind ein Akteur neben anderen, in Wirtschaft und Wirtschaftspolitik herrscht zunehmend eine „governance without government“ (Rosenau/Czempiel). Liberalisierte und globalisierte Güter- und Finanzmärkte begünstigen transnationale Konzerne, die sich nationaler Regulierung entziehen. Der Staat agiert zunehmend als Ko-Konstrukteur und Garant von

Märkten. Liberalisierung, Weltmarkt und neoliberale Denkmuster bringen ihn dazu, das Land als Wirtschaftsstandort zu betrachten, dessen internationale Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität für Auslandsinvestitionen er fördern muss. Er versteht sich dann als Interessenvertreter international aktiver Branchen und Unternehmen.

Auf vielen Märkten sind Staat, Wirtschaft und Wissenschaft eng miteinander verflochten. Wichtige Märkte gehen vorrangig auf staatliche Initiativen, Forschung und Entwicklung zurück, etwa Kernenergie, Telekommunikation, Internet, regenerative Energien oder private kapitalgedeckte Altersvorsorge. Mariana Mazzucato spricht vom unternehmerischen Staat und seiner missionsorientierten Forschungs- und Entwicklungspolitik. Märkte sind Politik. Das verkennt die Dichotomie Markt/Staat. Sie ignoriert auch die Bedeutung von Organisationen in der Wirtschaft.

Behörden und Unternehmen

Dem US-amerikanischen Handelskonzern Walmart unterstehen weltweit 2,3 Mio. Beschäftigte, er macht einen Umsatz von 514 Mrd. Euro – mehr als alle Beschäftigten in Irland, mehr als das BIP von Berlin und Niedersachsen (2018). Globalen Großkonzernen gelingt es oft, ihre Macht über Ressourcen und Personen in politischen Einfluss gegenüber Parlamenten, Regierungen und Behörden zu konvertieren.

Unternehmen und Behörden ähneln sich in ihrer Organisationsform und -kultur (Lisa Herzog). Sie sind hierarchische Herrschaftssysteme mit formalisierter Arbeitsteilung, die auf Über- und Unterordnung und Regeln beruhen. Sie bewegen sich auf Märkten und in Netzwerken. Konzerne wie Walmart funktionieren wie private Planwirtschaften, von denen viele Unternehmen und Arbeitskräfte abhängig sind. Wettbewerb und Nachfrage auf den Märkten begrenzen ihre Spielräume.

Die bürokratisch-hierarchische Organisationsform verbindet Staat und Marktakteure. Behörden, Unternehmen und Verbände sind rationale Bürokratien (Max Weber). Personen begegnen sich dort als Vorgesetzte und Untergebene. Unternehmen legitimieren ihre hierarchische Struktur mit dem Verfügungsrecht durch das Privateigentum an Produktionsmitteln. Genauer betrachtet verleiht der Gesetzgeber den Kapitaleigentümern das Direktionsrecht gegenüber den Beschäftigten. Unternehmen sind insofern keine Marktgebilde, sondern mächtige und marktabhängige Bürokratien (außer: Kleinunternehmen). Organisationen sind das Dritte zwischen Markt und Staat.

Märkte und Kostenwahrheit

In vielen Fällen privilegieren Politik und Behörden die Interessen von Unternehmen gegenüber Unbeteiligten und der Allgemeinheit. So befreit z. B. das Recht Kapitaleigentümer und Geschäftsführer von

Kapitalgesellschaften davon, persönlich und mit ihrem Privatvermögen für Schäden durch das Unternehmen zu haften. Im Grundsatz wirken Unternehmen wie „Externalisierungsmaschinen“ (Joel Bakan). Sie versuchen, Kosten ihrer Produktion auf Dritte und die Gesellschaft abzuwälzen und treffen damit wirtschaftliche und moralische Entscheidungen.

Externalisierte Kosten fehlen in der Kalkulation, so sind die Preise zu niedrig. Das verzerrt den Marktprozess und erzeugt systematisch falsche Entscheidungen. Die Preise sind nicht real, der Preismechanismus versagt, Märkte arbeiten dann ineffizient. Belastet werden Nichtmarktteilnehmer und die Gesellschaft. Gegen diese Externalisierung gibt es seit Beginn der Industrialisierung politische Kämpfe. Es geht um soziale Sicherung, Arbeits- und Gesundheitsschutz und Umweltschutz. Der Staat wird adressiert und hat schon viel geleistet. Zugleich ermutigen, ermöglichen oder dulden Staat und Gesellschaft das Abwälzen von Kosten. Wir leben in einer „Externalisierungsgesellschaft“ (Stephan Lessenich). Wieder macht die Dichotomie Markt/Staat wenig Sinn. Das zeigt sich auch beim Non-Profit-Sektor.

Jenseits von Markt und Staat

Non-Profit-Bereich (Dritter Sektor), Zivilgesellschaft und wirtschaftlich relevante Leistungen von privaten Haushalten, Familien und Gemeinschaften kommen nicht vor. Aber sie schaffen erst die Voraussetzungen für Arbeit in privaten Unternehmen und für Marktprozesse.

Träger der Sozialversicherung sind selbstständige Körperschaften, kofinanziert und selbstverwaltet von Versicherten und Arbeitgebern. Zentrale Akteure sind Wohlfahrtsverbände, Kirchen und andere Organisationen. In Deutschland erbringen freie und gemeinnützige Träger der Wohlfahrtspflege den größten Teil der sozialen und gesundheitlichen Dienstleistungen (Subsidiaritätsprinzip). Sie wirken als Scharnier zwischen Markt und Staat im formellen Sektor und dem informellen Sektor mit Familie, Sozialengagement, Nachbarschafts- und Selbsthilfe (Heinze). In Form von Netzwerken zwischen selbstständigen Trägern bilden sie die soziale Infrastruktur und stützen sich dabei auch auf ehrenamtliche Arbeit. Im intermediären Raum zwischen Staat und Markt agieren auch gemeinnützige und selbstverwaltete Genossenschaften, etwa im Wohnungsbau.

Märkte, Unternehmen, Staatsaufgaben und Zivilgesellschaft sind nicht naturgegeben. Sie entstehen aus normativen Orientierungen, Interessenkonflikten und politischen Entscheidungen. Die Akteure selbst und die Politik können sie anders gestalten. Sie nur aus einer funktionalen Perspektive zu betrachten, greift zu kurz. Die Norm der Effizienz steht nicht über moralischen Normen. Es lohnt sich, über das Verhältnis von Markt und Staat zu streiten. Alternativen gibt es immer. ■

UNSER AUTOR



**Prof. em.
Dr. Reinhold
Hettke** war
von 2002
bis 2019

Foto: privat
Professor für
Wirtschaftssoziologie und
Didaktik der Sozialwissen-
schaften an der Fakultät für
Soziologie der Universität
Bielefeld. Er forscht unter
anderem über sozioökonomi-
sche Bildung und sozialwis-
senschaftliche Markttheorie
und ist Mitgründer der Gesell-
schaft für sozioökonomische
Bildung und Wissenschaft.

Politikunterricht mit der F.A.Z.

Gestalten Sie Ihren Politikunterricht mit unserem Material „Der Bundespräsident“ praxisorientiert und abwechslungsreich. Das in Kooperation mit Bergmoser + Höller entwickelte Unterrichtsmaterial ist kostenfrei auf fazschule.net erhältlich.

Gratis-Download:
fazschule.net

 Das Schul- und Lehrerportal fazschule.net



Hans Böckler Stiftung

Mitbestimmung · Forschung · Stipendien

BOECKLER-SCHULE.DE

Fachlich geprüftes Lehrmaterial ab Klasse 9

Die Unterrichtseinheiten sind Lerneinheiten für zwei bis drei Doppelstunden zu Themen wie Mindestlohn, Tarifvertrag, Rente und Mitbestimmung. Eine Grafik-Datenbank ist online verfügbar. Die Themenhefte sind komplett Unterrichtsreihen zu den Themen Globalisierung und Mitbestimmung. Außerdem gibt es ein Arbeitsheft zur Gründung einer Schülerfirma. Printexemplare sind kostenlos bestellbar.

**MATERIALIEN
FÜR EINEN GUTEN
UNTERRICHT**

Jana Bretschneider

Wirtschaft im Unterricht

Die Frage nach der Freiheit des Marktes und der Macht des Staates

Das Verhältnis von Staat und Markt bei der Koordination wirtschaftlicher Prozesse ist nicht nur grundlegend für die Frage nach der Wirtschaftsordnung an sich, sondern auch für die konkrete Ausgestaltung von Wirtschaftsordnungen. Die Beiträge diese Heftes befassen sich zum einen mit Wirtschaftsordnungen und nehmen zum anderen Ansätze verschiedener Praktiker und Theoretiker auf, die entweder staatliche Intervention in den Markt fordern oder Zurückhaltung des Staates in wirtschaftlichen Fragen.

Drei Beiträge des Heftes (**UB 1**, **UB 2** und **UB 5**) setzen sich grundlegend mit den Wirtschaftsordnungen der freien Marktwirtschaft und der Zentralverwaltungswirtschaft auseinander. Die übrigen greifen das Verhältnis von Markt und Staat im Rahmen marktwirtschaftlicher Ordnung auf. Hierbei wird zumeist ausgehend von konkreten (wirtschafts-)politischen Fragen die Bedeutung von Markt und Staat in einer Wirtschaftsordnung untersucht bzw. es wird der Frage nachgegangen, wie das staatliche wirtschaftspolitische Handeln ausgestaltet werden soll. Hierbei lernen die Schüler/-innen sowohl regelrechte Klassiker der Wirtschaftstheorie eingebunden in anschauliche Analysekontexte kennen (**UB 2**: Adam Smith, **UB 5**: Joseph Schumpete, **UB 6** Milton Friedman) als auch neue wirtschaftstheoretische Ansätze (**UB 4**: Giacomo Corneo, **UB 7**: Mariana Mazzucato) oder Forderungen aus der wirtschaftlichen Praxis (**UB 3**: Peter Thiel). Die wirtschaftstheoretischen Themenbereiche erschließen sich die Lernenden mit den in diesem Heft zusammengestellten Unterrichtsbeiträgen sowohl analytisch als auch mittels handlungsorientierter Zugänge, entdeckend oder in Form von Gedankenexperimenten.

Was ist eine gute Wirtschaftsordnung?

Der Frage nach der guten Wirtschaftsordnung geht Guido Rotermann (**UB 1**) bereits für jüngere Lernende ab Klasse 8 nach. In Form einer modifizierten Inselspiel-Situation suchen die Schüler/-innen nach der für sie optimalen Wirtschaftsordnung. Hierbei setzen sie sich konkret und anschaulich mit den Wirtschaftsordnungen einer fiktiven Insel auseinander: In einem Inselteil hat sich eine zentral verwaltete Wirtschaft entwickelt, in dem anderen eine marktwirtschaftliche Ordnung. Anhand konkreter Ereignisse durchdenken die Lernenden die (volks-)wirtschaftlichen Folgen einzelner Ereignisse für beide Systeme, gewinnen Einblicke in zentrale Unterschiede und urteilen gestaltend, welche Merkmale eine

für sie optimale Wirtschaftsordnung aufweisen müsste. Ebenfalls an jüngere Schüler/-innen richtet sich der Unterrichtsbeitrag von Imke Normann (**UB 2**): Anhand einer konkreten, aber fiktiven Situation eines Wochenmarkts, in dem zentrale Merkmale freier Marktwirtschaft verwirklicht sind, können bereits Lernende ab Klasse 7 Einblicke in die Vorteile und auch Probleme eines solchen wirtschaftlichen Systems gewinnen. Sie setzen sich hier mit ganz konkreten Situationen und Ereignissen im Kontext des Settings des fiktiven Wochenmarktes auseinander und verallgemeinern ihre auf diese Weise gewonnenen Erkenntnisse anschließend.

Marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnungen haben sich weltweit gegenüber zentral verwalteten Wirtschaftsordnungen durchgesetzt – sowohl hinsichtlich grundlegender wirtschaftspolitischer Systementscheidungen als auch in der wirtschaftspolitischen Praxis der vergangenen gut hundert Jahre. Aktuell werden jedoch Ideen diskutiert, inwieweit Big Data eine Renaissance der Zentralverwaltungswirtschaft ermöglichen könne. Mit dieser Idee arbeitet **UB 5** (Jana Bretschneider): Auch hier nutzen die Lernenden eine fiktive Situation. Ausgehend von dem Zusammenbruch einer weitgehend ungelenkten Marktwirtschaft, der durch zentrale Probleme der freien Marktwirtschaft evoziert wird, entwickeln die Lernenden das Konzept einer Planwirtschaft. Hierbei setzen sie sich sowohl mit der historischen Zentralverwaltungswirtschaft in der DDR, dem Informationsproblem dieser und den Möglichkeiten und Risiken von Big Data im wirtschaftspolitischen Kontext auseinander.

Welchen Einfluss hat der Staat in einer Marktwirtschaft?

Zentral für die aktuelle Diskussion um die Ausformung der Wirtschaftsordnung ist vor allem jedoch die Frage, wie frei oder aber wie gelenkt die Marktwirtschaft sein soll. Jeweils zwei Beiträge

greifen Forderungen nach weniger staatlichen Eingriffen (**UB 3, UB 6**) und nach stärkeren staatlichen Interventionen (**UB 4, UB 7**) auf.

Einen nahezu staatsfreien Kapitalismus fordert der Unternehmer und Investor Peter Thiel (**UB 3**, Jana Bretschneider). Diese Forderung konkretisiert sich der Idee der Seasteads, in denen sich die Wirtschaft nahezu frei von staatlichen Restriktionen und einem wirtschaftspolitischen Ordnungsrahmen entfalten soll. Die Unterrichtssequenz für ältere Schüler/-innen greift unter Fokussierung auf die Frage nach den Chancen und Problemen von Monopolbildung die Kontroverse zwischen Wettbewerbshütern (repräsentiert durch Lina Khan) und Hyperkapitalisten (repräsentiert durch Peter Thiel) auf. Wenn auch bei Weitem nicht so extrem wie Peter Thiel, fordert auch Milton Friedman einen Rückzug des Staates aus (wirtschafts-)politischen Fragen. Die Idee des Liberalismus hat Friedman am Beispiel der staatlichen Regulierung von Cannabiskonsum entfaltet. Damit gewinnen die Überlegungen des inzwischen klassischen Wirtschaftstheoretikers Friedman Aktualität für die Diskussion um die Legalisierung von Cannabis in Deutschland. Die Kontroverse um dessen Legalisierung greift Tim Eickhoff (**UB 6**) auf und findet hierbei u. a. zu einer Analyse der liberalen Argumentationsstruktur.

In der aktuellen wirtschaftstheoretischen Diskurs werden aber auch unterschiedliche Ansätze verhandelt, die

– zumindest punktuell – ein deutliches staatliches Eingreifen in die marktwirtschaftliche Ordnung entwerfen. Hierzu gehören der Ansatz der missionsorientierten Wirtschaftspolitik von Mariana Mazzucato und der des Aktienmarktsozialismus von Giacomo Corneo. Letzteren greift Frank Meske in **UB 4** auf: Die Schüler/-innen erschließen die Überlegungen Corneos. Dieser entwirft ein Konzept, nach dem durch die Verstaatlichung eines Teils der Aktien Vorzüge der Marktwirtschaft (Innovation, Unternehmensgewinne etc.) beibehalten, aber intensiv staatlich genutzt werden können sollen. Im Zuge eines eigenen Gedankenexperiments nähern sich die Lernenden dem Ansatz Corneos und gelangen abschließend zu einem Urteil. Ein anderes Konzept staatlicher Intervention entwickelt Mariana Mazzucato. Ihren Ansatz der innovationsorientierten Wirtschaftspolitik macht Stefan Follmann (**UB 7**) der Analyse durch die Schüler/-innen zugänglich: Mazzucato analysiert die wirtschaftlichen Folgen, die sich aus einem staatlich geförderten Großprojekt – der US-amerikanischen Mondmission – ergeben haben. Sie beschreibt nicht nur eine positive wirtschaftliche Entwicklung im allgemeinen, sondern hohe unternehmerische und wirtschaftliche Innovation nicht zuletzt im Bereich der Produktentwicklung. Nach dem Vorbild der Mondmission betont Mazzucato das wirtschaftliche Potenzial staatlicher Projektgestaltung. Die Lernenden analysieren und beurteilen diesen Ansatz. ■

Übersicht über die Unterrichtsbeiträge (UB) dieser Ausgabe von Praxis Politik & Wirtschaft

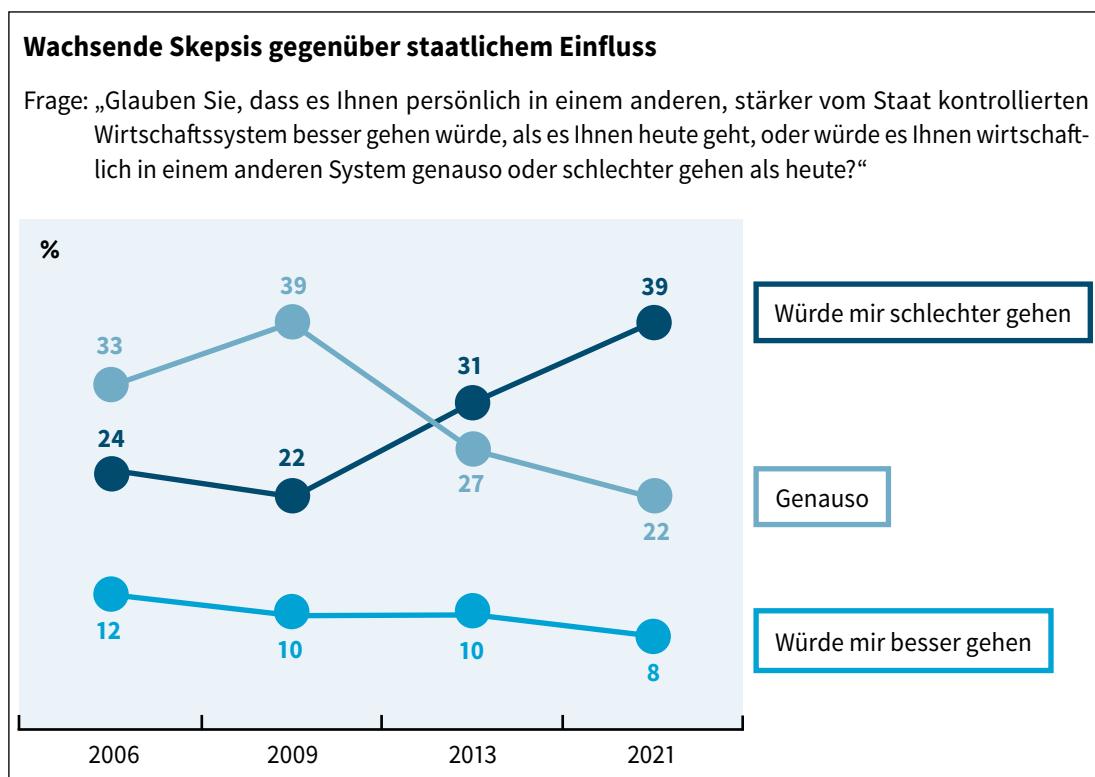
Unterrichtsbeitrag	Klassenstufe	Inhaltliche Aspekte	Methodischer Zugang	Seiten
UB 1 Markt oder Staat. Wer bestimmt die Wirtschaft	8–10	Inselspiel-Situation, Merkmale von Wirtschaftsordnungen, wirtschaftliches Handeln	Inselspiel, Fallanalyse (fiktiv)	10–15
UB 2 Freie Marktwirtschaft. Zum Vorteil aller?	7–9 (Differenzierung für 9/10)	Adam Smith, fiktive Situation eines freien Marktes, Erschließen von Vorzügen und Problemen freier Marktwirtschaft	Fallanalyse (fiktiv)	16–22
UB 3 Staatsfreier Kapitalismus. Das Seasteading-Projekt	11–13	Peter Thiel, Seasteading, Kalifornischer Kapitalismus, Kontroverse: Monopolbildung als Chance oder als Problem	Podiumsdiskussion	23–29
UB 4 51 % der Aktien für den Staat? Aktienmarktsozialismus	11–13	Giacomo Corneo, Aktienmarktsozialismus	Gedankenexperiment	30–35
UB 5 Plan statt Markt. Big Data zur Optimierung der Planwirtschaft?	10/11	Zusammenbruch einer fiktiven freien Marktwirtschaft, Konstruktion einer zentralverwaltungswirtschaftlichen Ordnung, Big Data, Schumpeter	fiktiver Fall, Entwicklung einer Wirtschaftsordnung	36–42
UB 6 Cannabis legalisieren? Argumentation des wirtschaftlichen Liberalismus	11–13	Milton Friedman, marktwirtschaftliche Ordnung, Zurückhaltung des Staates, Cannabislegalisierung	Talkshow	43–49
UB 7 „Mission Economy“. Der Staat als wirtschaftlicher Innovationstreiber	11–13	Mariana Mazzucato, missionsorientierte Wirtschaftspolitik, Staat als Innovationstreiber marktwirtschaftlicher Ordnung	Textanalyse	50–55

Guido Rotermann

Markt oder Staat

Wer bestimmt die Wirtschaft?

Die Frage nach dem Einfluss, den der Staat auf wirtschaftliches Handeln nehmen soll, gehört zu den anhaltenden politischen Konfliktlinien. Beispiele wie Eingriffe in die Preisgestaltung (z. B. Mietendeckel, Mindestlohn), Diskussionen um die Beschränkung der Verfügungsgewalt von Grundeigentum (z. B. beim Netzausbau) oder Diskussionen im Spannungsfeld von Freiheit und Selbstverantwortung (z. B. Bedingungsloses Grundeinkommen, Risikovorsorge) sind anhaltend Gegenstand politischer Kontroverse. In der bipolaren Zuspitzung einer fiktiven Inselsituation lassen sich zentrale Grundmuster der Argumentationen erarbeiten.



Das grundsätzliche Vertrauen in Marktmechanismen und eine Skepsis gegenüber staatlicher Einflussnahme hat in der Bundesrepublik Tradition, die wohl auch durch den Systemwettbewerb zur Planwirtschaft der DDR geprägt ist. Möglicherweise aber ist es auch davon beeinflusst, dass staatliche Einflussnahme nicht immer als solche erkannt wird. Lernende nehmen durchaus Schwächen einer sehr freien Marktwirtschaft wahr und verweisen im Unterricht bspw. regelmäßig auf soziale Risiken in den USA. Interessanterweise werden solche Phänomene aber vor al-

lem einseitig als Staatsversagen gekennzeichnet; das Spannungsfeld von freiem Markt und staatlicher Lenkung bleibt dagegen oft außerhalb der Analyse. In der Klimadiskussion werden ökonomische Fehlanreize (z. B. die fehlende Signalfunktion von Preisen) oft einfacher als Marktversagen erkannt.

Diskussionswürdig

Der „richtige“ Einfluss des Staates lässt sich nicht messen. Um das Wirken staatlichen Einflusses

Das Thema im Unterricht

Klassenstufe 8–10
Zeitbedarf 2–3 Stunden

Materialien 3
Lehrplanbezüge Wirtschaftsordnung, Marktwirtschaft
Methoden fiktive Fallanalyse

Copy 1 Problemaufriss und Lösungsansätze zum Insel-Fallbeispiel



Copy 2 Analyse – ökonomische Anreize als Steuerungsmechanismus



Copy 3 Beurteilung – Markt und Staat in einer Wirtschaftsordnung

Arbeitsblätter bequem online anpassen!

Mehr dazu auf Seite 3.



COPY 1 Die Grundidee von Inselspielen ist es, die Lernenden mit einer noch weitgehend ungeregelten Situation zu konfrontieren und sie in diesem Rahmen Lösungen finden zu lassen. Das Ausprobieren von „Irrwegen“ und die Erfahrung von Fehleinschätzungen gehören als wertvolle Erkenntnis in diesen Kontext.

In Aufgabe 1 erfassen die Lernenden die Situation auf den beiden Inselhälften und charakterisieren insbesondere die Wirtschaftssysteme als stark staatlich gelenkt (v. a. staatliche Planung von Bedarf und Produktion, staatliche Aufgabenverteilung, Staatseigentum) auf der Westinsel und als ein marktgesteuertes System auf der Ostinsel. Aspekte wie Außenhandel sind ausgeschlossen (Trennung der Inselhälften). Der technische Entwicklungsstand ist nur angedeutet und für die Durchführung nicht bedeutsam.

Aufgabe 2 ist umfangreich und zeitintensiv und lässt sich gut in Vierergruppen bewältigen. Die Lehrkraft sollte für Fragen zur Verfügung stehen und ansonsten zuhörend in den Gruppen anwesend sein. Wenn dabei interessante oder strittige Aspekte zutage treten, können diese anschließend in einer Sicherung thematisiert werden.

Möglicher Überblick zur Aufgabe 2 (ausgewählte Beispiele, Anderes auch möglich).

Ereignis	Reaktion und mögliche Folgen	
Nr./Schlagwort	Nordinsel	Südinsel
1. Gütermangel an Nägeln	(a) Staatliche Umlenkung der Ressourcen (Rohstoffe, Arbeitskraft, ...). Risiko: Falsche Einschätzung der Bedarfe führt zu Defiziten an anderer Stelle. (b) Wartezeiten der Kunden/-innen bis zur Verfügbarkeit der Güter	Preiserhöhung für Nägel; Nachfragerückgang durch z. B. Substitution; Angebotserhöhung durch Gewinnanreiz
2. Berufswechsel	Staatliche Entscheidung unter Einbezug der gesellschaftlichen Bedarfe. Bei Versagen: Unzufriedenheit → Gefahr nachlassender Produktivität	Private Entscheidung, evtl. fehlen Bäcker und Backwaren → Preiserhöhungen → Möglichkeit zu Lohnerhöhungen und besseren Arbeitsbedingungen → Anreiz zur Aufnahme des Bäckerberufs; Überangebot an Müllern/-innen → Lohnsenkung → ...
4. Getreidemangel	(a) Staatliche Umlenkung der Produktionsmittel auf Ackerbau (Dünger, Technik, Flächen, Arbeitskräfte, ...). Risiko: Defizite andernorts oder Überlastung der natürlichen Ressourcen. (b) staatliche Geburtenkontrolle	(a) Preissteigerungen -> Anreiz zur Umlenkung der Produktionsmittel und Änderung der Nachfrage (z. B. Gemüse statt Getreide). (b) Konsumausschluss derer, die steigende Preise nicht zahlen können → evtl. staatliche Sozialmaßnahmen
6. Löcher im Netz	Geringes Eigeninteresse des Fischers am staatlichen Netz, da der staatliche Lohn unabhängig von der Fangmenge gezahlt wird.	Das Netz ist Privateigentum und wird aus Eigeninteresse gepflegt; die Fangmenge entscheidet über den Gewinn.
7. Arbeitsunfähigkeit	Je nach rechtlicher Regelung. Da aber der Staat insgesamt viel Verantwortung für die Bürger/-innen trägt, ist eine staatliche Lohnfortzahlung zu erwarten.	Je nach rechtlicher Regelung. Da keine Leistung erbracht wird, entsteht auch kein Lohnanspruch. Über Versicherungen kann dieses Risiko abgesichert werden.
8. Berufsausbildung	Da die Entlohnung unabhängig von der Qualifikation erfolgt, gibt es keinen finanziellen Anreiz für den Mehraufwand.	Ein hoher Ausbildungsaufwand wird auf dem Arbeitsmarkt oft mit hohem Lohn honoriert, es gibt einen Anreiz für den Mehraufwand

Das Thema im Unterricht

14. Berufswechsel	Das private Können des Tuchmachers spielt in der staatlichen Wirtschaft keine Rolle. Risiko: Fähigkeiten werden nicht angemessen genutzt.	Die Freiheiten des Marktes bieten finanzielle Anreize, die eigenen Fähigkeiten zu professionalisieren und so die Versorgung der Gesellschaft zu verbessern. Risiko: Bei der Entwicklung des beruflichen Glücks kann jeder/jede auch selbst verschuldet scheitern.
15. Feuersteine	Der Staat entscheidet, ob etwas weiterhin hergestellt wird. Risiko: Innovationen werden versäumt.	Der Wettbewerb regelt, welche Produkte verkauft werden und somit auch, welche weiter hergestellt werden. Risiko: Fehlende Innovationsfähigkeit führt zum Aus.

COPY 2 Aufgabe 1a: An Beispielen werden extrinsische Motivation (Handeln gegen Belohnung) und die drei Formen der intrinsischen Motivation unterschieden. Es wird herausgestellt, welchen Einfluss diese auf das ökonomische Verhalten des Individuums haben können. Deutlich werden sollte, dass das alltägliche Phänomen „Motivation“ zugleich als (ökonomischer) „Anreiz“ für bestimmtes Verhalten dient. Aufgabe 1b: Für beide Systeme lassen sich Begründungen für extrinsische Motivation und die Formen der intrinsischen Motivation finden. Über Begriffe wie Leistung kann der Mechanismus der unterschiedlichen Löhne und Preise im Marktsystem betont werden; der Teamgeist bzw. die Bereitschaft zur Erfüllung von Normen kann – eine entsprechende Gesellschaft vorausgesetzt – bei staatlicher (hier gemeinschaftlicher) Lenkung begründet werden. Aufgabe 2: Die Freiheit zur Berufswahl kann entscheiden über die Motivation und somit Anreiz sein für ökonomisches Handeln (z. B. Ereignis „Imker“). Privateigentum kann mit einer gesteigerten Verantwortungsbereitschaft (z. B. zu nachhaltigem Handeln) verbunden sein (z. B. Ereignis „Apfelbaum“); bei öffentlichen Gütern besteht das Risiko der kurzfristigen Ausbeutung. Der Markt kann Sig-

nale senden zur Knappheit bestimmter Güter und über die Preisgestaltung Angebot und Nachfrage lenken (z. B. zu wenig Tonkrüge vorhanden). Der Markt kann aber auch dazu führen, dass Individuen vom Markt ausgeschlossen sind (z. B. erkrankter Dachdecker) und keine Güter erhalten. Die drei Schritte der Aufgabe 3 umfassen zunächst erste Überlegungen des Einzelnen (think), dann den Austausch mit z. B. Sitznachbarn (pair) und anschließend die Diskussion in der großen Gruppe (share). Die Ereignisse im Insel-Fallbeispiel lassen die grundsätzlich unterschiedlichen Interessen der zentralen Akteure erkennen, so z. B. das Interesse der Nachfrager/-innen an bestimmten Gütern, hoher Qualität oder niedrigen Preisen, das Interesse der Anbieter/-innen an hohen Erträgen oder anderen Gegenleistungen (ggf. muss für „Arbeit“ erklärt werden, dass Lohn der Preis für Arbeitsleistung ist). Recht abstrakt ist die Rolle des Staates, der auch gesellschaftliche Ziele (z. B. soziale Zufriedenheit) verfolgt. Die Karikaturanalyse (Aufgabe 4) kritisiert im Kern, dass Marktteilnehmer/-innen sich durch bestimmte Anreize steuern lassen, ohne dabei die Wohlfahrt zu erhöhen. Die Zeichnung ermöglicht auch eine Auseinandersetzung darüber, dass die Art des richtigen Anreizes individuell verschieden sein kann.

COPY 3 Aufgabe 1: Schlössers Darstellung zum Markt stellt grundsätzlich die Situation auf der Nordinsel dar. Auch die von ihm genannten Problembereiche ließen sich dort feststellen (Copy 1). Die Südinsel passt zu seiner Beschreibung der „beinahe unbegrenzten Anzahl an Aufgaben“. Copy 2 überträgt die Problematik der strittigen Staatsaufgaben auf die Realität. Es ist durchaus anzunehmen, dass die Lernenden Beispiele für das Austragen dieser Kontroverse kennen (Wahlkampf, tagesaktuelle Auseinandersetzungen um die Höhe

sozialer Leistungen etc.). Damit lässt sich zugleich begründen, dass der öffentlich erlebbare (und oft kritisierte) politische Streit einen sachlichen Hintergrund hat und somit der demokratischen Entscheidungsfindung dient. Aufgabe 3 ermöglicht eine abschließende Auseinandersetzung aus der Schülerperspektive. Die vier Kategorien in M 6 können dabei als Impuls dienen; die Abbildung kann auch vorbereitend als Mindmap weitergeführt werden und dann als Vorbereitung auf eine Auseinandersetzung im Plenum dienen.

bewerten zu können, bedarf es der Durchdringung von Sachzusammenhängen und der Betrachtung von Wechselwirkungen. Derer gibt es so viele, dass die Reduktion auf einen fiktiven Fall und damit die Möglichkeit zur Gegenüberstellung von vereinfachten Grundmodellen zur Staatslenkung und zum freien Markt es auch in ökonomischen Themen ungeübten Lernern ermöglicht, Vorzüge und Probleme gedanklich zu fassen und darüber zu streiten. Ausgehend von der Idee der Inselspiele werden hier relevante Schlüsselfragen zur Rolle des Staates entdeckt. Es wird die Möglichkeit eröffnet, dazu unterschiedliche Positionen zu entwickeln. ■

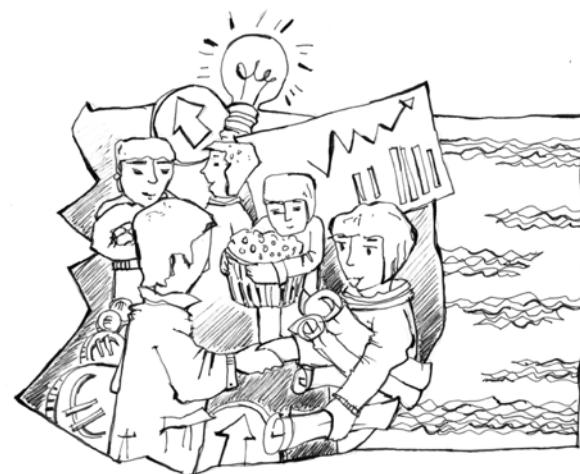
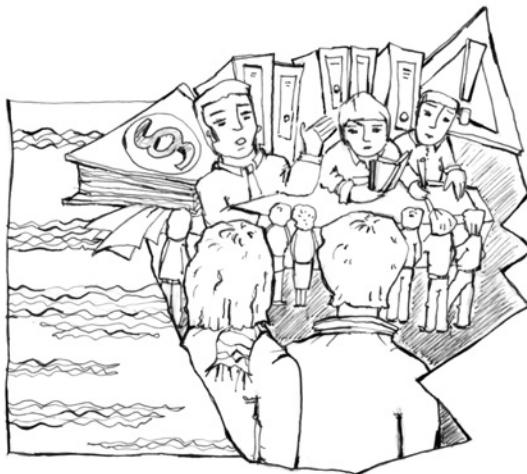
UNSER AUTOR



Foto: privat
Guido Rotermann, Haselünne;
 StD und Fachleiter für Politik-
 Wirtschaft für das Lehramt an
 Gymnasien am Studienseminar
 Meppen, Beirat PRAXIS POLITIK &
 WIRTSCHAFT.

LITERATUR

Hüther, Michael (Hrsg.): Klassiker der Ökonomie. Von Adam Smith bis Amartya Sen, Bonn 2006.
 Mankiw, N. Gregory/Taylor, M. P.: Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, Stuttgart 2012.
 Müller, Salo/Pritzl, Rupert: Klimaschutz durch Innovation und Marktwirtschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 3-4/2022.

M|1 Zwei Inseln – zwei Systeme

Die Insel Prosperitas lag mitten im pazifischen Ozean, ihre friedliebenden Bewohner/-innen lebten in einer Agrargesellschaft im Wohlstand, es gab alles im Überfluss. Vor zwei Jahren hat ein schweres Erdbeben die Insel geteilt und ein Meeresstreifen 5 trennt seitdem die Hälften und verhindert Kontakte. Infolgedessen haben sich die Gesellschaften auf beiden Teilen unterschiedlich entwickelt.

Gleich nach der Erdbebenkatastrophe bildete sich auf der Westinsel eine neue Regierung, die sich intensiv um den Wie-10 deraufbau kümmerte. Kluge Wissenschaftler/-innen wurden um Rat gefragt, und die Behörden erstellten umfassende Pläne, welche Produkte benötigt würden und welche Aufgaben zu er-

ledigen wären. Damit es gerecht zugeinge, gehörten die Produktionsmittel der Gemeinschaft. Den Bürger/-innenn des Landes 15 wurden dann, je nach ihren Fähigkeiten, die Erledigung dieser Angelegenheiten aufgetragen. Jeder arbeitet zehn Stunden am Tag, dafür erhalten alle den gleichen Lohn.

Auf der Ostinsel lief anfangs alles etwas durcheinander. Jeder kümmerte sich um sein Wohl, so gut es ging. Die Regierung 20 der Ostinsel regelt nur die öffentliche Ordnung und nicht die Wirtschaft, die Produktionsmittel sind Privateigentum. Die Menschen handeln mit Waren und Dienstleistungen.

Quelle: Rotermann, Guido

M|2 Was dann geschieht ...

Das Leben auf den Inselhälften hat sich normalisiert, die Schäden sind beseitigt. Aber der Alltag ist z. T. noch schwer.

1. Ein Herbststurm ist über beide Inselhälften hinweggefegt. Die Bewohner/-innen haben nun Angst vor weiteren schweren Stürmen. Es gibt aber zu wenig Nägel, um die Häuser zu verstauen.
2. Die Bäcker wollen den Beruf wechseln: Als Müller müssten sie nicht mehr nachts arbeiten und würden zudem mehr verdienen.
3. Es gibt zu wenig Tonkrüge, um die Vorräte zu lagern.
4. Die Bevölkerungszahl wächst. Die Erntemenge an Getreide reicht nicht mehr.
5. Der Schmied hat immer lange Arbeitstage. Als er endlich einen Tag Urlaub hat und seine Gedanken kreisen lässt, hat er eine Idee für ein neues Werkzeug, um den Ackerboden leichter zu bearbeiten.
6. Der Fischer bemerkt, dass sein Netz immer mehr Löcher hat und er deshalb immer weniger Fische fängt.
7. Der Dachdecker ist von einer Leiter gefallen und hat sich das Bein gebrochen. Er wird zwei Monate nicht arbeiten können.
8. Der Arzt ist alt und braucht einen Nachfolger. Niemand will die lange und schwierige Ausbildung antreten.
9. Waldemar ist ein Träumer. Er kann nicht gut arbeiten, aber er malt tolle Bilder.
10. Frieda hat die Idee, dass eine Wasserleitung von der Quelle bis ins Dorf für alle Bewohner/-innen eine Erleichterung wäre. Niemand müsste mehr den langen Weg laufen.

11. Die Menschen wollen mehr Fleisch essen, es gibt aber vor allem Gemüse. Der Bauer sagt, dass er von Viehzucht keine Ahnung habe.
12. Constantin ist der einzige Imker auf der Inselhälfte. Der Beruf gefällt ihm aber gar nicht.
13. Es ist Erntezeit. Die Bauern schaffen die viele Arbeit nicht, das Getreide droht auf dem Feld zu verfaulen.
14. Berti, der Tuchmacher, wird immer von allen dafür bewundert, wie gut er seiner Familie die Haare schneidet.
15. Hammerhans hat immer Feuersteine hergestellt. Seitdem es Streichhölzer gibt, will niemand mehr Feuersteine haben.
16. Ein großer, stets reich tragender Apfelbaum auf dem Marktplatz versorgt seit Jahrzehnten im Herbst alle Bewohner/-innen mit kostenlosen Früchten. Der Tischler will ihn abholzen, weil er Baustoff benötigt.

Quelle: Rotermann, Guido

AUFGABEN

- 1 Charakterisiere das Wirtschaften auf den beiden Inselhälften (M 1).
- 2 Arbeitet in Teams (2-5 Personen): Diskutiert, wie auf den beiden Inselhälften auf die Ereignisse (M 2) reagiert werden könnte. Beschreibt auch mögliche Folgewirkungen dieser Reaktionen. Haltet die Ergebnisse in einer Tabelle fest.

M|3 Ökonomische Anreize

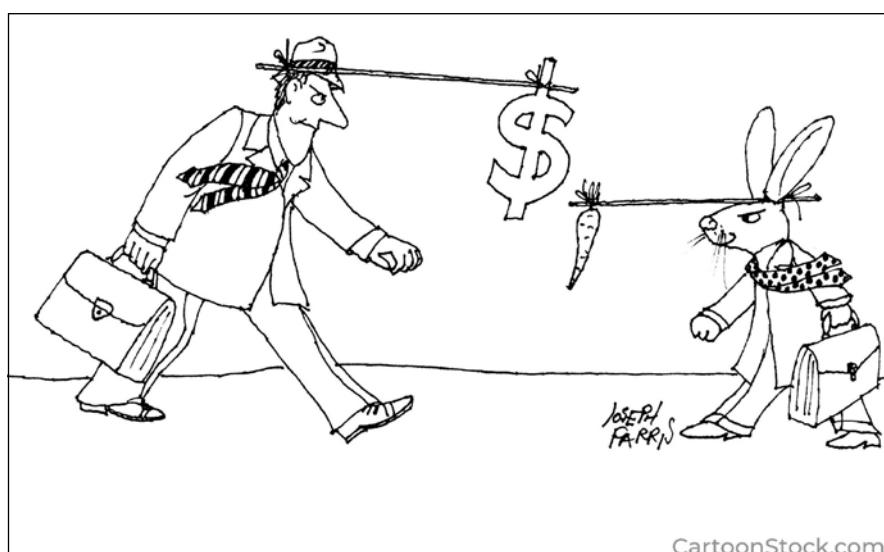
Bruno S. Frey ist ein Schweizer Wirtschaftswissenschaftler. Er gilt als einer der Begründer der Ökonomischen Theorie der Politik.

Die Menschen unterliegen zweierlei Arten von Motivation. Zum einen tun sie vieles, weil sie für ihr Tun in der einen oder anderen Form belohnt werden. Zum anderen unternehmen sie vieles aber einfach aus sich heraus; mit dieser „intrinsischen Motivation“ muss sich die Ökonomie vermehrt befassen, wenn sie realitätsnäher werden will.

„Leistungswillige Mitarbeiter haben eine hohe Arbeitsmoral.“ Für die meisten Menschen erscheint diese Aussage selbstverständlich. Diese Aussage kontrastiert aber mit einer zweiten: „Menschen arbeiten umso härter, je mehr sie dafür bezahlt werden.“ Auch diese Aussage ist vernünftig. Sie entspricht dem traditionellen ökonomischen Denkansatz. Der Mensch wird als eigennütziges Individuum gesehen, das stabile Wertvorstellungen hat und in erster Linie an Einkommen interessiert ist („homo oeconomicus“). [...]

M|5 Anreize

Zeichnung: CartoonStock.com



CartoonStock.com

AUFGABEN

- 1 (a) Erläutere die Bedeutung ökonomischer Anreize (M 3).
(b) Erkläre, welche Anreize auf der Nord- bzw. Südisel (Copy 1) wirken.
- 2 Erläutere an ausgewählten Ereignissen aus dem Fallbeispiel (Copy 1) die Chancen und Risiken, die mit den Ideen von Freiheit, Privateigentum und Markt verbunden sein können. Berücksichtige M 4.

- 3 Im Fallbeispiel (Copy 1) lassen sich drei Perspektiven unterscheiden: Anbieter, Nachfrager und Staat. Arbeitet im Think-Pair-Share-Verfahren Regeln heraus, welche Interessen jeweils für diese Gruppen eine Rolle spielen und ob es Unterschiede zwischen den beiden Inselhälften gibt.
- 4 Analysiere die Karikatur M 5.

M|4 Denkanstöße

Eigentum

Ressourcen und Güter sind knapp. Sollen sie privates Eigentum sein? Gemeint sind weniger die persönlichen Dinge wie das eigene Fahrrad oder der liebgewordene Kuschelsessel, sondern vor allem Unternehmen, große Ländereien und deren Rohstoffe, Patente: Produktionsfaktoren, die zur Versorgung ganzer Gesellschaften bedeutsam sind. Kann es richtig sein, wenn wenige Eigentümer/-innen die alleinigen Verfügungsrechte haben? Oder sollte alles öffentlich sein, so wie die Luft, die wir kostenlos und ohne eine Erlaubnis atmen?

Freiheit

Freiheit ist so ein schöner Begriff. Er klingt nach Abwesenheit von Zwängen. Nur in Freiheit können sich Einzelne mit ihrem Potenzial entfalten. Aber ist das so? Freiheit ist immer auch die Freiheit der Anderen. Freiheit bedeutet auch die Freiheit zu großen Dummheiten: Rauchen, Autofahren ohne Versicherungsschutz, Abholzung der Regenwälder oder Computerspielen statt Hausaufgaben. Hat die Freiheit des Einzelnen Vorrang vor dem Wohlergehen ganzer Gesellschaften?

Markt

Der Markt löst Verteilungsfragen. Angebot und Nachfrage haben mit dem Markt einen friedlichen Weg der Güterallokation. Preise signalisieren Knappheiten, lenken das Verhalten der Nachfrager/-innen und inspirieren die Anbieter/-innen. Auf Märkten treffen völlige Gegensätze aufeinander: Die Einen wollen einen möglichst niedrigen Preis, die Anderen einen möglichst hohen. Preise schließen Konsument/-innen aus und können Anbieter/-innen ruinieren. Viele Güter sind auf Märkten gar nicht erst vertreten.

Quelle: Rotermann, Guido

M|6 Aufgaben und Grenzen von Markt und Staat

Dr. Hans-Jürgen Schlösser, Jahrgang 1952, ist Universitätsprofessor für Wirtschaftswissenschaft an der Universität Siegen.

Das Individuum spielt eine Schlüsselrolle für das Funktionieren einer modernen Wirtschaft. Ebenso bedeutsam ist, wie gut es gelingt, auf der Grundlage individueller Entscheidungen die richtige Aufgabenverteilung zwischen Staat und Markt zu finden. Nach Auffassung des schottischen Ökonomen und Philosophen Adam Smith (1723-1790) hat das Streben nach individueller Bedürfnisbefriedigung den größten Nutzen für die Gesellschaft insgesamt dabei zur Folge. Er beschrieb diese Koordinationsleistung - vom individuellen Nutzenstreben zum sozialen Optimum - mit der Metapher von der „Unsichtbaren Hand“ des Marktes, die ein Eingreifen des Staates nicht nötig macht.

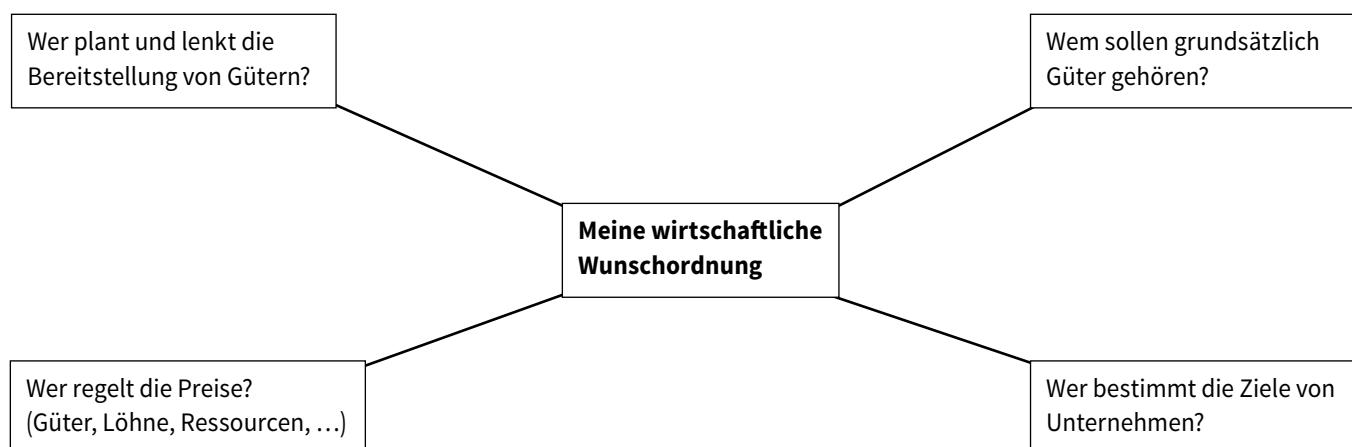
Solch eine idealisierte Wirtschaft mit perfekten Märkten existiert in der Realität jedoch nicht. Marktwirtschaften liegen vielmehr unter einer Reihe von Unzulänglichkeiten, die unter anderem zu Arbeitslosigkeit, einer Ungleichverteilung von Einkommen und zur Ausbeutung der natürlichen Ressour-

cen führen. Es gibt also eine Reihe von guten Argumenten für staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsleben. Über den optimalen Umfang der Staatstätigkeit besteht jedoch Uneinigkeit. In manchen Volkswirtschaften übernimmt der Staat eine beinahe unbegrenzte Anzahl an Aufgaben, während er sich in anderen auf bestimmte Bereiche beschränkt.

Was für den einen sozial gerecht ist, ist für den anderen möglicherweise sozial ungerecht. Aber selbst wenn die Gesellschaftsmitglieder sich auf ein einheitliches Verständnis von sozialer Gerechtigkeit einigen könnten, existierte nach wie vor das fundamentale Problem, dass Märkte allein nicht unbedingt zu einer Einkommensverteilung führen, die als sozial gerecht empfunden wird. Im Gegenteil kann ein perfekt funktionierender Markt sogar eine extreme Ungleichverteilung der Einkommen nach sich ziehen, da unter Idealbedingungen alle Nachfrager bei dem Anbieter mit dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis einkaufen.

Quelle: Schlösser, Hans-Jürgen: Aufgaben und Grenzen von Markt und Staat, vom 05.07.2000, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Bonn), aus: www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/8455/aufgaben-und-grenzen-von-markt-und-staat/

M|7 Meine wirtschaftliche Wunschordnung



AUFGABEN

- Vergleiche die Darstellung Schlössers zu Markt und Staat (M 6) mit dem wirtschaftlichen Gebaren auf der Nord- und Südinsel (Copy 1).
- „Über den optimalen Umfang der Staatstätigkeit besteht jedoch Uneinigkeit.“ (M 6) Erörtere, welche Auswirkungen diese Annahme auf das politische Geschehen in einer Volkswirtschaft hat.
- Jedem Wirtschaftssystem liegt eine Wirtschaftsordnung zu Grunde, in der mittels Gesetzen die Spielregeln des ökonomischen Handelns festgehalten werden. Welche wesentlichen Regelungen würdest Du zu den Planungspunkten in M 7 festlegen? Diskutiert Vorteile und Probleme verschiedener Vorschläge.

Imke Noormann

Freie Marktwirtschaft

Zum Vorteil aller?

Nach Adam Smith soll sich der Staat weitgehend aus der Wirtschaft heraushalten. Schließlich sorge die unsichtbare Hand dafür, dass durch die individuelle Nutzenmaximierung indirekt auch das Gemeinwohl gefördert werde. Doch dieser Koordinierungsmechanismus stößt auch an Grenzen.



Foto: iStockphoto.com/Hartland-Art

Die Rolle des Staates im Marktgeschehen muss in der sozialen Marktwirtschaft stetig neu austariert und überprüft werden. Aus der Perspektive Adam Smiths stellt sich diese Aufgabe jedoch kaum. Schließlich stellt er in seinem Werk „Wohlstand der Nationen“ den Staat als Nachtwächterstaat dar, der ganz im Sinne des Laissez-faire-Prinzips von marktwirtschaftlichen Eingriffen absieht. Der wirtschaftsliberale Ansatz von Smith gilt als theoretische Basis der sozialen Marktwirtschaft. Die Auseinandersetzung mit diesem trägt daher erheblich zum Verständnis der Grundprinzipien und -werte der sozialen Marktwirtschaft bei.

Grenzen der freien Marktwirtschaft

Die Kehrseite der freien Entfaltung der Wirtschaftssubjekte ohne staatlichen Einfluss wird bei

näherer Betrachtung schnell deutlich. So erfolgt keine Bereitstellung öffentlicher Güter, negative externe Effekte werden durch eine fehlende politische Steuerung nicht minimiert und Monopole können den freien Preisbildungsmechanismus einschränken. Ein soziales Sicherungssystem sieht die freie Marktwirtschaft nicht vor und auch Konjunkturschwankungen werden durch staatliche Interventionen nicht abgemildert. Hohe Einkommensunterschiede können nicht zuletzt zu gesellschaftlichen Verwerfungen führen.

Freie Marktwirtschaft als Idealtyp

Die freie Marktwirtschaft gilt daher gemeinsam mit der Zentralverwaltungswirtschaft als idealtypisches Wirtschaftssystem und existiert in Reinform in der Realität nicht. Vielmehr ergeben sich realtypische Mischformen, deren Komponenten

Das Thema im Unterricht

Klassenstufe 7–9 (Differenzierung für 9/10)

Zeitbedarf 4 Stunden

Materialien 4

Lehrplanbezüge Wirtschaftsordnung, Wirtschaftstheorie, Liberalismus

Copy 1 Fallbeispiel: Auf dem Markt



Copy 2 Hintergrund: Marktwirtschaft nach Adam Smith



Copy 3 Analyse: Schwächen der freien Marktwirtschaft



Copy 4 Vertiefung: Vom Wirtschaftssystem zur Wirtschaftsordnung

Arbeitsblätter bequem online anpassen!

Mehr dazu auf Seite 3.

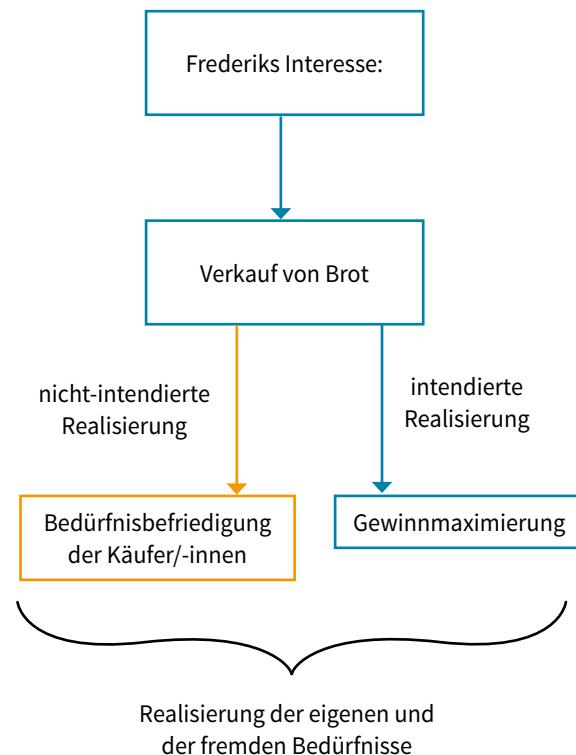


COPY 1 Der Einstieg in die Sequenz erfolgt über das Fallbeispiel von Frederik Rabe (**M 1**). In Form eines niedrigschwierigen Zugangs nähern sich die Schüler/-innen bereits hier den Merkmalen der freien Marktwirtschaft an. Dies erfolgt anhand der Analyse des Fallbeispiels mithilfe vorgegebener Leitfragen (**M 2**). So kommen die Lernenden bei Aufgabe 1 zu folgenden Ergebnissen:

Welches Interesse verfolgt Frederik Rabe?	→ Maximierung seines Gewinns
Welches Interesse verfolgen die Kund/-innen?	→ Maximierung des Nutzens
Wie bilden sich die Preise für das Brot?	→ durch Angebot und Nachfrage
Wem gehören die Produktionsmittel?	→ Frederik Rabe (Privatperson)
Wer trägt für wirtschaftliche Entscheidungen die Verantwortung?	→ Frederik Rabe und Käufer/-innen (Individuen)
Welche Aufgabe hat die Marktaufsicht?	→ Gewährleistung der Sicherheit

Bei Aufgabe 2 entwickeln die Schüler/-innen Ideen, um den Gewinn von Frederik zu steigern. Auch wenn dabei das Ziel der Marktaufseherin beachtet werden soll, wird die Freiheit, die der Markt Frederik bietet, schnell deutlich. So könnten z. B. eine Erhöhung des Preises oder der Brotmenge vorschlagen werden. Die Lernenden bahnen durch die Aufgabe indirekt die anschließend folgende Auseinandersetzung mit dem Liberalismus und der freien Marktwirtschaft an.

COPY 2 Im Zuge von Aufgabe 1 stellen die Schüler/-innen die Grundwerte Freiheit, Selbstbestimmung und Unabhängigkeit des Individuums in den Fokus. Auf dieser Grundlage wird Smith's Auffassung der Rolle des Staates erklärt (**M 4**). Smith geht davon aus, dass staatliche Eingriffe nicht notwendig seien, da das freie Verfolgen des Eigeninteresses des Individuums auf dem Markt dem Gemeinwohl zugutekomme. Dieser implizite Mechanismus würde durch staatliche Interventionen eher eingeschränkt werden. Diesen Grundgedanken konkretisieren die Schüler/-innen in Aufgabe 3. Das Ergebnis kann in Form eines Tafelbildes reduziert visualisiert werden:



sich stärker oder schwächer an den Idealtypen orientieren.

Der Beitrag richtet sich insbesondere an Schüler/-innen der Jahrgänge 7-9. Durch eine Differenzierung ist jedoch auch ein Einsatz in Jahrgang 10 möglich. Ausgehend von einem Fallbeispiel nähern sich die Lernenden den Merkmalen

der freien Marktwirtschaft an. Nachdem der Mechanismus der unsichtbaren Hand nach Smith erschlossen wurde, setzen sich die Schüler/-innen mit den Schwächen der freien Marktwirtschaft auseinander. Abschließend werden theoriegestützt Optimierungsideen zur Marktwirtschaft entwickelt. ■

Das Thema im Unterricht

COPY 3 M 6 greift die Marktsituation aus dem Einstieg auf. Folgende Ergebnisse sind bei Aufgabe 1 denkbar:

	Folgen für die Verkäufer/-innen	Folgen für die Käufer/-innen	Folgen für den Markt
Situation A	<ul style="list-style-type: none"> - Abnahme der Konkurrenzfähigkeit von Frau Reimer → ggf. Aufgabe des Standes + Erhöhte Nachfrage bei fusionierten Ständen + ggf. Verdrängung der Konkurrenz → Möglichkeit der Preisbestimmung 	<ul style="list-style-type: none"> + Vergünstigung des Kaffees 	<ul style="list-style-type: none"> + günstiges Kaffeeangebot steigert die Attraktivität - langfristig ggf. geringere Kaffeeauswahl durch Verdrängung
Situation B	<ul style="list-style-type: none"> - Beeinträchtigung durch Geruch und Geräuschpegel - gesundheitliche Beschwerden - ggf. finanzielle Einbußen 	<ul style="list-style-type: none"> - Meiden des Umfeldes des Käsestandes aufgrund des Geruchs und des Geräuschpegels 	<ul style="list-style-type: none"> - Einschränkung der Attraktivität eines Teils des Marktes aufgrund der Luftverschmutzung und des Geräuschpegels - negatives Image des Marktes
Situation C	<ul style="list-style-type: none"> - fehlendes Einkommen → finanzielle Sorgen und Existenzängste 	<ul style="list-style-type: none"> - vorübergehender Mangel des Angebots an Sushi 	<ul style="list-style-type: none"> - Verringerung der Auswahl

Die Beispiele aus M 6 dienen als Grundlage der Erläuterung der Schwächen der freien Marktwirtschaft (M 7). Hier bietet sich eine Differenzierungsmöglichkeit an, indem die Schüler/-innen eigene Beispiele entwickeln, die die Probleme der freien Marktwirtschaft verdeutlichen. Im Anschluss an die Beschreibung von M 8 nähern sich die Schüler/-innen der entwickelnden Urteilsbildung an, indem sie sich am Bildelement des Zaunes orientieren. Sie entwerfen Regulierungsideen, die negative soziökonomische oder ökologische Nebenfolgen des freien Marktes zu vermeiden oder abzumildern helfen (z. B. Regeln, die die Beeinträchtigung anderer Marktteilnehmer verhindern; Verbot von Kartellen). Anschließend ist es möglich, dass die Schüler/-innen sich zu einzelnen der entwickelten Maßnahmen positionieren (Frage: „Schränkt die Maßnahme die Freiheit des Marktes zu stark ein?“).

COPY 4 Copy 4 erfüllt eine differenzierende Funktion und richtet sich an Schüler/-innen der Jahrgangsstufen 9 und 10. Die Lernenden erklären bei Aufgabe 1, dass Wirtschaftssysteme idealtypischen Charakter haben und in der Realität nicht existieren. Stattdessen sind Wirtschaftsordnungen vorzufinden, welche sich als Mischformen aus den Wirtschaftssystemen bilden.

Vorbereitend auf die Entwicklung von Optimierungsideen des Wirtschaftssystems im Sinne einer Wirtschaftsordnung wird Sens Ansatz (M 10) mit Smith Grundgedanken (M 4) verglichen, um die unterschiedlichen Auslegungen der Rolle des Staates auszuschärfen. Smith schreibt dem Staat im Marktgescenen keine aktive Rolle zu, da in seinen Augen die unsichtbare Hand einen zielführenden Steuerungsmechanismus darstellt. Sen hingegen fordert durchaus aktive staatliche Eingriffe vor dem Hintergrund der Zieldimension, ein möglichst ausgeprägtes Maß an Freiheit, welche aus dem Sicherstellen von Verwirklichungschancen des Individuums resultiert, zu ermöglichen. In beiden Ansätzen ist somit der Wert der Freiheit zentral, wobei sich die konkrete Realisierung dieses Wertes voneinander unterscheidet. Die Lernenden entwickeln und präsentieren bei Aufgabe 3 exemplarisch wirtschaftspolitische Maßnahmen, die die Schwächen der freien Marktwirtschaft abfedern können. Diese könnten sich z. B. auf eine Unterbindung von Monopolen (Situation A), das Auferlegen von Verhaltensregeln zum Schutz der Umwelt (Situation B) oder das Einführen eines sozialen Sicherungssystems (Situation C) beziehen. Abschließend beurteilen die Schüler/-innen die Maßnahmen im Plenum in Hinblick auf ihre Effizienz.

LITERATUR

- Hansen, Hendrik/Raski, Tim (Hrsg.): Politischer und wirtschaftlicher Liberalismus, Nomos, Baden-Baden, 2019.
 Ronge, Bastian: Das Adam-Smith-Projekt. Zur Genealogie der liberalen Gouvernementalität, Springer, Wiesbaden, 2015.
 Smith, Adam: Der Wohlstand der Nationen, Anaconda Verlag, Köln, 2013.

UNSERE AUTORIN



Foto: privat
Imke Noormann, Saterland (Niedersachsen), StR am Gymnasium Rhauderfehn für die Fächer Politik-Wirtschaft, Deutsch und Erdkunde.

M|1 Vom Webdesigner zum Brotbäcker

Frederik Rabe ist aufgeregt. Schließlich ist es heute soweit. Nach langer Vorbereitung fährt er heute mit seinem Verkaufswagen das erste Mal auf den Wochenmarkt und bietet dort sein selbstgebackenes Brot an. Die Arbeit als angestellter Webdesigner in der Marketingagentur hat ihm zwar viel Spaß gemacht, aber sein großer Traum war immer die Selbstständigkeit. Nun hat er sich entschieden, seine Leidenschaft, das Brotbacken, zum Beruf zu machen. Sein gesamtes Erspartes hat er in seinen Verkaufswagen, einen Industriebackofen und die Zutaten investiert.

Motiviert rollt Frederik mit seinem mintgrünen Verkaufswagen auf den Stellplatz auf dem Markt. Er fährt die Markise aus und platziert die Brote in der Auslage, sodass Kund/-innen sie gut sehen können. Auch die Angebotstafel, die er von seiner Familie zur Unternehmensgründung geschenkt bekommen hat, darf nicht fehlen. Vor ein paar Wochen war Frederik schon einmal als Besucher auf dem Wochenmarkt, um zu prüfen, welche Preise die Konkurrenz nimmt. Erstaunt hat er festgestellt, dass der Markt viel größer ist als erwartet. Fisch, Käse, Öle, Gemüse - das Produktangebot ist umfassend. Unter den vielen unterschiedlichen Ständen hat er nur einen Bäcker gefunden. Frederik hat das Angebot des Bäckers nicht nur hinsichtlich der Preise, sondern auch in Hinblick auf die angebotenen Brotsorten analysiert. Sein Ziel, möglichst viele Brote zu verkaufen und sich einen guten Namen zu machen, bedarf schließlich einer Strategie. So hat Frederik sich dazu entschlossen, sich zunächst auf Sauerteigbrot, Eiweißbrot und Kartoffelbrot zu konzentrieren. Diese Sorten bietet die Konkurrenz, bei der ein Brot zwischen 3,80 und 5,50 Euro kostet, nämlich nicht an.

Für ein Brot muss Frederik 2,00 Euro nehmen, um die Produktionskosten zu decken. Um sich von der Konkurrenz abzuheben, schreibt er 3,50 Euro auf seine Angebotstafel. Doch er wird unterbrochen von einem „Herzlich Willkommen, Herr Rabe!“ Frederik freut sich, Frau Meyer, die Marktaufseherin, zu sehen. „Marktaufseherin zu sein, ist für mich ein wahrer Traum. Die Aufgaben meines Jobs sind sehr überschaubar. An den Markttagen muss ich lediglich durch die Gänge laufen und darauf achten, dass Sicherheit für alle Anwesenden gewährleistet ist. Mein Ziel ist es, dass sich alle auf dem Markt frei entfalten können, ohne Angst haben zu müssen“, erklärte Frau Meyer Frederik beim ersten Kennenlernen vor ein paar Wochen. Doch für einen Plausch hat Frederik kaum Zeit. Es steht schon die erste potentielle Kundin vor der Auslage seines Verkaufswagens und betrachtet die Brote. Frederik bietet ihr ein Probierstück an. „Das schmeckt großartig! Wie schön, dass man hier auf dem Markt nun endlich auch Sauerteigbrot kaufen kann. Ich musste dafür sonst extra noch zum Bäcker im Nachbarort fahren. Ich nehme gleich zwei bei dem guten Preis!“, sagt Frederiks erste Kundin und reicht ihm das Geld. Stolz nimmt Frederik es entgegen. Dies wiederholt sich so oft, dass Frederik um 11 Uhr schon kein Brot mehr zu verkaufen hat und er einige Kund/-innen wegschicken muss. Der erste Tag auf dem Markt war also ein voller Erfolg. Allerdings muss Frederik künftig dafür sorgen, noch mehr Gewinn zu machen, um auch langfristig von seinem Brotverkauf leben zu können. Darüber will er sich am Abend Gedanken machen, um das Geschäft schon in der nächsten Woche zu optimieren.

Quelle: Noormann, Imke

M|2 Leitfragen zur Analyse

- Welches Interesse verfolgt Frederik Rabe?
- Welches Interesse verfolgen die Kund/-innen?
- Wie bilden sich die Preise für das Brot?
- Wem gehören die Produktionsmittel?
- Wer trägt für wirtschaftliche Entscheidungen die Verantwortung?
- Welche Aufgabe hat die Marktaufsicht?

Quelle: Noormann, Imke

AUFGABEN

- 1 Analysiere das Fallbeispiel M 1 mithilfe der Leitfragen (M 2).
- 2 Entwickle begründete Vorschläge für Frederik, die dazu beitragen können, seinen Gewinn zu erhöhen. Achte dabei darauf, die Regeln der Marktaufseherin nicht zu verletzen.

M|3 Was ist Liberalismus?

Weltanschauung, die das Recht auf Freiheit, Eigenverantwortung sowie freie Entfaltung der einzelnen Person in den Mittelpunkt stellt (Individualismus) und eine Kontrolle oder Bevormundung des Einzelnen durch staatliche Einrichtungen vermindern bzw. verhindern will. [...] Staatliche Eingriffe in die

Wirtschaft werden [...] vom Liberalismus als störend empfunden und abgelehnt.

Quelle: Liberalismus, in: Duden. Wirtschaft von A bis Z, Bibliographisches Institut GmbH (Berlin), 2013. S. 30.

M|4 Grundzüge der freien Marktwirtschaft

Adam Smith (1723-1790) war ein schottischer Moralphilosoph und Soziologe. Er gilt als Begründer der freien Marktwirtschaft.

Adam Smith vertrat die Ansicht, dass es ausdrücklich *keines* staatlichen Planes für die Wirtschaft bedurfte, sondern er glaubte, die Wirtschaft sei bereits dann wohl geordnet, wenn jeder Mann sein Eigeninteresse verfolgen konnte, ohne darin vom Staat gehindert zu werden. [...] Auch für die Allgemeinheit ist es seiner Meinung nach am besten, wenn jeder nach seinen eigenen Interessen handelt. Denn der Wettbewerb auf dem Markt sorgt dafür, dass die egoistischen Anstrengungen Einzeller auch den anderen zugutekommen. Das Volkseinkommen, so argumentierte Smith, ist der gesamte Jahresertrag aller Betriebe des Landes. Wenn nun jeder danach trachtet, seinen eigenen Gewinn zu mehren, dann erhöht er damit zwangsläufig das Volkseinkommen und das Allgemeinwohl: „*Er wird in diesem wie auch in vielen anderen Fällen von einer unsichtbaren Hand geleitet, um einen Zweck zu fördern, den zu erfüllen er in keiner Weise beabsichtigt hat. Auch für das Land selbst ist es keineswegs immer das Schlechteste, dass der Einzelne ein solche Ziel nicht bewusst anstrebt, ja gerade dadurch, dass er das eigene Interesse verfolgt, fördert er häufig das der Gesellschaft nachhaltiger,*

als wenn er wirklich beabsichtigt, es zu tun.“

In seiner Schrift vom „Wohlstand der Nationen“ legt Smith seinen Gedanken so dar: Der Mensch ist immer auf Unterstützung anderer angewiesen, alleine könnte er gar nicht überleben. Er darf aber in der Regel nicht darauf rechnen, dass er diese Hilfe bekommt, wenn er ausschließlich auf das Wohlwollen seiner Mitmenschen spekuliert. „*Er wird sein Ziel wahrscheinlich viel eher erreichen, wenn er deren Eigenliebe zu seinen Gunsten zu nutzen versteht, indem er ihnen zeigt, dass es in ihrem eigenen Interesse liegt, das für ihn zu tun, was er von ihnen wünscht. Jeder, der einem anderen irgendeinen Tausch anbietet, schlägt vor: Gib mir, was ich wünsche, und du bekommst, was du benötigst [...] Nicht vom Wohlwollen des Metzgers, Brauers oder Bäckers erwarten wir unser Nachtmahl, sondern von deren Bedacht auf ihre eigenen Interessen. Wir wenden uns nicht an ihre Menschen-, sondern an ihre Eigenliebe, und wir erwähnen nicht die eigenen Bedürfnisse, sondern sprechen von ihrem Vorteil.*“

Quelle: Piper, Nikolaus: Die unsichtbare Hand, in: Geschichte der Wirtschaft, Gulliver, Weinheim, 2007. Kapitel: Die unsichtbare Hand, S. 107-109.

M|5 Der Staat in der freien Marktwirtschaft

Der Staat hat lediglich die Aufgabe, Schutz, Sicherheit und Eigentum der Bürger zu gewährleisten, ein Zahlungsmittel bereitzustellen sowie das Rechtssystem zu erhalten („Nachtwächterstaat“). Der Staat enthält sich ansonsten der wirtschaftlichen Einflussnahme und überlässt die Steuerung der Wirtschaft alleine dem Markt, d. h. dem Gesetz von Angebot

und Nachfrage. Kennzeichen der freien Marktwirtschaft sind z. B. Privateigentum an den Produktionsmitteln, freier Wettbewerb, freie Preisbildung, Gewerbefreiheit und Konsumfreiheit.

Quelle: Duden. Freie Marktwirtschaft, in: Duden. Wirtschaft von A bis Z, Bibliographisches Institut GmbH, Berlin, 2013. S. 20.

AUFGABEN

- 1 Gib die für den Liberalismus zentralen Werte wieder (M 3).
- 2 Erkläre unter Berücksichtigung der Werte des Liberalismus (M 3) Smiths Auffassung von der Rolle des Staates (M 4).
- 3 „Wenn nun jeder danach trachtet, seinen eigenen Gewinn zu mehren, dann erhöht er damit zwangsläufig das Volkseinkommen und das Allgemeinwohl“. Erläutere den hier von Smith dargelegten Mechanismus der unsichtbaren Hand am Beispiel von M 1. Beachte dabei die Interessen von Frederik Rabe.
- 4 Erläutere, inwieweit Frederik Rabe auf dem Wochenmarkt (M 1) Merkmale der freien Marktwirtschaft (M 5, M 4) vorfindet.

M|6 Unzufriedenheit auf dem Wochenmarkt**Situation A**

Frau Reimer ist besorgt. Sie betreibt seit 15 Jahren auf dem Wochenmarkt erfolgreich einen Kaffeestand. Allerdings kaufen immer weniger Kund/-innen Kaffee bei ihr. Woran das liegt, weiß sie mittlerweile genau: Bis vor ein paar Wochen gab es neben ihr noch drei weitere unabhängige Kaffeestände auf dem Wochenmarkt. Einer der Standbetreiber hat nun jedoch die anderen Stände aufgekauft und bietet den Kaffee deutlich günstiger an. Bei diesen Preisen kann Frau Reimers Kaffee nicht mithalten.

Quelle: Noormann, Imke

Situation B

Herr Pieper ärgert sich. Neben seinem Blumenstand gibt es einen neuen Käsestand. Der Verkäufer stellt den Motor seines Zugfahrzeugs einfach nicht aus. Schon seit fast zwei Stunden läuft der Motor im Leerlauf, damit sich der Verkäufer an diesem kalten Morgen im Auto immer wieder kurz aufwärmen kann, wenn gerade keine Kund/-innen Käse kaufen möchten. Gerade ein Blumenstand lebt auch vom guten Geruch der Ware. Den riecht Herr Pieper aber schon lange nicht mehr. Stattdessen muss er husten und es fällt ihm wegen der Lautstärke schwer, die Wünsche der Kund/-innen zu verstehen.

Quelle: Noormann, Imke

Situation C

Beim Abbau ihres Fischstandes hat sich Frau Floren das Bein gebrochen. Dabei lief das Geschäft gerade so gut, seitdem sie auch frische Sushi angeboten hat. Schließlich war sie die einzige Sushiverkäuferin auf dem Markt. Nun fällt sie jedoch einige Wochen aus und kann ihre Ware auf dem Markt nicht verkaufen. Dementsprechend werden in den kommenden Wochen ihre kompletten Einnahmen wegfallen.

Quelle: Noormann, Imke

M|7 Probleme der freien Marktwirtschaft

Bei aller Begeisterung für die Leistungsfähigkeit der Märkte befasst sich die Volkswirtschaft aber auch intensiv mit den Schwachstellen dieses Steuerungsmechanismus. [...]

■ Im Marktprozess werden Einkommen nach der Leistung der Arbeitnehmer und der Knappheit von Gütern vergeben. Die Bedürftigkeit der Menschen spielt dabei keine Rolle. Für Menschen mit einer geringen Leistungsfähigkeit besteht dabei die Gefahr, dass sie nicht genug verdienen, um ihr Existenzminimum abzudecken. [...]

■ Der Marktmechanismus versagt, wenn man es mit Gütern zu tun hat, für die es keine Preise und damit auch keine Märkte gibt. Das beste Beispiel hierfür ist die Umwelt, die man in der Regel verschmutzen kann, ohne dafür einen Preis bezahlen zu müssen. [...]

■ Unternehmer haben immer ein starkes Interesse daran, sich dem harten Wettbewerbsdruck des Marktes zu entziehen, indem sie Kartell-Absprachen treffen oder den Konkurrenten einfach aufzukaufen.

■ Die wirtschaftliche Entwicklung des Marktes verläuft nicht gleichmäßig. Sie ist vielmehr durch ausgeprägte zyklische Schwankungen gekennzeichnet. Diese können zu Inflation oder Arbeitslosigkeit und teilweise auch zu beidem gleichzeitig führen.

Quelle: Bofinger, Peter: Volkswirtschaftslehre als Markt-Wissenschaft, in: ders., Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, Pearson Verlag, München, 2011. Kapitel 1.2 Volkswirtschaftslehre als Markt-Wissenschaft, S. 5–6.

M|8 Warnung vor dem Markt

Motiv: toonpool.com, Berlin/Anjo

AUFGABEN

- 1** Arbeitet mögliche Folgen der Situationen A-C für die Verkäufer/-innen, die Käufer/-innen und den Wochenmarkt im Allgemeinen heraus (M 6).
- 2** Erläutere die Schwächen einer freien Marktwirtschaft (M 7). Beziehe Dich dabei auf das Beispiel des Wochenmarktes (M 6).

- 3** Beschreibe die Karikatur (M 8).
- 4** Entwickelt Ideen, wie und wodurch der freie Markt begrenzt werden kann. Berücksichtigt dabei die Schwächen des freien Marktes (M 6, M 7).

M|9 Wirtschaftssystem und Wirtschaftsordnung

Der deutsche Ökonom Walter Eucken (1891-1950) gilt als Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft.

Nach Eucken sind Wirtschaftssysteme die reinen Formen menschlichen Wirtschaftens:

- „Freie Marktwirtschaft“
- „Zentralplanwirtschaft“

Diese Reintypen kommen in der Realität nicht vor. Die Freie Marktwirtschaft, bei der alle wirtschaftlichen Aktivitäten über den Markt abgestimmt würden, würde schon daran scheitern, dass öffentliche Güter*, die ja nicht marktfähig sind, nicht bereitgestellt werden könnten. [...]

Eine Wirtschaftsordnung ist nach Eucken eine konkret realisierte [...] wirtschaftliche Gesamtordnung. Sie bildet den jeweiligen Rahmen für die wirtschaftlichen Aktivitäten der Wirtschaftssubjekte. Wirtschaftsordnungen lassen sich in Sub- bzw. Teilsysteme gliedern. Typisch für eine Wirtschaftsordnung ist, dass einige Subsysteme marktwirtschaftlich, andere planwirtschaftlich organisiert sind. Somit ist eine Wirtschaftsordnung eine Mischform.

Quelle: Bode, Olaf H./Brimmen, Frank/Lehmann, Christian/Redeker, Ute C.: Wirtschaftssysteme und Wirtschaftsordnung, in: dies., Volkswirtschaftslehre, Tectum, Baden-Baden 2021, Kapitel 2 Wirtschaftssysteme und Wirtschaftsordnung, S. 45.
*Z. B. ein Park, eine Bibliothek, Radwege und Straßen.

M|10 Freiheit durch den Staat

Der indische Wirtschaftswissenschaftler und Philosoph Amartya Sen leitet aus seinem sogenannten Capability-Ansatz folgende Schlussfolgerungen für die Rolle des Staates ab:

*[...] Über die [...] demokratische Governance [Regierungsführung] hinaus bilden [...] ökonomische Mittel wie Einkommen, Vermögen und Güterausstattung sowie ein ganzes Bündel verschiedenster personeller, gesellschaftlicher und umweltbedingter Umwandlungsfaktoren die Gesamtheit der Bestimmungsfaktoren jener Verwirklichungschancen (Capabilities), die, so Sen, im Zentrum gerechten Wirtschaftens stehen sollen. [...] ** Personelle Umwandlungsfaktoren beinhalten jene persönlichen Charakteristika, die die Möglichkeiten eines Individuums, eigene Mittel in Wohlergehen umzuwandeln, in jeder Gesellschaft fördern oder beeinträchtigen können. Neben Gesundheit gehören zu ihnen beispielsweise Kompetenzen, Bildungsabschlüsse, Alter oder Geschlecht. [...] Zu den persönlichen Umwandlungsfaktoren kommen [...] gesellschaftliche Umwandlungsfaktoren hinzu. Sie umfassen unter anderem:

- a) Soziale Chancen, wie zum Beispiel Zugang zum Gesundheits- und Bildungssystem, zu angemessenem Wohnraum oder soziale Kontakte,
- b) ökonomische Chancen wie Zugang zu Arbeit und Erwerbschancen, zu Kapital sowie zu Boden,
- c) sozialen Schutz in Notlagen und vor Gewalt, [...].

Darüber hinaus enthalten umweltbedingte Umwandlungsfaktoren die Gesamtheit von Institutionen und Maßnahmen zur Gewährleistung ökologischer Funktionen. So umfassen die Beiträge des Ökosystems zum Wohlergehen eines Menschen

die Versorgung (Nahrung, Wasser, Rohstoffe etc.), Regulatoren (Schadstoffabbau, UV-Schutz, Biodiversität etc.) [...]. In Zeiten zunehmender Umweltprobleme kommt dem Schutz dieser umweltbedingten Umwandlungsfaktoren ein besonderer Stellenwert im Rahmen eines gerechten Wirtschaftens zu. [...] Ziel

30 der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik soll es demnach sein, dieses Capability Set, also die Verwirklichungschancen jedes einzelnen Menschen, zu erweitern [...]. ** Dies ist besonders bedeutsam, wenn [...] Ungerechtigkeiten durch Machtasymmetrien verursacht werden, die der Staat durch sein Machtmonopol verändert kann, wozu die einzelnen Bürgerinnen und Bürger oft gar nicht in der Lage wären. Ebenso ist das staatliche Gewaltmonopol notwendig, um Marktversagen, etwa öffentliche Güter [...] als Ursache [...], in nachhaltiger Weise zu überwinden.

35 40 Für unsere individuelle Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit sind daher nicht nur wir selbst verantwortlich, sondern auch demokratische Institutionen und Dritte, die uns entlasten und vor einer Überforderung der eigenen Verantwortlichkeit schützen. [...] *** Eine Korrektur von Märkten erscheint Sen 45 allein schon deshalb geboten, um, seinem Ansatz entsprechend und von der Standardökonomik abweichend, die Erweiterung individueller Freiheiten und nicht ein gesamtwirtschaftliches Einkommens- oder Nutzenmaximum als Ziel gerechten Wirtschaftens zu verfolgen.

Quelle: Volkert, Jürgen: Gerechtes Wirtschaften aus der Perspektive von Amartya Sens Capability-Ansatz, in: RphZ Rechtsphilosophie, S. 408-409, 411, C.H. Beck (München) Jg. 2, Nr. 4. 2016. S. 403-424. *Kapitel I.3 Bestimmungsfaktoren der Verwirklichungschancen (Capabilities): ein Überblick, S. 408-412, hier S. 408-409, 411; ** Kapitel II.1 Demokratische Governance – Voraussetzung und Schutz gerechten Wirtschaftens, S. 417-418; *** Kapitel II.2 Gerechtes Wirtschaften im Zusammenspiel von Markt und Staat, S. 419.

AUFGABEN

- 1 Erkläre unter Berücksichtigung von M 9 den Unterschied zwischen Wirtschaftssystem und Wirtschaftsordnung.
- 2 Gib M 10 mit eigenen Worten wieder.
- 3 Vergleiche Adam Smiths und Amartya Sens Ansätze in Hinblick auf die Rolle des Staates (M 4, M 10).
- 4 (a) Entwickle auf Grundlage von Sens Capability-Ansatz wirtschaftspolitische Maßnahmen, die die in M 6 dargestell-

ten Probleme der freien Marktwirtschaft abfedern können.
(b) Präsentiert einander die entwickelten Maßnahmen.

- 5 Beurteilt die entwickelten Maßnahmen in Hinblick auf ihre Effizienz. Beachtet dabei insbesondere die Durchsetzbarkeit, die Wirksamkeit und die Zielgenauigkeit der Maßnahmen.

Jana Bretschneider

Staatsfreier Kapitalismus

Das Seasteading-Projekt

Der als sehr innovativ, aber auch als sehr liberal geltende US-amerikanische Milliardär, Unternehmer und Investor Peter Thiel unterstützte das Seasteading-Projekt, bei dem sich Sozialutopisten/-innen, freiheitliche Romantiker/-innen, aber auch viele Unternehmer/-innen zusammenfinden, um das Zusammenleben und den Staat neu zu erfinden. Warum ist ein solches Experiment interessant für einen extrem gewinn- und erfolgsorientierten Unternehmer wie Thiel?



Motiv: The Seasteading Institute/www.seasteading.org

Ausschnitt aus der Animation „Artinasopolis“, einer Siedlung im Meer (Seasteading Project).

Der Plan der Seasteading-Organisation ist es, auf dem Meer und jenseits der Herrschaftsgebiete von Staaten Inseln zu errichten bzw. zu besiedeln, die frei von jeglichem staatlichen Einfluss sind. Hierbei mag es sich um Sozialexperimente handeln, nicht zuletzt wird von den Köpfen hinter Seasteading – dem Anarcho-Kapitalisten Patri Friedman und dem libertären Paypal-Gründer Peter Thiel – aber auch eine vollständig freie marktwirtschaftliche Ordnung angestrebt, die unregulierte wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen soll. Im Seasteading-Projekt zeigt sich somit sehr deutlich die Auffassung von Peter Thiel (und

auch anderen Silicon-Valley-Unternehmern/-innen), dass es Ziel von Unternehmer/-innen sein müsse, Monopolisten zu werden, und staatliche Eingriffe in Wirtschaft zurückgedrängt werden sollen.

Lob des Monopols

Thiel richtet sich damit gegen die Vorstellung marktwirtschaftlicher Theorie nach Adam Smith, dass der Wettbewerb ordnende und treibende Kraft des Marktes sei, durch den es zu einer optimalen Güterallokation und zu Innovation kom-

Das Thema im Unterricht

Klassenstufe	11-13
Zeitbedarf	3 Stunden
Materialien	4
Lehrplanbezüge	Wirtschaftsordnung, Wirtschaftstheorie, Marktwirtschaft
Methoden	Podiumsdiskussion, Schaubilder erstellen

- Copy 1** Hinführung
 ↓
Copy 2/3 Analyse (arbeitsteilig)
 ↓
Copy 4 Theoretische Einordnung und Urteil



Arbeitsblätter bequem online anpassen!

Mehr dazu auf Seite 3.

um?) und der Praktikabilität (technische Ausführbarkeit, rechtliche Machbarkeit) aufgeworfen. Die völkerrechtliche Dimension dieses Projekts soll im weiteren Unterricht nicht näher verfolgt werden. Informationen zur völkerrechtlichen Ebene hierzu finden sich – auch für Schüler/-innen der gymnasialen Oberstufe verständlich – in dem Aufsatz von Julian Dörr und Olaf Kowalski (siehe Literaturtipps). Anschließend findet eine Fokussierung auf die wirtschaftliche Dimension der Seasteads statt: mit Hilfe der Perspektive des Unternehmers Randall Young (**M 3**) sammeln die Lernenden mögliche Vorteile der fast regelfreien Seasteads (keine staatlichen Regeln, freier Wettbewerb, Gewinne für die starken Marktteilnehmer). Durch Erweiterung der Perspektive (Aufgabe 4) werden schon erste Schwierigkeiten einer unregulierten Wirtschaft benannt: Preistreiberei durch Absprachen oder Monopole, geringe Macht der Arbeitnehmer/-innen, Gefahr/Folgen der Arbeitslosigkeit.

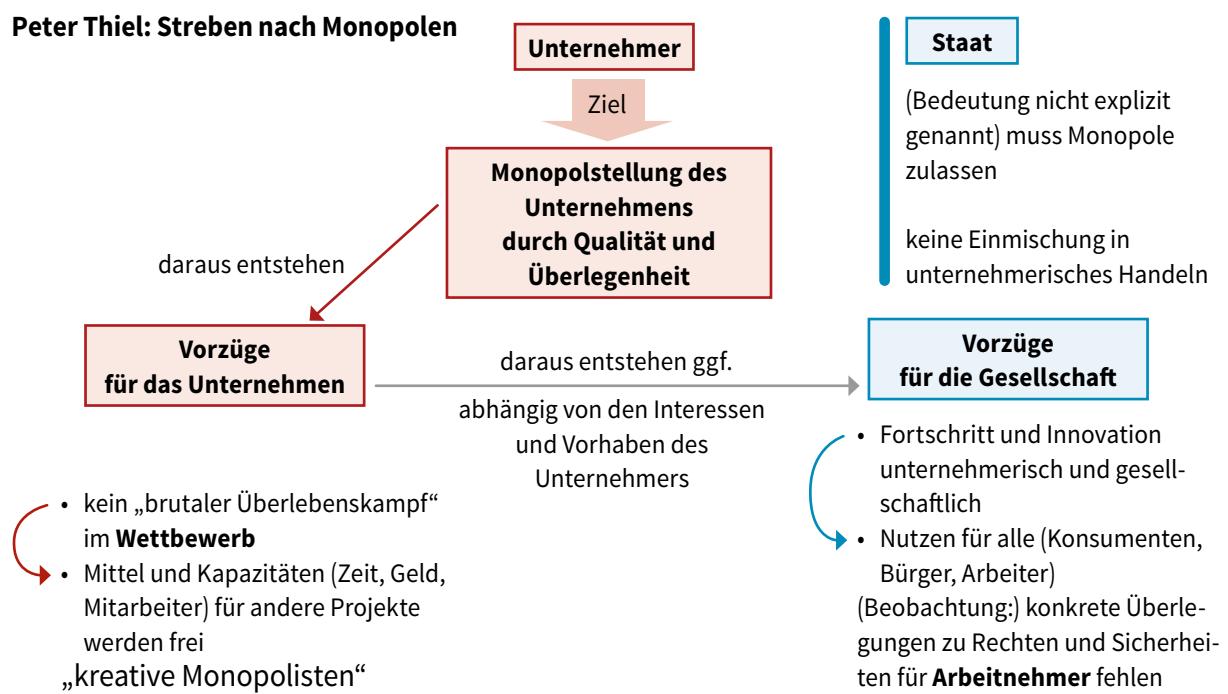
Vorwissen

Es ist hilfreich, aber nicht zwingend notwendig, wenn die Schüler/-innen über Kenntnisse der Theorie der (freien) Marktwirtschaft verfügen.

COPY 1 Zu Beginn der Sequenz lernen die Schüler das Projekt des Seasteading kennen, wie es vom US-amerikanischen Seasteading Institut vertreten wird (**M 1, M 2**). Im Zuge einer ersten Annäherung (Aufgabe 2) wägen die Lernenden für sich – natürlich nur vorläufig – die Option ab, in einer solchen Siedlung zu leben. Hier kommen vermutlich Aspekte individueller Freiheit zur Sprache (z. B.: Gesellschaft neu und gemeinsam gestalten), aber es werden wohl auch Fragen der Sicherheit (Gehen die Inseln nicht unter? Wie geht die Gesellschaft mit Armut oder Krankheit

COPY 2/3 Die Hoffnung, die Ultraliberale wie Peter Thiel mit staatsfreien Gebilden wie Seasteads verbinden, ist die weitgehende Unreguliertheit des Marktes, in der Gewinnmaximierung durch Monopolbildung möglich wird (Copy 2). Die Perspektive Thiels (**M 4, M 5**) ist die des Unternehmers. Nach seiner Vorstellung sollen mittelfristig einzelne Unternehmer/-innen den Wettbewerb für sich dadurch beenden, indem sie Monopole errichten. Die Perspektive von Arbeitnehmern oder Konsumenten berührt Thiel nicht. Allerdings vertritt er die Idee, dass unternehmerische Verantwortung und Innovation auch zu sozialem Fortschritt führe. Die Lernenden können Thiels Vorstellung z. B. so visualisieren:

Peter Thiel: Streben nach Monopolen



Das Thema im Unterricht

Die dem entgegenstehende Position vertritt Lina Khan (Copy 3): Sie stellt die Problematik vor, die aus der unkontrollierten Monopolbildung für eine Volkswirtschaft entsteht. Hierbei geht es um problematische und unlautere Wettbewerbspraktiken, aber auch um die Machtzentration bei einzelnen Unternehmen. Diese gewinnen gesellschaftlichen und politischen Einfluss, der das politische System stark beeinflussen kann. Eine demokratische Legitimation für diesen gesellschaftlich-politischen Einfluss jedoch fehlt. Anders als Thiel nimmt Khan mehr Perspektiven (Konsumenten/-innen, Arbeitnehmer/-innen, System) in den Blick.

Es bieten sich vor allem zwei methodische Zugänge an. In jedem der beiden Fälle ist es ratsam, arbeitsteilig vorzugehen, indem die Lernenden zuerst vor allem die Perspektive Thiels (Copy 2) oder Khans (Copy 3) bearbeiten. Die Auseinandersetzung mündet in Schau- oder Strukturbilder, die dann in der gesamten Gruppe vorgestellt, erklärt und verglichen werden. Nach dem Vergleich können die Schüler/-innen die Arbeit mit Copy 4 fortsetzen.

Alternativ ist es auch möglich, auf die Präsentation der Ergebnisse vorerst zu verzichten und an dieser Stelle eine Podiumsdiskussion zu initiieren. Die beiden Gruppen bereiten sich dann auf die Positionen Khans oder Thiels vor. Jeweils zwei Personen der Positionen setzen sich Zuge einer Podiumsdiskussion mit dem Thema „Seasteading: Eine wünschenswerte Zukunft des Wirtschaftens?“ auseinander (Copy 2, Aufgabe 4/Copy 3, Aufgabe 5). In der Auswertung der Diskussion können anschließend die Positionen verglichen werden, bevor die Schüler/-innen sich mit theoretischen Hintergründen vertiefend auseinandersetzen (Copy 4).

COPY 4

Abschließend haben die Lernenden die Möglichkeit, die kennengelernten Positionen präziser zu analysieren und zu verorten, bevor sie selbst ein Urteil zu Monopolen formulieren (Aufgabe 5). Die Charakterisierung des Ansatzes im Kontext des kalifornischen Liberalismus (**M 9**) hilft, die Idee starker wirtschaftlicher Freiheit in Verbindung mit der Vorstellung nach gesellschaftlicher Innovation noch klarer zu erfassen und die Vorstellung von Freiheit in Bezug auf Gesellschaft, Individuum und Staat präziser zu fassen.

Die abschließende Einordnung der diskutierten Positionen in die grundlegenden Ideen des freien Marktes und freien Wettbewerbs nach Smith (**M 10**) führt zu einer weiteren Systematisierung des bisher erworbenen Wissens und bereitet das Urteil der Lernenden (Aufgabe 5) weiter vor. Die Lernenden erfassen vor allem, dass Smith im freien Wettbewerb eine Kraft sieht, die den öffentlichen Wohlstand fördert. In diesem Kontext erfassen sie auch die Funktionsweise der „unsichtbaren Hand“ (siehe Abb. 3). Somit formuliert Smith klar öffentlichen Wohlstand als das Ziel von Wirtschaft. Thiel hingegen strebt die Steigerung des individuellen Wohlstands durch Monopolbildung an. Durch gesellschaftliches Engagement der Monopolisten werde dann eine allgemeine sozialer Fortschritt erreicht. Khans Argumentation ist in diesem Punkt deutlich näher an der Smiths: Wie dieser problematisiert sie klar wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen der Monopolbildung.

me. Er behauptet hingegen, Monopole fördern den Fortschritt. Diese Idee treibt nicht nur die Idee des Seasteading, sondern wird auch in bereits existierenden Wirtschaftsregimen Realität – z. B. durch die Kartellbildung von Amazon oder Alphabet. Politische Antagonistin der nach Monopolen strebenden Unternehmen im Sinne Thiels ist seit Juni 2021 Lina Khan, Chefin der US-Handelskommission FTC. Sie begründet ihre Anti-Kartell-Politik unter anderem mit den Problemen der Selbstauflösungstendenz des Marktes und mit den gesellschaftlichen und politischen Folgen, die die Machtzentration bei Monopolisten mit sich bringt.

LITERATUR

Dörr, Julian/Kowalski, Olaf: Vom Tal auf die Insel? Vom kalifornischen Liberalismus zur Sozialutopie Seasteading, in: APUZ 32-33 (2018), S. 16–21.

Khan, Lina M.: Amazon's Antitrust Paradox, in: The Yale Law Journal Bd. 126 (03/2017), S. 710–805.

Kohlenberg, Kerstin: Ich bin ein Monopol!, in: Die Zeit 08/2022, aus: www.zeit.de/2022/08/usa-unternehmen-google-facebook-monopol-barry-lynn/komplettansicht

Thiel, Peter: Zero to One: Wie Innovation unsere Gesellschaft rettet, Frankfurt a. M./New York 2014.

Seasteading

Dieser Unterrichtsbeitrag kann das didaktische Potenzial des anschaulichen Seasteading-Projekts nutzen und greift davon ausgehend die Kontroverse um Monopole in der Marktwirtschaft auf. Die vorgestellten Positionen und Ideen werden abschließend (wirtschafts-)theoretisch eingruppiert. Didaktisch ist hierbei die Differenzierung von Perspektiven (v. a. gesellschaftliche bzw. systemische Perspektive und Unternehmerperspektive) sowie die Differenzierung von Freiheits- und Staatsvorstellungen zu beachten. ■

UNSERE AUTORIN



Foto: privat
Jana Bretschneider, Hannover, StD' und Fachleiterin für das Fach Politik-Wirtschaft am Studienseminar für das Lehramt an Gymnasien Hannover I, Beirätin PRAXIS POLITIK & WIRTSCHAFT.

M|1 Die Siedlung „Artisanopolis“

Motiv: The Seasteading Institute/www.seasteading.org



Ausschnitt aus der Animation „Artisanopolis“, einer Siedlung im Meer (Seasteading Project).

M|2 Was ist Seasteading?

Seasteading ist ein Kunstwort, das sich aus sea und homesteading (Besiedlung) zusammensetzt. Nach dem Konzept des Seasteading sollen Wohnsiedlungen auf dem Meer – außerhalb des Hoheitsgebiets existierender Staaten – entstehen. Das Seasteading Institut, das 2008 im kalifornischen Sunnyvale gegründet wurde, zielt darauf, Seasteading-Projekte zu realisieren. Patri Friedman ist Mitgründer und Joe Quirk Präsident des Seasteading Instituts:

[...] [Patri Friedman und Joe Quirk] wollen künstliche Inselstädte bauen, die sogenannten Seasteads. Auf ihnen sollen Menschen leben und sich selbst mit Energie, Trinkwasser und Nahrung versorgen. Vor allem sollen sie frei sein und selbst beschließen, in welcher Staatsform sie leben wollen.

Die Menschheit, so glauben Friedman und Quirk, ist reif für die Insel(n). Die landbasierten Staaten hätten bewiesen, dass sie nicht in der Lage sind, große Probleme wie Klimawandel, Armut, Umweltzerstörung und Korruption zu lösen. Diese Herausforderungen sollen die Seasteader besser meistern, auf den Inseln können die Aquapreneure frei von Regulation und Bürokratie nach Her-

zenslust neue Technologien, Therapien und Staatsformen entwickeln und testen, zum Wohle der Menschheit. [...]

20 [...] „Artisanopolis“, eine schwimmende Stadt, die aus der Luft aussieht wie eine fein verästelte Schneeflocke, bestehend aus vielen kleinen Inseln, auf denen Menschen wohnen, in kuppelförmigen Gewächshäusern Nahrung anbauen und ihren Abfall recyceln. Die Inseleinheiten können flexibel umarrangiert werden. Umgeben ist „Artisanopolis“ von einem gigantischen Ring, der die Stadt vor großen Wellen schützt und zugleich deren Kraft in Energie umwandelt. [...]

„Erwachsene Menschen sollen frei entscheiden, wie sie zusammenleben möchten“, sagt Friedman. Und wem es auf einer Stead nicht gefällt, der siedelt eben auf eine andere um. Friedman kündigte seinen Job bei Google und gründete 2008 mit Silicon-Valley-Legende Peter Thiel das Seasteading Institute, der 1,7 40 Millionen Dollar in die Idee steckte. [...]

Quelle: Laube, Jens: Monarchie, Demokratie oder Anarchie – alles ist erlaubt, in: Die Welt (Hamburg), vom 01.11.2019, aus: www.welt.de/wissenschaft/plus202822600/Seasteads-Wie-das-Leben-auf-dem-Meer-aussehen-koennte.html

M|3 Freiheit durch Seasteading

Das Wirtschaftsmagazin brand eins berichtet von einer Konferenz des Seasteading Instituts in San Francisco und spricht dort mit dem Konferenzbesucher Randall Young, einem Investor und Business Analysten aus der Nähe von Los Angeles:

[...] „Es ist höchste Zeit, aus den USA abzuhauen, da wir uns zu einer kollektivistischen Gesellschaft entwickelt haben. Wer will noch länger in einem Staat leben, der mein Einkommen besteuert und jedes Jahr wissen will, wie viel ich verdiente? Das kann man nur unterstützen, wenn man arm ist oder Teil des Regimes“, giftet der Finanzier. „Heute ist das Ticket 10 zur Freiheit eine kleine Wohnung in Monaco, die kostet um die acht bis zwölf Millionen. Da ist ein Platz auf einem Seastead keine schlechte Alternative. Alle Menschen, denen an Freiheit und freiem Unternehmertum liegt, werden diese Idee unwiderstehlich finden.“

Quelle: Heuer, Stefan: Westwärts!, in: brand eins Medien AG (Hamburg), aus: brand eins 12/2012, S. 73 f.

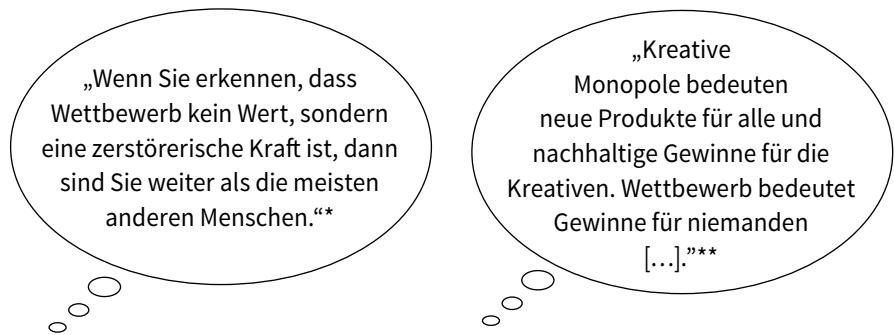
AUFGABEN

- 1 Beschreiben Sie das Konzept des Seasteading (M 1, M 2).
- 2 Legen Sie dar, ob Sie selbst in einem Seastead leben wollen würden.
- 3 Nutzen Sie die Perspektive von Randall Young (M 3): Entwerfen Sie ein umfassendes Bild möglicher Vorteile, die Seasteads für den Investor mit sich bringen könnten.
- 4 Stellen Sie Vermutungen an, welche Vorteile und Probleme Seasteads für unterschiedliche Siedlergruppen mit sich bringen. Gehen Sie dabei auf die Situation von Unternehmern/-innen, Arbeitnehmern/-innen und Konsumenten/-innen ein.

M|4 Peter Thiel

Peter Thiel, US-amerikanischer Milliardär, ist u. a. Investor bei Facebook und Mitbegründer von PayPal. Er war langjähriger Förderer des Seasteading-Projekts.

Quelle: Thiel, Peter: Zero to One: Wie Innovation unsere Gesellschaft rettet, Frankfurt a.M./New York: Campus 2014, S. 46*, S. 39**.

**M|5 Monopolkapitalismus**

In seinem 2014 erschienen Buch „Zero to One. Wie Innovation unsere Gesellschaft rettet“ in dem Peter Thiel Tipps für Firmengründer geben möchte, legt er auch seine Auffassung von Wettbewerb und Monopolen dar.

[...] In der Volkswirtschaftslehre wird der perfekte Wettbewerb als Idealzustand und Standard beschrieben. Laut Theorie stellen sogenannte vollkommene Märkte ein Gleichgewicht zwischen dem Angebot der Produzenten und der Nachfrage der Kunden her. Im Wettbewerb sind alle Unternehmen gleich und bieten identische Produkte an. Da es sich um einen freien Markt handelt, müssen sie zu den Preisen verkaufen, die dieser vorgibt. Wenn Gewinne zu erzielen sind, kommen neue Unternehmen an den Markt, vergrößern das Angebot, drücken die Preise und reduzieren damit die Profite, derentwegen sie überhaupt erst in diesen Markt eingestiegen sind. Wenn zu viele Unternehmen miteinander konkurrieren, machen sie Verluste, einige gehen pleite und die Preise steigen wieder auf ein nachhaltiges Niveau. [...]

15 Das Gegenteil des perfekten Wettbewerbs ist das Monopol. Während ein Unternehmen in einer Konkurrenzsituation zum Marktpreis verkaufen muss, beherrscht ein Monopolist den Markt und kann die Preise fast nach Belieben festsetzen. Da es keine Wettbewerber gibt, kann es das Verhältnis von Angebot und

20 Nachfrage so regulieren, dass es die größten Gewinne macht.

Für Wirtschaftswissenschaftler sind alle Monopole gleich, egal ob sie auf gesetzwidrige Weise Konkurrenten ausschalten, Lizizenzen vom Staat erwerben oder sich durch Innovation eine Alleinstellung sichern. In diesem Buch interessieren wir uns jedoch nicht für illegale Kartelle oder für staatliche Schützlinge; unter „Monopolen“ verstehen wir vielmehr diejenigen Unternehmen, die auf ihrem Gebiet so gut sind, dass kein Konkurrent eine gleichwertige Alternative zu bieten hat. Google ist ein gutes

Beispiel für ein Unternehmen, das den Sprung from zero to one geschafft hat: Mit seiner Suchmaschine hat es seit Anfang der 2000er Jahre Yahoo und Microsoft weit hinter sich gelassen und ist seither konkurrenzlos. [...]

30 Da sich [ein Monopolist wie Google] nicht den Kopf um die Konkurrenz zerbrechen muss, kann es sich Gedanken um seine 35 Mitarbeiter, seine Produkte und seine Rolle in der Welt machen. Das Google-Motto „Don't Be Evil“ ist natürlich Teil einer Marketingstrategie, doch es ist auch typisch für ein Unternehmen, das so erfolgreich ist, dass es sich um Moral sorgen kann, ohne seine eigene Existenz zu gefährden. In der Wirtschaft ist Geld entweder 40 wichtig oder alles. Monopolisten können es sich leisten, an andere Dinge zu denken als an Geld. Anders Teilnehmer eines vollkommenen Marktes: Hier sind Unternehmen derart auf ihre aktuellen Gewinnspannen fixiert, dass sie gar nicht in der Lage sind, langfristig zu planen. Es gibt nur eines, das es einem Unternehmen 45 erlaubt, dem täglichen brutalen Überlebenskampf zu entkommen: die Gewinne aus einer Monopolstellung. [...]

Die Welt, in der wir leben, ist jedoch dynamisch. Es ist möglich, Neues und Besseres zu erfinden. Kreative Monopolisten bieten ihren Kunden mehr und neue Optionen, indem sie neue 50 Kategorien schaffen. Sie bereichern die Gesellschaft nicht nur, sie sind auch Motoren des Fortschritts. [...]

Monopolisten stehen an der Spitze des Fortschritts, da die Aussicht auf eine jahrzehntelange Alleinstellung ein starker Anreiz zur Innovation ist. Monopolisten können innovativ sein, 55 da sie dank ihrer Gewinne langfristige Pläne aufstellen und ehrgeizige Forschungsprojekte finanzieren können, von denen Unternehmen im harten Konkurrenzkampf nicht einmal träumen können. [...]

Quelle: Thiel, Peter: Zero to One. Wie Innovation unsere Gesellschaft rettet, Frankfurt a. M./New York: Campus 2014, S. 27 f., 35 f.

AUFGABEN

- 1 Der Milliardär, Gründer und Investor Peter Thiel fördert die Seasteading-Idee (M 1, M 2). Stellen Sie begründet Vermutungen zu seinen Beweggründen an: Warum könnten Seasteads attraktiv für Thiel sein (M 4)?
- 2 Geben Sie wieder, welche Bedeutung Thiel Monopolen zuschreibt (M 4, M 5).
- 3 Arbeiten Sie das Verhältnis von Monopol, Wettbewerb, Unternehmer, Gesellschaft, Arbeitnehmer und Staat für das Wirtschaftsverständnis von Thiel heraus (M 5). Tipp: Erstellen Sie ein Schaubild, in dem Sie die Bezüge zwischen den genannten Begriffen darstellen.
- 4 Als Mitarbeiter/-in von Peter Thiel sind Sie zu einer Podiumsdiskussion zum Thema „Seasteading: Eine wünschenswerte Zukunft des Wirtschaftens?“ eingeladen. Bereiten Sie sich darauf vor, Ihre Position in der Diskussion zu vertreten.

M|6 Lina Khan

„Die langfristigen Interessen der Konsumenten umfassen Produktqualität, Produktauswahl und Innovation – dies wird am besten durch stabilen Wettbewerb und offene Märkte befördert.“

Quelle: Khan, Lina M.: Amazon's Antitrust Paradox, in: The Yale Law Journal Bd. 126 (03/2017), S. 710-805, hier S. 739. [Übersetzung Jana Bretschneider]

„Wenn der ungebremsten Macht der Monopole erlaubt ist, sich zu konzentrieren, kann ihre Macht mit der des Staates konkurrieren.“

Quelle: Swisher, Kara/Sorkin, Ross: Interview mit Lina Khan: Lina Khan Is (Still) Bursting Big Tech's Bubble, in: The Yale Law Journal Company, Inc. (New Haven), vom 19.01.2022, aus: www.nytimes.com/2022/01/19/opinion/sway-kara-swisher-lina-khan.html?showTranscript=1 [Übersetzung Jana Bretschneider]

M|8 Macht der Monopole

Matt Stoller ist Wirtschaftshistoriker und US-amerikanischer Politikberater.

brand eins: Herr Stoller, wenn eine Firma ein tolles Produkt hat – was ist so schlecht daran, wenn immer mehr Menschen es nutzen und dieses Unternehmen dadurch den Markt beherrscht?

Matt Stoller: Natürlich gibt es Firmen, die erfolgreich sind, weil sie eine Mausfallen erfunden haben, die besser ist als bisherige Mausfallen. Aber normalerweise reicht das nicht, um dauerhaft eine marktbeherrschende Position einzunehmen und zu halten. Viele Unternehmen nutzen dafür wettbewerbsfeindliche Praktiken.

Was wären Beispiele für solche Praktiken?

10 Wenn ein Unternehmen sehr häufig kleinere Konkurrenten kauft, ist das ein schlechtes Zeichen, weil dadurch die Markt-konzentration zunimmt und es neue Konkurrenten noch schwerer haben. Wenn es Knebelverträge einsetzt, in denen es zum Beispiel Lieferanten untersagt, Konkurrenten zu beliefern, ist das ebenfalls ein Warnsignal. Oder wenn es diese Konkurrenten überwacht und ausspioniert oder ihnen Zugang zu den eigenen Dienstleistungen verweigert. Oder wenn es mit Dumping-Preisen arbeitet. [...]

Im Silicon Valley gilt der berühmte Satz von Investor Peter Thiel „Competition is for losers“. Soll heißen: Der beste Weg, viel Geld zu verdienen, ist einen Markt so zu dominieren, dass man selbst die Regeln festlegen kann. Ist nicht allein diese Haltung problematisch?

Investoren suchen immer den einen riesigen Erfolg, mit dem sie alle ihre Verluste ausgleichen können. Und ein Monopol ist meist sehr lukrativ. [...]

Quelle: Koch, Christoph: Interview mit Matt Stoller. „Die meisten Politiker und Wettbewerbschützer haben nichts gegen Monopole“, in: brand eins (Hamburg) 07/2020, aus: www.brandeins.de/magazine/brand-eins-wirtschaftsmagazin/2020/unternehmertum/die-meisten-politiker-und-wettbewerbschuetzer-haben-nichts-gegen-monopole

M|7 Monopol als Problem

Die US-amerikanische Juristin Lina Khan ist seit Juni 2021 Vorsitzende der US-Federal Trade Commission FTC.

Kann die US-Regierung einen Konzern als Monopol brandmarken und zurechtstutzen, obwohl die Kunden zufrieden und die Preise niedrig sind? Nein, lautete die herrschende Lehrmeinung, [...]. Ja, widersprach die damals 28-jährige Jura-Studentin Khan – und stellte damit vier Jahrzehnte des Kartellrechts auf den Kopf.

[...] Präsident Joe Biden [will] die heutige Professorin an der New Yorker Columbia-Universität offenbar für die fünfköpfige Führung der Wettbewerbsbehörde FTC nominieren [...]: [Was] hat Biden generell mit den Tech-Konzernen vor? Zwar hat es in der US-Geschichte Dutzende Fälle gegeben, in denen Firmen kartellrechtlich zur Verantwortung gezogen oder gar zerschlagen wurden. Tech-Größen [...] jedoch wiegten sich mit ihren preisgünstigen oder gar kostenlosen Diensten lange in Sicherheit. Für Khan [...] greift der Blick auf die Preise jedoch zu kurz.

15 Vielmehr könne eine Firma der Allgemeinheit auch auf andere Art schaden. Beispiel Amazon: Der Konzern betreibt ja nicht nur ein riesiges Online-Kaufhaus, sondern auch eine Handelsplattform, zu deren Nutzung kleinere Konkurrenten praktisch gezwungen sind und auf der jeder nach der Pfeife des Hausherrn tanzen muss. [...] Amazon spioniert die Kundenaufträge der Wettbewerber aus, um besonders beliebte Waren kopieren und selbst verkaufen zu können. [...] Den Schaden, so glaubt nicht nur Khan, habe am Ende auch der Kunde, denn die Dominanz eines Unternehmens reduziere die Produktqualität, die Vielfalt und die

25 Innovationskraft aller Hersteller. Die heute 32-Jährige [...] will deshalb großen Firmen wettbewerbsschädliche Expansionsstrategien untersagen. Alternativ wäre denkbar, einzelne Unternehmen als Monopolbetreiber öffentlicher Versorgungsnetze zu akzeptieren, den Zugang von Wettbewerbern zu diesen Netzen aber staatlich 30 zu regulieren. „Es geht [...] darum, ob unsere Gesetze der Demokratie dienen.“

Quelle: Hulverscheidt, Claus: Juristisches Wunderkind, in: Süddeutsche Zeitung (München), aus: www.sueddeutsche.de/wirtschaft/kartellrecht-amazon-monopol-usa-1.5235952

AUFGABEN

- 1 Stellen Sie begründet Vermutungen an, warum die Vorsitzende der FTC Lina Khan Monopole problematisiert (M 6).
- 2 Geben Sie wieder, welche Bedeutung Khan Monopolen zuschreibt (M 6).
- 3 Arbeiten Sie das Verhältnis von Monopol, Wettbewerb, Unternehmer, Gesellschaft, Arbeitnehmer und Staat für das Wirtschaftsverständnis der Monopolkritiker heraus (M 6–M 8). Tipp: Erstellen Sie ein Schaubild, in dem Sie die Bezüge zwischen den genannten Begriffen darstellen.
- 4 Vergleichen Sie die Auffassungen Thiels und Khans zur Bedeutung von Monopol und Wettbewerb (M 6–M 8).
- 5 Als Mitarbeiter/-in von Lina Khan sind Sie zu einer Podiumsdiskussion zu „Seasteading: Eine wünschenswerte Zukunft des Wirtschaftens?“ eingeladen. Bereiten Sie sich darauf vor, Ihre Position in der Diskussion zu vertreten.

M|9 Kalifornischer Liberalismus

Im Silicon Valley sind solche libertären Ordnungsvorstellungen weit verbreitet. Von Larry Page, Vorstandsvorsitzender von Alphabet, dem Mutterkonzern Googles, ist ein eindrückliches, das negative Staatsverständnis offenbarende Zitat überliefert:

⁵ „Es gibt eine Menge Dinge, die wir gerne machen würden, aber leider nicht tun können, weil sie illegal sind. Weil es Gesetze gibt, die sie verbieten. Wir sollten ein paar Orte haben, wo wir sicher sind. Wo wir neue Dinge ausprobieren und herausfinden können, welche Auswirkungen sie auf die Gesellschaft haben.“
¹⁰ [...] [Es] kann unter den führenden Vertretern des Silicon Valley [...] eine Tendenz der Staatsskepsis festgestellt werden, sodass zumindest von einem Liberalismus kalifornischer Prägung aus gegangen werden kann.

Diese Ordnungsidee rückt das Individuum und den Markt ins Zentrum, zielt auf weniger und zugleich klügere Regulierung und weist eine tief sitzende Ablehnung gegenüber Einschränkungen persönlicher Freiheit auf. Wie weit die kalifornische Spielart von der kontinentaleuropäischen Tradition des Liberalismus

entfernt ist, die die freie Entfaltung des Menschen in einem Ordnungsrahmen sucht und entsprechend dem wirkungsmächtigen Staat eine ganz entscheidende Funktion beimisst, zeigt der Umgang mit neuen Technologien und Geschäftsmodellen: Aus Sicht der kalifornischen Ordnungsidee gilt es, zunächst für Zukunftsfelder (künstliche Intelligenz oder autonomes Fahren) Restriktionen möglichst zu beseitigen und erst im Nachhinein gegebenenfalls regulativ einzuschreiten. [...]

Hier klingt ein weiteres Kennzeichen der kalifornischen Ideologie an. Für das High-Tech-Tal ist ein Denken charakteristisch, das mit Blick auf soziale Probleme wie Armut, Ungleichheit oder Korruption Lösungen nicht in politisch-institutionellen Maßnahmen, sondern vorrangig in der Entwicklung und Anwendung neuer Technologien sucht.

Quelle: Dörr, Julian/Kowalski, Olaf: Vom Tal auf die Insel? Vom kalifornischen Liberalismus zur Sozialutopie Seasteading, in: APUZ 32-33 (2018), S. 16–21, hier S. 18 f.

M|10 Adam Smith: Wettbewerb und öffentliches Wohl

Adam Smith (1723-1790) war Wirtschaftstheoretiker und Moralphilosoph. Er begründete die Theorie der freien Marktwirtschaft.

Nicht vom Wohlwollen des Metzgers, Brauers und Bäckers erwarten wir das, was wir zum Essen brauchen, sondern davon, dass sie ihre eigenen Interessen wahrnehmen. Wir wenden uns nicht an ihre Menschen-, sondern an ihre Eigenliebe, und wir erwähnen nicht die eigenen Bedürfnisse, sondern sprechen von ihrem Vorteil. [...] *

[Der Einzelne wird] von einer unsichtbaren Hand geleitet, um einen Zweck zu fördern, den zu erfüllen er in keiner Weise beabsichtigt hat. Auch für das Land selbst ist es keineswegs immer das Schlechteste, dass der Einzelne ein solches Ziel nicht bewusst anstrebt, ja, gerade dadurch, dass er das eigene Interesse verfolgt, fördert er häufig das der Gesellschaft nachhaltiger, als wenn er wirklich beabsichtigt, es zu tun. [...] **

Das Interesse der Kaufleute aller Branchen in Handel und Gewerbe weicht [...] stets vom öffentlichen ab, gelegentlich steht es ihm auch entgegen. Kaufleute sind immer daran interessiert, den Markt zu erweitern und den Wettbewerb einzuschränken. [...] Jedem Vorschlag zu einem neuen Gesetz oder einer neuen Regelung über den Handel, der von ihnen kommt, sollte man immer mit großer Vorsicht begegnen. Man sollte ihn auch niemals übernehmen, ohne ihn vorher gründlich und sorgfältig, ja sogar misstrauisch und argwöhnisch geprüft zu haben, denn er stammt von einer Gruppe von Menschen, deren Interesse niemals dem öffentlichen Wohl genau entspricht und die in der Regel viel mehr daran interessiert sind, die Allgemeinheit zu täuschen, ja sogar zu missbrauchen. [...] ***

Quelle: Smith, Adam: Der Wohlstand der Nationen, übersetzt u. hrsg. v. Horst Claus Recktenwald, München 2003, *S. 17, **S. 371, *** S. 213.

AUFGABEN

- 1 Charakterisieren Sie das Seasteading (Copy 1) – besonders hinsichtlich der u. a. von Thiel vertretenen wirtschaftlichen Möglichkeiten (Copy 2) – als Idee des kalifornischen Liberalismus (M 9).
- 2 Arbeiten Sie das Verhältnis von Wettbewerb, individuellem Wohl und öffentlichem Wohl nach dem Wirtschaftsverständnis von Smith (M 10) heraus. Beachten Sie dabei auch die Bedeutung der „unsichtbaren Hand“. Tipp: Erstellen Sie ein Schaubild mit den Bezügen zwischen den genannten Begriffen.

- 3 Ordnen Sie die Positionen von Thiel (Copy 2) und Khan (Copy 3) in die Theorie freier Marktwirtschaft nach Smith (M 10) ein.
- 4 Nehmen Sie Stellung zu der These von Khan: „Wenn der ungebremsten Macht der Monopole erlaubt ist, sich zu konzentrieren, kann ihre Macht mit der des Staates konkurrieren.“ (M 6). Beziehen Sie sich dabei sowohl auf die Idee des Seasteading als auch auf Wirtschaftstheorie.

Frank Meske

51 % der Aktien für den Staat?

Aktienmarktsozialismus (Giacomo Corneo)

Foto: stock.adobe.com/ArToArno Rude



Der Aktienmarkt gilt gemeinhin als das Haifischbecken des Kapitalismus. Mit dem Aktienmarktsozialismus schlagen Wirtschaftswissenschaftler/-innen – in Deutschland allen voran Giacomo Corneo – eine gemeinwohlorientierte Revision des Kapitalismus vor, die vom Aktienmarkt profitiert.

Kritik am kapitalistischen System begleitet Marktwirtschaften, egal ob frei oder sozial, mindestens von Beginn der Industrialisierung an. Die theoretische Auseinandersetzung mit den Folgen der Kombination von Privateigentum an Produktionsmitteln und individuellen Gewinnstreben hat ausgehend von Karl Marx und Friedrich Engels zu zahlreichen gedanklichen und praktischen Experimenten sozialisierter oder zentralisierter Wirtschaftsordnungen geführt. Gemein- oder Staatseigentum an Produktionsmitteln

haben sich dabei im historischen Vergleich kaum mit der Effizienz kapitalistischer Marktwirtschaften messen können. Diese allerdings befördern – je nach staatlicher Regulierung unterschiedlich – tendenziell soziale Ungleichheit.

Den Wirtschaftswissenschaftler Giacomo Corneo – einem bekennenden „Neoklassiker“ unter Ökonomen – führte dies zu einem gedanklichen Experiment mit der Zielsetzung, die Innovations- und Allokationsfunktion einer Marktwirtschaft mit der Stärkung von Staatlichkeit durch Beteili-

Das Thema im Unterricht

Klassenstufe 11–13
Zeitbedarf 2–4 Stunden

Materialien 3
Lehrplanbezüge Soziale Marktwirtschaft, soziale Ungleichheit, Sozialstaat, Wirtschaftsordnungen

- Copy 1** Einführung – Aktien für den Staat?
↓
Copy 2 Analyse – Sozialismus und Aktienmarkt
↓
Copy 3 Perspektive – vom Gedanken- zum Realexperiment



Arbeitsblätter bequem
online anpassen!
Mehr dazu auf Seite 3.

COPY 1 Copy 1 dient der Vorstellung und Kontextualisierung von Giacomo Corneos Konzept des Aktienmarktsozialismus. **M 1** dient dazu, Corneo einordnen zu können und wird in Aufgabe 1 genutzt, um eine spontane Positionierung zur grundsätzlichen Idee des Aktienmarktsozialismus einzufordern.

Aufgabe 2 fokussiert die Lernenden auf die Zielsetzungen des kapitalismuskritischen Konzepts Corneos: soziale Ungleichheit verringern, Plutokratie vermeiden, soziale Dividenden des wirtschaftlichen Erfolgs generieren (**M 2**). Aufgabe 3 illustriert in Verbindung mit **M 3** die Potenziale des Aktienmarktes mit tendenziell steigenden Dividenden, die der Staat als Aktionär für sich nutzbar machen könnte. Die Herausarbeitung bei Aufgabe 4 sollte Probleme der Dividendenschwankungen für den Staatshaushalt reflektieren, aber auch die Gesamtperformance berücksichtigen.

COPY 2 Copy 2 basiert auf Gedankenexperimenten, die die Lernenden auf Basis bisher geringer Informationen zu Corneos Konzept entwickeln sollen, um davon ausgehend Chancen und Defizite des Konzepts reflektieren zu können.

Die Gedankenexperimente sollten – ggf. unter Verwendung unten angegebener Hinweise – in Partnerarbeit und arbeitsteilig in der Lerngruppe entwickelt werden (Aufgabe 1). Aufgabe 2 und 3 dienen dazu, die Vorstellungen der Lernenden abzugleichen und Prioritäten der Lerngruppe herauszuarbeiten. Je nach Anlage des vorhergehenden Unterrichts sind bei Aufgabe 2 verschiedene Schwerpunktsetzungen z. B. hinsichtlich sozialen Ausgleichs oder der Finanzierung von Klimaneutralität möglich. Bei Aufgabe 3 sollten vor allem Probleme staatlicher Wirtschaftslenkung in den Blick kommen.

Aufgabe 4 leitet die Auseinandersetzung mit Corneos Konkretisierung des Arbeitsmarktsozialismus an (**M 6**). Corneo führt aus, wie er über einen unabhängigen „Bundeskationär“ und am Börsenerfolg geknüpfte Bezahlung des Managements die Innovations- und Konkurrenzfähigkeit der teilvergeselllichteten Unternehmen sicherstellen will. Zudem entwickelt er ein staatlich reguliertes Übernahmekonzept für nicht börsennotierte Unternehmen. Die Lernenden reflektieren, inwieweit es Corneo mit seinem Konzept gelingt, die von ihnen im Gedankenexperiment und in Aufgabe 3 antizipierten Probleme von Staatsunternehmen zu lösen.

Aufgabe 5 erfordert einen Perspektivwechsel: Aus der Sicht eines Start-Up-Unternehmers soll Corneos Idee jährlicher Versteigerungen von Unternehmen reflektiert werden. Hier sollten im Sinne eines Werturteils vor allem Grundwerte wie die (Eigentums-)freiheit und Gerechtigkeit in den Blick genommen werden, aber auch die Effizienz von Corneos Idee berücksichtigt werden.

gung des Staates an Unternehmensgewinnen zu verbinden.

Dividenden für die Bürger/-innen

Sein Modell des Aktienmarktsozialismus fordert eine staatliche Mehrheitsbeteiligung an allen Aktiengesellschaften innerhalb der Volkswirtschaft. In der daraus resultierenden Beteiligung an Unternehmensgewinnen sieht Corneo weit reichende Möglichkeiten des Staates, die soziale Ungleichheit zu überwinden – durch die Ausschüttung sozialer Dividenden an die Bürgerinnen und Bürger. Als Verfechter marktwirtschaftlicher Grundannahmen will Corneo aber die Gefahren einer Staatslenkung von Unternehmen unbedingt ver-

meiden. Dazu konstruiert er eine von der Politik unabhängige Institution, die die weit reichenden Mitbestimmungsrechte des Mehrheitsaktionärs – des Staates – nach rein marktwirtschaftlichen Kriterien wahrnehmen soll – den „Bundeskationär“.

Aktienmarkt als Indikator

Wichtig ist Corneo, dass der nichtstaatliche Anteil an Unternehmensanteilen weiterhin frei an der Börse gehandelt werden muss: Er sieht im Börsenkurs den zentralen Indikator für das Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit eines Unternehmens. Und in der Koppelung von Managergehältern an den Aktienmarkterfolg eines Unternehmens die Vor-

Das Thema im Unterricht

COPY 3

Copy 3 fokussiert die Realisierbarkeit von Corneos Utopie. Im Gedankenexperiment (Aufgabe 1) entwickeln die Lernenden gedanklich Möglichkeiten des Staates, Mehrheitsaktionär bei allen Unternehmen zu werden und mögliche Folgen dieses Bestrebens. Je nach Anlage des bisherigen Unterrichts sind zur Finanzierung folgende Aspekte denkbar:

- Vergesellschaftung mit Entschädigungszahlungen gemäß Grundgesetz
- Finanzierung über Steuererhöhungen
- Finanzierung über Schulden
- Finanzierung über sukzessiv eintretende Aktienmarktgewinne.

Als Folgen im Aktienmarkt können Kurssteigerungen durch erhöhte Nachfrage oder Kursverfälle durch Verunsicherung antizipiert werden.

Aufgabe 2 zielt darauf ab, Corneos Ideen der Schuldensfinanzierung der Aktienpakete (**M 8**) bzw. eines „Realexperiments“ (**M 9**) mit den Überlegungen des Gedankenexperiments zu vergleichen. Bei Aufgabe 4 kommen die Lernenden in Auseinandersetzung mit Corneos Vorschlag eines Realexperiments zur Urteilsbildung über sein Konzept des Aktienmarktsozialismus. Davon ausgehend soll im Plenum die These von der grundsätzlichen Nicht-Realisierbarkeit des Aktienmarktsozialismus (**M 10**) erörtert werden (Aufgabe 4).

Das Gedankenexperiment: Es besteht in dem Versuch, auf der Grundlage bloßer Vorstellungen die für ein Thema bedeutsamen Erkenntnisse zu gewinnen oder zu vermitteln. Man könnte auch sagen: Gedankenexperimente sind im Kontext des politischen und wirtschaftlichen Unterrichts durchdachte, begründete, aber individuelle und kreative Was-wäre-wenn-Überlegungen, die dem Erkenntnisgewinn im Zusammenhang mit Gestaltungsaufgaben dienen. Für die Lernenden können folgende Hinweise genutzt werden:

1. Die Versuchsanordnung besteht aus einer oder mehreren Annahmen. „Annahme“ bedeutet hier eine bloße Vorstellung wie in dem Satz „Nehmen wir einmal an, dass alle Aktiengesellschaften mehrheitlich dem Staat gehören“.

2. Der Versuchsanordnung folgt die Versuchsanweisung. Sie ist im Kontext politischer und wirtschaftlicher Gedankenexperimente die Aufforderung, gesellschaftliche, ökonomische, politische oder auch ökologische Folgen der Annahme konkret auszugestalten, zu schildern, was die Annahme für Konsequenzen hat.

3. Das eigentliche Experiment, die Durchführung, besteht in den Überlegungen und Vorstellungen, die konkret dargestellt und geschildert werden. In diese Überlegungen kann vieles einfließen, z. B. Wertentscheidungen, Einsichten aus der Lebenserfahrung, lebensweltliches Wissen, theoretische oder logische Schlussfolgerungen, usw. Gefragt ist die eigene Kreativität sowie die Vernetzung von Erkenntnissen und Erfahrungen. Die Durchführung sollte möglichst konkret und mit Bezug auf Beispiele und Begründungen ausgeführt sein. Zur Präsentation der Ergebnisse der Durchführung bieten sich z. B. Flussdiagramme an, die Folgewirkungen verdeutlichen. Auch Unterscheidungen von Wirkungsketten in „Worst-, Best- und „Realistic-Case-Szenarien“ können sinnvoll sein.

4. Das Gedankenexperiment soll sich nicht im „luftleeren Raum“ bewegen, sondern soll in einen größeren Zusammenhang eingebettet sein, in dem eine Frage aufgetaucht ist, zu deren Beantwortung das Experiment einen Beitrag liefern kann (hier z. B. Unterrichtswissen über soziale Ungleichheit, soziale Marktwirtschaft, Grundrechte).

aussetzung für die Innovationsfähigkeit der teilsozialisierten Unternehmen.

Vom Gedanken- zum Realexperiment?

Corneos Aktienmarktsozialismus erscheint Kritikern als unrealisierbar, Corneo vertritt es als fundierte Utopie, die

zur Diskussion anregen soll, aber auch in ein Realexperiment münden könnte. In diesem Unterrichtsbeitrag sollen zentrale Elemente von Corneos Konzept vorgestellt werden und Möglichkeiten und Grenzen des Konzeptes durch eigene Gedankenexperimente der Lernenden antizipiert werden, um davon ausgehend zu einer Urteilsbildung über das Konzept des Aktienmarktsozialismus zu gelangen. ■

LITERATUR

Corneo, Giacomo: Kapitalismus: Alternative in Sicht?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 35–37/2015, vom 24.08.2015, S. 24–31, aus: www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/211045/kapitalismus-alternative-in-sicht/

Corneo, Giacomo. Bessere Welt: Hat der Kapitalismus ausgedient? Eine Reise durch alternative Wirtschaftssysteme. Österreich, Goldegg Verlag GmbH 2014.

Täubner, Mischa: Börse plus Sozialismus, in: brand eins 07/2014, aus: www.brandeins.de/magazine/brand-eins-wirtschaftsmagazin/2014/alternativen/boerse-plus-sozialismus

UNSER AUTOR



Frank Meske, Walsrode, StD und Fachberater für Politik-Wirtschaft bei der Niedersächsischen Landesschulbehörde, Regionalabteilung Lüneburg, Beirat PRAXIS POLITIK & WIRTSCHAFT.

Foto privat

M|1 Börse plus Sozialismus

„brand eins“ ist ein Wirtschaftsmagazin, das nach „Ideen für eine neue Wirtschaft“ sucht. Es stellt Giacomo Corneo vor einem Interview vor:

Er ist Professor für öffentliche Finanzen an der Freien Universität Berlin und definiert sich selbst als Neoklassiker, als Anhänger jener Theorie also, die – häufig mit abschätzigen Unterton – auch als neoliberal bezeichnet wird. Er glaubt an das von 5 Eigeninteressen geleitete Individuum, ist überzeugt von der Effizienz des Marktprinzips. Und bringt dennoch ein Modell aufs Tapet, das dem Kapitalismus von heute an den Kragen will. Corneo nennt es Aktienmarktsozialismus. In diesem Modell ist der Staat Haupteigentümer jedes börsennotierten Unterneh-

mens. Daneben existieren viele kleine Privatfirmen. Wie hoch der staatliche Anteil an den Aktiengesellschaften ist, wird durch die Verfassung festgeschrieben. Möglich wären beispielsweise 75 Prozent. Die restlichen 25 Prozent würden frei gehandelt und befänden sich im Besitz von Kleinanlegern, anderen Unternehmen, Banken, Stiftungen, Pensionsfonds. Der Gewinn der von 15 Managern geführten marktsozialistischen Unternehmen flösse entsprechend den Eigentumsverhältnissen zum großen Teil in den Staatshaushalt.

Quelle: Täubner, Mischa: Börse plus Sozialismus, in: brand eins (Berlin), 07/2014, aus: www.brandeins.de/magazine/brand-eins-wirtschaftsmagazin/2014/alternativen/boerse-plus-sozialismus

M|2 Zielsetzungen des Arbeitsmarktkapitalismus

brand eins: Herr Corneo, die Kombination aus Aktienmarkt und Sozialismus klingt befremdlich. Sind Sie nun pro oder kontra Kapitalismus?

Giacomo Corneo: Das kann man so eindeutig nicht sagen. Der 5 Kapitalismus, wie wir ihn kennen, hat zwei Wesensmerkmale: Marktwirtschaft und das Privateigentum an Produktionsmitteln. In meinem Modell bleibt Erstes erhalten, Letzteres hingegen wird zwar nicht völlig abgeschafft, aber doch stark beschnitten. Letztlich kommt es aber gar nicht darauf an, für oder gegen den 10 Kapitalismus zu sein. Die Frage ist, ob es eine Wirtschaftsordnung gibt, die in der Lage ist, unsere Probleme besser zu lösen als die bestehende. Bis heute ist es in unserer Zunft nicht üblich, Alternativen ins Spiel zu bringen. Die Systemfrage wird tabuisiert. Wer sie stellt, gilt schnell als unseriös. Ich finde diese Tabuisierung 15 intellektuell feige und politisch kontraproduktiv.

Welche Probleme kann Ihr Modell denn besser lösen als der Kapitalismus in der heutigen Form?

Wenn wir auf Europa schauen, sehen wir, dass die Kluft zwischen hohen und niedrigen Einkommen immer größer wird. Die Gefahr 20 besteht, dass sich am unteren und am oberen Ende der Pyramide große Teile der Gesellschaft vom Gemeinwesen verabschieden. Es kann ein Teufelskreis entstehen: Der Einfluss der Reichen auf die Politik wird größer, mit der Folge, dass die Politiker Gesetze schaffen, die den Reichen noch größeren Reichtum ermöglichen.

25 Das führt letztendlich zu einer Plutokratie. Gerade die Deutschen, die immer nach vorn schauen und dem Stabilitätsdenken verhaftet sind, wenn es um Umwelt oder die Staatsfinanzen geht, sollten anfangen, der sozialen Polarisierung vorzubeugen.

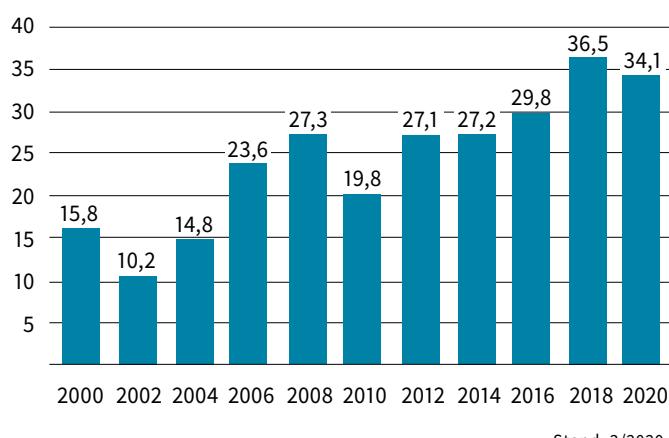
Und die weitgehende Verstaatlichung von Unternehmen, glauben 30 Sie, leistet das?

Die Frage ist, wie eine Ordnung beschaffen sein müsste, die zum einen in etwa so viel Wohlstand zu erzeugen vermag wie die heutige und die zum anderen der sozialen Ungleichheit entgegenwirkt. Letzteres wird im Aktienmarktsozialismus dadurch 35 erreicht, dass die Unternehmensgewinne nicht einer kleinen Minderheit von Reichen, sondern über den Staatshaushalt allen Bürgern zufließen. Denkbar wäre auch, die Gewinne dafür zu nutzen, jedem Bürger regelmäßig eine soziale Dividende auszuschütten. Das würde insbesondere die Lage der Geringverdiener verbessern. Sie verfügten über ein von ihrer Arbeitskraft unabhängiges Einkommen und hätten dadurch eine bessere Verhandlungsposition auf dem Arbeitsmarkt. [...]

Quelle: Täubner, Mischa: Börse plus Sozialismus, in: brand eins (Berlin), 07/2014, aus: www.brandeins.de/magazine/brand-eins-wirtschaftsmagazin/2014/alternativen/boerse-plus-sozialismus

M|3 Dax-Dividendensummen in Mrd. Euro

Der Aktienindex Dax setzt sich aus den größten, an der Börse gehandelten deutschen Aktiengesellschaften zusammen. Als Dividende wird der Teil des Gewinns bezeichnet, den eine Aktiengesellschaft an Aktionär/-innen ausschüttet.



Daten nach: DZ Bank Research, DSW

AUFGABEN

- 1 Positionieren Sie sich spontan zur Idee des Aktienmarktsozialismus (M 1).
- 2 Arbeiten Sie die Zielsetzungen des Aktienmarktsozialismus heraus (M 2).
- 3 Analysieren Sie die Statistik im Hinblick auf die Dividenendenentwicklung (M 3).
- 4 Arbeiten Sie mit der Statistik (M 3) Chancen und Risiken einer Beteiligung des Staates am Aktienmarkt heraus.

M|4 Gedankenexperiment I

Nehmen Sie an, der deutsche Staat wäre zu mehr als 50 % an den Gewinnen aller deutschen Großunternehmen beteiligt (vgl. M 3). Schildern Sie, wie der Staat das Geld konkret einsetzen könnte, um die Zukunft bestmöglich zu gestalten. Gehen Sie dabei zunächst von etwa 150 Mrd. € pro Jahr aus.

Quelle: Meske, Frank

M|6 Gestaltung des Aktienmarktsozialismus

brand eins: Ist es nicht blauäugig, zu erwarten, dass Staatsunternehmen für die Allgemeinheit satte Gewinne erwirtschaften?

Corneo: [...] Staatsunternehmen [sind] mit zwei Problemen behaftet. Zum einen besteht die Gefahr, dass sich die Regierenden in die Geschäfte einmischen, dass sie die Unternehmen etwa an notwendigen Entlassungen hindern. Dieser Gefahr begegne ich in meinem Modell mit einer Institution, die ich Bundesaktionär nenne. So unabhängig wie die Bundesbank früher über die Preisstabilität wachte, achtet der Bundesaktionär darauf, dass die Unternehmen langfristig eine möglichst hohe Rendite abwerfen. Er wählt durch seine Vertreter in den Aufsichtsräten die Topmanager aus, wirkt an ihren Verträgen mit und gibt ihnen Ratschläge, was die Strategie angeht. Geführt wird er nicht von Parteipolitikern, sondern von Fachleuten.

15 Das zweite Problem kreist um die Frage, wie man die Topmanager von Staatsunternehmen dazu bewegt, eine Maximierung des Gewinns anzustreben.

Inwiefern muss man sie anders behandeln als die heutigen Konzernlenker? Die sind ja in der Regel auch keine Eigentümer, sondern Angestellte, die erfolgsabhängig entlohnt werden.

Genau dieses Prinzip soll erhalten bleiben. Doch damit es funktioniert, braucht man einen Maßstab, an dem sich die Leistung des Managements bemessen lässt. Das ist der Grund, warum ich auf den Aktienmarkt nicht verzichten will. Es mag 25 auf den ersten Blick überraschen, aber wir brauchen ihn für die Disziplinierung der Topmanager.

Ausgerechnet der Lieblingsfeind aller Kapitalismuskritiker soll Garant für mehr soziale Gerechtigkeit sein?

AUFGABEN

- 1 Entwickeln Sie arbeitsteilig die Gedankenexperimente (M 4, M 5).
- 2 Vergleichen Sie die Ergebnisse zu M 4 im Plenum und arbeiten Sie Ihre Prioritäten für die staatliche Mittelverwendung heraus.
- 3 Vergleichen Sie die Ergebnisse zu M 5 und arbeiten Sie zentrale Chancen und Risiken für Unternehmen und Arbeitnehmer/-innen heraus.
- 4 Überprüfen Sie, inwieweit Corneos Vorstellungen von der Ausgestaltung des Aktienmarktsozialismus (M 6) von Ihnen herausgestellte Risiken für Unternehmen und Arbeitnehmer/-innen abwenden könnte.
- 5 Nehmen Sie aus der Perspektive eines Start-Up-Unternehmens Stellung zu Corneos Vorstellungen zu Privatunternehmen.

M|5 Gedankenexperiment II

Angenommen, der Staat wäre zu mehr als 50 % an allen Großunternehmen beteiligt und hätte dadurch weitreichendes Mitbestimmungsrecht bei allen grundlegenden Unternehmensentscheidungen. Schildern Sie detailliert mögliche Auswirkungen für Unternehmen und Arbeitnehmer/-innen.

Quelle: Meske, Frank

M|7 Gedankenexperiment III



Finanzierungsproblem? Angenommen, der Staat will Mehrheitseigner bei allen deutschen Aktiengesellschaften werden und schreibt dieses Ziel in der Verfassung fest. Welche Möglichkeiten hat der Staat, an die Aktienmehrheiten zu gelangen, welche Probleme können sich abzeichnen, welche Folgen für Aktienkurse und Aktienmarkt sind absehbar? Schildern Sie Ihre Prognosen zu diesen Fragen auch unter Berücksichtigung von Art. 14 und Art. 15 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland.

Quelle: Meske, Frank

M|9 Ein Realexperiment?

Corneo führt im Interview aus:

Ich plädiere für ein Experiment. Von einigen wenigen Großunternehmen und Banken wird 51 Prozent des Kapitals verstaatlicht und in die Verwaltung des noch zu gründenden Bundesaktionärs überführt. Dann schauen wir, welcher Sektor der rentablene ist: der marktsozialistische oder der kapitalistische. Liefert der Bundesaktionär nicht die marktübliche Rendite, schaffen wir ihn wieder ab. Ist er aber den kapitalistischen Unternehmen überlegen, bauen wir das Wirtschaftssystem allmählich um.

Was sagen Ihre Kollegen zu solch revolutionären Vorschlägen?

Müssen Sie nicht um Ihren Ruf bangen?

Ich will keine Revolution anzetteln. Es geht mir darum, einen Stein in den Teich zu werfen.

Quelle: Täubner, Mischa: Börse plus Sozialismus, in: brand eins (Berlin), 07/2014, aus: www.brandeins.de/magazine/brand-eins-wirtschaftsmagazin/2014/alternativen/boerse-plus-sozialismus

M|8 Auf dem Weg in den Aktienmarktsozialismus

Will man den Aktienmarktsozialismus auf die Probe stellen, muss die öffentliche Hand über das nötige Kapital verfügen. Dieses Kapital soll in Form von Aktienvermögen über Markttransaktionen vom Staat erworben werden und ein breit diversifiziertes Portfolio bilden. Finanziert wird der Aktienkauf durch die Emission von staatlichen Schuldtiteln. Bei einem solventen Staat wie Deutschland werden Schuldtitle stark nachgefragt, und die Kosten der Verschuldung entsprechen dem risikolosen Zins. Die Refinanzierungskosten der aufgenommenen Schulden können daher durch einen kleinen Teil der aus dem Aktienvermögen erwirtschafteten Rendite gedeckt werden. [...]

Nach etwa 15 Jahren wäre die gesamte Neuverschuldung für die Bildung des öffentlichen Kapitals zurückgezahlt. Die Bonität des Staates wäre völlig unangetastet, und das Gemeinwesen würde ab diesem Zeitpunkt über ein schuldenfreies kollektives Aktienvermögen verfügen.

Quelle: Corneo, Giacomo: Kapitalismus: Alternative in Sicht?, vom 19.08.2015, in: Bundeszentrale für Politische Bildung (Bonn), aus: www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/211045/kapitalismus-alternative-in-sicht/

M|10 Corneo in der Kritik

Bei der Vorstellung von Coronos Konzept bezieht der Radiosender Deutschlandfunk Kultur auch kritische Stimmen mit ein:

„Ein sehr sympathisches Ziel, ein origineller Ansatz, schade, dass das nicht funktioniert“, sagt Franz-Josef Leven, stellvertretender Geschäftsführer des Deutschen Aktieninstituts in Frankfurt am Main. [...]

5 Könnte, würde, sollte – daran denkt Leven erst gar nicht. Denn das Konzept würde seiner Einschätzung nach schon bei der Umsetzung scheitern:

Fraglich ist natürlich auch, wie der Staat an die 51 Prozent der Aktien kommen will. Ich seh' da zwei Möglichkeiten, das 10 eine ist, er kauft sie. Dafür sind vierstellige Milliardenbeträge erforderlich. Da muss man sich überlegen, wo der Finanzminister dieses Geld hernehmen möchte. Der einzige andere Weg ist die Aktien zu stehlen, wenn der Staat das macht, heißt das vornehm Enteignung und wenn man bei uns etwas enteignen 15 möchte, dann braucht man gute Gründe, sonst ist das Ganze verfassungswidrig. Abgesehen davon, dass große Teile der Aktien ausländischen Aktionären gehören und die dürften noch weniger erfreut sein, wenn es plötzlich heißt, dass etwas mehr als die Hälfte in deinem Depotbestand verwaltet demnächst 20 ein deutscher Bundesaktionär.“ [...]

Quelle: Vorreiter, Paul: „Sozialdividende“ für die Bürger – ein Modell?, vom 04.10.2016, in: Deutschlandradio (Köln), aus: www.deutschlandfunkkultur.de/stichwort-aktienmarktsozialismus-sozialdividende-fuer-die-100.html

AUFGABEN

- 1 Entwickeln Sie das Gedankenexperiment 3 (M 7).
- 2 Vergleichen Sie Coronos Aussagen in M 8 und M 9 mit dem Ergebnis Ihres Gedankenexperiments.
- 3 Nehmen Sie Stellung zu Coronos Plädoyer für ein Realexperiment (M 9).
- 4 Erörtern Sie auf Basis Ihrer Ergebnisse die These der Unrealisierbarkeit des Aktienmarktsozialismus (M 10).

Jana Bretschneider

Plan statt Markt

Big Data zur Optimierung der Planwirtschaft?

Die Marktplatz-Plattformen Alibaba (China) und Amazon (USA) zeigen, wie Planwirtschaft unter den Bedingungen der Möglichkeiten von Big Data funktioniert: Sie sammeln systematisch Daten über das Kaufverhalten ihrer Kunden und minimieren nicht nur ökonomische Risiken, sondern auch Überkapazitäten und Lieferengpässe ganz konkret. Sind kapitalistisch optimierte Firmen damit Vorbild für die neue Planwirtschaft?



Foto: iStockphoto.com/Sundry Photography



Foto: iStockphoto.com/mayefalse

Die Diskussion um die Überlegenheit von zentraler Planung und Lenkung der Wirtschaft in der Zentralverwaltungswirtschaft oder von dezentraler Lenkung durch den Markt wurde bereits vor über 100 Jahren geführt. Im Zuge politischer Neuorganisation – nach der Oktoberrevolution in Russland aber auch im Kontext der beiden Welt-

krieg – wurden beide Optionen diskutiert und praktisch erprobt.

Plan besser als Markt?

In der in den 1910er und 1920er Jahren begonnenen Diskussion stellten Ökonomen wie Ludwig

Das Thema im Unterricht

Klassenstufe 10/11

Zeitbedarf 3 Stunden

Materialien	4
Methoden	Entwickelndes Lernen
Fächerübergriff	Geschichte
Lehrplanbezüge	Wirtschaftsordnung, Zentralverwaltungswirtschaft

Copy 1 – Hinführung



Copy 2/3 – Analyse



Copy 4 – Vertiefung und Urteil



Arbeitsblätter bequem
online anpassen!

Mehr dazu auf Seite 3.

Vorwissen

Es ist hilfreich, aber nicht zwingend notwendig, wenn die Schüler/-innen über Kenntnisse der Theorie der (freien) Marktwirtschaft verfügen. Dies erleichtert vor allem den Zugang zu Copy 1.

COPY 1 Eingangs setzen sich die Schüler/-innen mit der Situation einer weitgehend unregulierten Marktwirtschaft in dem fiktiven Land Libertarien auseinander (**M 1**). Es ist im Beispiel davon auszugehen, dass in Libertarien politisch eine verfassungsgebundene Demokratie existiert – diese Information ist am Rande relevant für das fiktive Land. Am Beispiel von Libertarien zeigen sich deutlich mögliche Probleme einer unregulierten Marktwirtschaft. Die soziale Blindheit des Systems wird deutlich, da eine Versicherung gegen Krankheits- und Pflegekosten vollständig privat erfolgt. Das führt dazu, dass Bewohner/-innen, die keine Versicherungen bezahlen können, sich Finanzierungsproblemen gegenüber sehen. Auch gibt es weder eine Sozialversicherung gegen Arbeitslosigkeit noch organisierte Interessenvertretungen der Arbeitnehmer/-innen. Bei dem hohen Angebot an gering Qualifizierten führt es dazu, dass Unternehmen die Preise für Arbeit bestimmen und Arbeitnehmer/-innen zu gering bezahlte Ar-

beit annehmen müssen. Dies hat die Verarmung ganzer Bevölkerungsschichten zur Folge. Als zweites großes Problem des unregulierten Marktes wird seine Selbstaflösungstendenz recht deutlich. Da Monopole nicht gesetzlich verhindert werden, sind inzwischen fast alle Wirtschaftsbereiche von Monopolisten dominiert. Das bedeutet, dass die Monopolisten sich vollständig auf die Maximierung ihrer Gewinne konzentrieren können, kein umfassender, potenziell innovationstreibender Wettbewerb mehr besteht, die Preisgestaltung für die Konsumgüter den Monopolisten obliegt und zumindest z. T. vom Preisbildungsmechanismus gelöst ist. Im vorliegenden Beispiel ist die Mangelversorgung mit bestimmten Produkten auch eine Folge der Monopolbildung (Copy 1, Aufgabe 2).

COPY 2/3 Die Gesamtsituation in Libertarien führt zu sozialen Unruhen, welche wiederum in eine Revolution und grundlegende Änderung des Wirtschaftssystems münden. Damit ist die Basis für den Verlauf der Arbeit an diesem Unterrichtsbeitrag gelegt: Die Schüler/-innen arbeiten weitgehend selbstständig in Gruppen an der Entwicklung eines neuen Wirtschaftssystems für Libertarien (Copy 2–4). Hierbei nehmen sie die Perspektive eines Wirtschaftsausschusses ein, der die Wirtschaft des Landes neu ordnen soll. Die Lernenden sind von Beginn an durch die gegebenen Bedingungen (Betriebe im Staatsbesitz, staatliche Kontrolle der wirtschaftlichen Aktivitäten) auf zumindest eine teilweise zentrale Steuerung der Wirtschaft festgelegt (**M 2**). Die konkrete Ausgestaltung der Wirtschaftsordnung ist dabei den jeweiligen Gruppen überlassen. Es ist davon auszugehen, dass die Schüler/-innen entweder versuchen, eine staatliche Steuerung zu etablieren, oder die Unternehmen treuhänderisch berichtspflichtigen Privatpersonen zu übergeben. Weiterhin sollten alle Gruppen Überlegungen anstellen, wie der volkswirtschaftliche Gesamtbedarf an unterschiedlichen Produkten so erhoben und bedient werden kann, dass keine Versorgungslücken entstehen. Die Ausführungen (**M 3**) zur Wirtschaft in der „sozialistischen Gesellschaft“ sind geeignet, Anregungen zur Ausgestaltung der neuen Wirtschaftsordnungen zu liefern, indem die Bedeutung einer zentralen Planungsbehörde hervorgehoben wird und Anregungen zur gleichmäßigen Verteilung der Güter gegeben werden. Die Schüler/-innen können diese Ideen begründet in ihre eigenen Konzepte aufnehmen oder sich von diesen distanzieren. Ggf. erken-

von Mises und Friedrich August von Hayek Preise und Märkte als den effizientesten Koordinations- und Regulationsmechanismus vor. Sie beriefen sich in ihrer Argumentation auf die Komplexität der gesamtgesellschaftlichen Planung und der Menge der zu sammelnden

Informationen, die eine Planwirtschaft scheitern lassen müsse. Zeitgleich denkt Lenin die optimale Wirtschaft als technisch und planerisch optimiertes Verteilersystem, in dem die Bedürfnisse der Bevölkerung erst gesammelt und dann erfüllt werden – um zuvor erfahrenen Mangel zu

Das Thema im Unterricht

nen sie bereits jetzt zentrale Schwierigkeiten einer Wirtschaftsordnung mit einem zentralen Koordinationsmechanismus (Copy 2, Aufgabe 3). Sie können – je nach Ausgestaltung der individuellen Wirtschaftsordnungen – folgende Probleme benennen: Berechnung des Gesamtbedarfs, angemessene Verteilung der Güter, geringe Arbeitsbereitschaft der Bevölkerung infolge fehlender Anreize. Mit dem Problem der Kalkulation des gesamtgesellschaftlichen Bedarfs und der Koordination der Produktion setzen sich die Lernenden am Beispiel der gescheiterten bzw. fehlgesteuerten Produktion in der DDR auseinander (**M 5, M 6**). Die Schüler/-innen analysieren die Problematik und können die hohe Koordination der Produktionsabläufe als Problem identifizieren. Die Überlegung, dass diese Berechnungsproblematik durch die neuen Möglichkeiten der Datenerhebung ggf. zu lösen wären, ist hier von den Lernenden durchaus erwartbar (Copy 3, Aufgabe 2).

COPY 4 Der aktuell diskutierten Frage, ob sich durch die technischen Möglichkeiten, sehr große Mengen von Daten erheben und koordinieren lassen und die Planwirtschaft zur überlegenen Wirtschaftsordnung im Sinne sozialer Gerechtigkeit und optimaler Güterallokation werden könne, nähern sich die Lernenden abschließend an. Hierbei sind diese Erkenntnisse relevant: (1) Die – kapitalistische – Plattform-Ökonomie z. B. von Alibaba und Amazon (**M 8**) hat Möglichkeiten gefunden, Daten der Konsumenten/-innen zu erheben, zu sammeln und derart zusammenzufügen, dass ein genaues Erheben von Nachfragen und – zukünftigen – Bedürfnissen möglich wird. Das bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts befürchtete und z. B. in der DDR zu beobachtende (Copy 3) Berechnungsproblem

(Kalkulationsproblem) scheint damit behoben. Dennoch wird deutlich – Erkenntnis (2) –, dass allein durch die vermeintliche Lösung der Frage der Berechnung nicht alle Schwierigkeiten des zentralverwaltungswirtschaftlichen Systems behoben sind. Auch Wissenschaftler und Publizisten, die sich – wie Daum und Nuss (**M 9**) – links verorten und verwaltungswirtschaftliche Elemente durchaus befürworten, stellen weitere Probleme von Planwirtschaft fest (**M 8, M 9**): (a) Beherrschbarkeit und Kontrollierbarkeit des Konsumenten durch Offenlegung von Daten, (b) digitale Verarbeitung der Daten löst ausschließlich Berechnungsproblem, (c) politische Zielsetzung der Wirtschaftspolitik (soziale Sicherheit, Umweltschutz etc.) müsste noch erfolgen und ist nicht per se an das plan- oder marktwirtschaftliche Wirtschaftsmodell gekoppelt. Unter Bezug auf diese Informationen können die Schüler/-innen beurteilen, inwieweit neue Datenverarbeitungsmöglichkeiten Probleme der Planwirtschaft lösen können (Copy 4, Aufgabe 2). Abschließend sollen die Ergebnisse des Unterrichts in die Überarbeitung der Wirtschaftsordnungsentwürfe für Libertarien einfließen (Copy 4 Aufgabe 3): Die Arbeitsgruppen können sich nun von den Vorgaben lösen, dass z. B. die Unternehmen in Staatsbesitz bleiben müssen. Es ist an dieser Stelle möglich, dass die Lernenden begründet zu einem marktwirtschaftlichen Modell zurückkehren. Ebenso ist denkbar, dass sie eine Wirtschaftsordnung mit planwirtschaftlichen Elementen wählen. In beiden Fällen ist jedoch davon auszugehen, dass die Schüler/-innen z. B. eine gesetzliche Regelung staatlicher Kontrollmöglichkeiten und Zielsetzungen einbeziehen und auf diese Weise z. B. den Schutz von Arbeitnehmer/-innen, vor Armut, der Umwelt oder ggf. auch des Privatbesitzes zu garantieren suchen.

vermeiden. Aus anderer politischer Warte wurde zentrale Verwaltungswirtschaft auch befürwortet – so vom national-liberalen deutschen Politiker Walter Rathenau.

Technologie als neue Chance?

Die Geschichte zeigte das Scheitern der existierenden Planwirtschaften z. B. in der UdSSR, der DDR und jüngst in Venezuela. Als Probleme stellten sich u. a. fehlende Anreizsysteme, fehlende Innovation, ökologische Probleme, aber eben auch die Kalkulationsproblematik heraus, die sich in Mangelwirtschaft und Fehlsteuerung zeigt. Wie

Alibaba und Amazon zeigen, lässt sich die Kalkulationsproblematik heute beheben. Ist das – wie aktuell z. B. vom Alibaba-Gründer Jack Ma proklamiert – die Basis für eine neue, optimale Wirtschaftsordnung: einer digitalen Planwirtschaft?

Im Zuge des vorliegenden Beitrags gehen die Schüler/-innen dieser Frage nach: Auf der Grundlage einer gescheiterten, fast ungezügelten Marktwirtschaft ist es ihre Aufgabe, eine neue Wirtschaftsordnung zu entwerfen. Hierbei setzen sie sich sowohl kritisch mit der historischen Planwirtschaft der DDR auseinander also auch mit dem Diskurs um eine digitale Planwirtschaft. ■

UNSERE AUTORIN

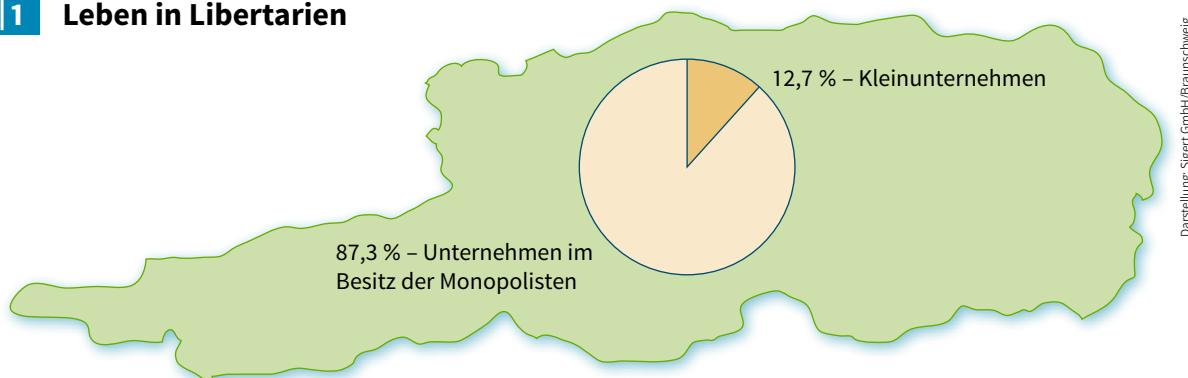


Foto: privat
Jana Bretschneider, Hannover, StD' und Fachleiterin für das Fach Politik-Wirtschaft am Studienseminar für das Lehramt an Gymnasien Hannover I, Beirätin PRAXIS POLITIK & WIRTSCHAFT.

LITERATUR

- Daum, Timo /Nuss, Sabine (Hrsg.): Die unsichtbare Hand des Plans. Koordination und Kalkül im digitalen Kapitalismus, Berlin 2021.
- Nachtwey, Oliver/Seidel, Timo: Die Ethik der Solution und der Geist des digitalen Kapitalismus, IfS Working Paper 11, Frankfurt am Main 2017.
- Phillips, Leigh/Rozworski, Michal: The People's Republic of Walmart. How the World's Biggest Corporations are Laying the Foundation for Socialism, London/New York 2019.

M|1 Leben in Libertarien



Libertarien ist ein wohlhabendes Land: Es verfügt über Rohstoffe, eine ertragreiche Agrarwirtschaft und eine entwickelte Industrie. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf befindet sich immer etwa um Platz 30 in Rankings der über 190 Staaten weltweit und ist damit vergleichbar mit dem von Ländern wie Italien, Japan oder Kuwait.

Die Wirtschaft in Libertarien wird fast vollständig bestimmt von zwölf Großunternehmen, die sich im Besitz von einigen superreichen Unternehmer/-innen befinden. Diese Großkonzerne sind z. B. in der Agrarbranche (LiberCrown), im Lebensmittelsektor (Nido), in der Chemie- und Pharmabranche sowie in der Medizintechnik (Smith & Smith), in der Kommunikations- und Informationstechnologie (peach) und im Medizin- und Pflegesektor (Sanus) aktiv. Der Warenvertrieb für Endverbraucher findet weitgehend über die online-Plattform „tiger.com“ statt. Der stationäre Lebensmittel-Einzelhandel wird von der DIGROS-Gruppe dominiert. Einzelne kleinere Läden beziehen ihre Waren über den DIGROS-Großhandel oder über vereinzelt noch existierende kleine landwirtschaftliche Betriebe. So mit bestimmten Monopole 88,3 Prozent der libertarischen Wirtschaft. Lediglich 12,7 Prozent der Unternehmen befinden sich noch im Besitz von Kleinunternehmern. Die Unternehmen sind bestrebt, ihre wirtschaftliche Monopolstellung zu festigen und auch international zu wach-

sen. Deswegen benötigen sie qualifizierte und engagierte Mitarbeiter/-innen, die sie sehr gut bezahlen. Diese Gruppe von

40 Libertariern/-innen, die in der Forschung, Entwicklung und im gehobenen Management der Großunternehmen arbeiten, führt ein überaus komfortables Leben: Sie bewohnen luxuriöse Immobilien, 45 fahren teure elektrobetriebene Autos, besitzen die Luxus-Variante der Pflege-, Kranken- und Lebensversicherungen.

Problematischer gestaltet sich das Leben vieler anderer Libertarier/-innen. 50 Fast alle sind bei einem der zwölf großen Unternehmen angestellt. Sie arbeiten geringqualifiziert in der Produktion von „peach“, im Versand für „tiger.com“ oder als Hilfskräfte im Bereich der Pflege 55 für „Sanus“. Diese Tätigkeiten sind sehr schlecht bezahlt, sodass manche zwei oder drei Anstellungen haben. Nicht wenige arbeiten bis zu 16 Stunden am Tag an sechs oder sieben Tagen in der 60 Woche. Die Arbeitslosigkeit ist hoch. Es gibt ein Überangebot an Arbeitskräften. Dadurch sinkt das Lohnniveau in vielen Tätigkeitsbereichen stetig. Wer nicht zur Zufriedenheit oder zu den Lohnvorstel- 65 lungen des Arbeitgebers arbeitet, erhält eine Kündigung. Gewerkschaften oder Regelungen zum Kündigungsschutz existieren nicht. Wer nur unregelmäßig beschäftigt ist, kann sich in der Regel keine

70 Kranken- oder Pflegeversicherung leisten. Bei längerer Krankheit stehen viele Bürger/-innen nicht nur vor dem Problem

des Verdienstausfalls. Sie können auch Arzt- und Krankenhausrechnungen nicht 75 bezahlen.

Durch die Versand- und Handelsplattform „tiger.com“ ist es leicht, Verbrauchsgüter jeglicher Art zu bestellen. Jedoch gibt es viele Produkte, die für den großen Teil der Bevölkerung nicht bezahlbar sind. Der Monopolist „peach“ z. B. stellt technisch hochwertige und sehr innovative Computer und Telefone für den heimischen und den internationalen Markt her. Aufgrund seiner dominierenden Position kann „peach“ sehr hohe Preise für seine Produkte ansetzen. Somit sind für erhebliche Teile der Bevölkerung neue Computer und Handys nicht finanziert. Auch die Versorgung der Bevölkerung mit Gütern des täglichen Bedarfs ist oftmals problematisch. Der Agrar-Monopolist „LiberCrown“ ist sehr umsatztark und erfolgreich im Bereich der Produktion von Fleisch- und Milchprodukten. 70 Prozent der zur Verfügung stehenden Ackerflächen landesweit werden deswegen für die Fleischproduktion genutzt. Der Getreideanbau ist für „LiberCrown“ weniger 100 gewinnbringend. Es wird Getreide produziert, das aber bei weitem den Bedarf der Bevölkerung an Getreideprodukten nicht deckt. Die Preise für Mehl und Backwaren sind somit sehr hoch, für manche kaum bezahlbar.

Quelle: Bretschneider, Jana

AUFGABEN

- Analysieren Sie die wirtschaftliche und soziale Situation des fiktiven Landes Libertarien (M 1). Beachten Sie dabei die Situation der Unternehmen, der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen und die Rolle des Staates in der Wirtschaft Libertariens sowie das Verhältnis von Unternehmen und Staat.
- Erklären Sie das Zustandekommen von Mangelversorgung vor dem Hintergrund des Verhältnisses von Markt und Staat in Libertarien (M 1).

M|2 Ereignis: Revolution in Libertarien

Die wirtschaftliche Situation in Libertarien hat sich verschärft: Erhebliche Teile der Bevölkerung leben in Armut, die Unzufriedenheit nimmt zu. Nicht nur verarmte Bevölkerungsgruppen begehren auf, auch materiell Bessergestellte nehmen die Konzentration wirtschaftlicher Macht als Problem war. Dafür gibt es unterschiedliche Gründe, aber Armut und Versorgungsprobleme sind offensichtlich. Kleinere Unternehmensgründungen sind nicht mehr möglich, weil die kleinen Unternehmen durch die Monopolisten so fort aus dem Markt gedrängt werden.

Es bilden sich eine starke revolutionäre Gruppe, die sich zum Ziel setzt, die Unternehmensmonopole zu entmachten. Diese Gruppe erringt die politische Macht und nutzt einen

Artikel der libertanischen Verfassung: In staatsgefährdeten Notstandssituationen ist es möglich, Besitz zu vergesellschaften. Die zwölf Monopolisten werden enteignet und verlassen nach längeren politischen Kämpfen das Land. Ihre Unternehmen fallen vollständig in den Besitz des Staates („Volkseigentum“).

Ziel der neuen Regierung ist es, eine Wirtschaftsordnung zu schaffen, die (a) Wohlstand gleichmäßiger verteilt und (b) Arbeitsplätze besser sichert als bisher. Dazu sollen (c) alle Betriebe im Staatsbesitz bleiben, und es soll (d) eine staatliche Kontrolle der wirtschaftlichen Aktivitäten geben.

Quelle: Bretschneider, Jana

M|3 Wirtschaft in der „sozialistischen“ Gesellschaft

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden die „kapitalistische“ (marktwirtschaftliche) und die „sozialistische“ (verwaltungswirtschaftliche) Wirtschaftsordnung diskutiert. Im Zuge politischer Umbrüche und im Kontext der beiden Weltkriege standen viele Volkswirtschaften vor der Entscheidung, sich einem der beiden Modelle anzunähern. Der österreichische Politiker und Ökonom Joseph Schumpeter (1883-1950) stellte in seiner Schrift „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“ (1942) die Wirtschaftsordnungen vor.

Kann der Sozialismus funktionieren? Selbstverständlich kann er es. [...] Wir werden der Einfachheit halber bloß zwei Typen der Gesellschaft ins Auge fassen. Diese beiden Typen wollen wir die „kommerzielle“ und die „sozialistische“ Gesellschaft nennen. Die kommerzielle Gesellschaft ist zu definieren durch ein institutionelles System, aus dem wir nur zwei Elemente zu erwähnen brauchen: das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die Regelung des Produktionsprozesses durch Privatvertrag. [...] Mit sozialistischer Gesellschaft wollen wir ein institutionelles System bezeichnen, in dem die Kontrolle über die Produktionsmittel und über die Produktion selbst einer Zentralbehörde zusteht, – oder wie wir auch sagen können, in

dem grundsätzlich die wirtschaftlichen Belange der Gesellschaft in die öffentliche und nicht in die private Sphäre gehören.

[...]*

[...] [In der sozialistischen Gesellschaft kann das Gemeinwesen] die Wünsche der einzelnen Genossen erforschen oder es kann beschließen, ihnen das zu geben, was die eine oder andere Behörde als das Beste für sie erachtet [...]. Nehmen wir an, dass die ethische Überzeugung unseres sozialistischen Gemeinwesens zutiefst egalitär [gleichheitsorientiert] ist, doch zu gleicher Zeit vorschreibt, es stehe den Genossen frei, unter allen Konsumgütern, die das Ministerium zu produzieren fähig und willens ist, nach Belieben zu wählen, so kann die Gemeinschaft selbstverständlich die Produktion gewisser Waren, z. B. alkoholischer Getränke, verweigern.**

Die Leitungen sozialisierter Industrien und Werke wären in der Lage, genau zu wissen, was die andern vorhaben, und nichts würde sie daran hindern, sich zu gemeinsamem Vorgehen zusammenzuschließen. Das Zentralamt könnte als Informations-Vermittlungs-Stelle die Entscheidungen aufeinander abstimmen. [...] ***

Quelle: Schumpeter, Joseph A.: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Tübingen/Basel: A. Francke/UTB 2005, S. *267f., **277-279, ***297f.

AUFGABEN

- 1** Ihr seid Mitglied des Wirtschaftsausschusses der neuen libertarischen Regierung (M 2). Eure Aufgabe ist es, eine Wirtschaftsordnung zu gestalten, die die wirtschaftlichen und sozialen Probleme (Copy 1, M 1) behebt. Beachtet dabei die Ziele – (a) Wohlstand gleichmäßiger verteilen, (b) Arbeitsplätze besser sichern – und Bedingungen : (c) Betriebe im Staatsbesitz, (d) staatliche Kontrolle für die neue Wirtschaftsordnung (M 2). Tipp: Arbeitet in Gruppen. Entwerft ein Schaubild, in dem ihr die Grundzüge der libertarischen Wirtschaft darstellt.
- 2** Analysiert die Ausführungen von Schumpeter zur Wirtschaft in der sozialistischen Gesellschaft (M 3).
- 3** Überarbeitet euer Konzept für eine Wirtschaftsordnung Libertariens: Welche von Schumpeter (M 3) beschriebenen Elemente wollt ihr aufnehmen? Welche Probleme erahnt ihr? Und welche Änderungen wollt ihr vorbeugend vornehmen?

M|4 Ereignis: Reaktion auf Schwierigkeiten

Ihr wisst, dass es in zentralgeleiteten Wirtschaftsordnungen in der Vergangenheit oft zu Problemen kam. Die Planwirtschaft der DDR z. B. ist gescheitert. Deswegen analysiert ihr die Probleme – ehemals – existierender Wirtschaftsordinungen, um daraus Schlüsse für eure Verwaltungswirtschaft ziehen zu können. In der Wirtschaft der DDR wurden Wirtschaftspläne nicht von einer staatlichen Stelle allein entworfen, sondern verschiedene Behörden, Ministerien und die Unternehmen selbst waren an dem Entwurf der Pläne beteiligt. Sobald die Pläne einen mehrstufigen Prozess durchlaufen hatten, wurden sie von einer zentralen staatlichen Stelle für fünf Jahre („Fünfjahresplan“) verordnet.

Quelle: Bretschneider, Jana

M|5 „Obst hat man kaum gesehen“**Ein DDR-Bürger berichtet nach dem Ende der DDR über die Versorgung mit Lebensmitteln:**

Obst hat man kaum gesehenen. Äpfel gab es, aber Kirschen und Erdbeeren nur ganz selten. Wenn man da nicht Leute kannte, die einen Garten haben und verkaufen, da hätte man so was nie gekriegt. [...] Mit Obst war es die Jahre ganz schlecht. Einmal im Jahr, vor Weihnachten, gab es Apfelsinen. [...]

Manche Lebensmittel bekommt man nicht: Tomatenmark, Ketch-up, solches Zeug. Ganz Seltenes kriegt man nur durch Beziehungen. Man muss in der DDR Beziehungen haben. Man muss viele Leute kennen, dann kriegt man mal was.

Quelle: Dennis, Mike/Steinert, Johannes-Dieter: Deutschland 1945-1990. Von der bedingungslosen Kapitulation zur Vereinigung, Wochenschau Verlag Schwalbach 2005, S. 213.

M|6 Abläufe zur Erstellung eines „Fünfjahresplans“

Das Schaubild zum Ablauf für die Erstellung des Plans für den Bereich „Industrie“ zeigt das Zustandekommen von einem von insgesamt 30 Einzelplänen. Etwa 2500 Mitarbeiter waren allein in der staatlichen Plankommission mit der Erstellung und Ko-

ordination dieser 30 Einzelpläne für den „Fünfjahresplan“ versammelt. Für andere Wirtschaftsbereiche gab es somit weitere Pläne – z. B. für das Bauwesen, die Landwirtschaft, das Verkehrswesen, das Gesundheitswesen.

Komplexberatungen*	Ministerrat** der DDR Staatliche Plankommission	Ministerium u. ä. zentrale Staatsorgane, die Teilfunktionen der Volks-wirtschaftsplanung auszuüben haben: (wie Ministerium der Finanzen für Finanzbilanz des Staates, Staatsbank für Bilanz des Kreditsystems, Amt für Preise für planmäßige Preisänderungen und deren Auswirkungen u.a.)
Ministerium für Wissenschaft und Technik	←	→ Ministerium für Materialwirtschaft
Ministerium für Verkehrswesen	←	→ Ministerium für Außenhandel
Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft	←	→ [...]
Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen	←	→ Ministerium für Handel und Versorgung
[...]	← Verteidigung des Planentwurfs	→ Zentralen der Geschäftsbanken u. a.
Räte der Bezirke	← Kombinate	→ wissenschaftlich-technische Zentren → [...] → Außenhandelsbetriebe
Räte der Kreise, Städte und Gemeinden	← Verteidigung des Planentwurfs	→ Niederlassungen der Geschäftsbanken
Verkehrsträger	←	Erzeugnisgruppenleitbetriebe***
Energiebetrieb	←	
Wasserwirtschaftsdirektionen	← VE Betriebe [volkseigene Betriebe]	→ Lieferer
Wasserwirtschaftsbetriebe	←	→ Abnehmer → Niederlassungen der Geschäftsbanken

Darstellung nach: Autorenkollektiv (Leitung: Gerhard Reuscher): Sozialistische Volkswirtschaft, Fachschullehrbuch, 3. überarb. Aufl., Berlin [Ost] 1982, S. 90.
Bei den Textelementen handelt es sich um Übernahmen aus dem Original. Erklärungen und Ergänzungen sind in eckigen Klammern eingefügt. Auslassungen von Textelementen sind gekennzeichnet.

* Beratungen der Ministerien etc. mit dem Ministerrat der DDR

** Regierung der DDR

*** Produktionsstarke Betriebe, die die Zusammenarbeit mit anderen Betrieben koordinierten

AUFGABEN

- Als Wirtschaftsausschuss von Libertarien (M 4) arbeitet ihr in Gruppen: Analysiert die Versorgungslage in der DDR (M 5) und den Planungsprozess (M 6). Welche Probleme treten auf und wie kommt es zu diesen Problemen?
- Prüft eure Konzepte für eine Wirtschaftsordnung: Könnten ähnliche Probleme auch auftreten? Gibt es Möglichkeiten, diese Probleme zu beheben? Beachtet dabei auch die heutigen technischen Möglichkeiten – die Wirtschaftsordnung der DDR bestand nur bis 1989.

M|7 Ereignis: Digitalisierung als Chance?

Angesichts der planerischen Möglichkeiten, die private Unternehmen wie Amazon oder Alibaba technisch entwickelt haben, prüft ihr, ob das nicht ein Vorbild für die staatliche Planung der libertarischen Wirtschaft sein könnte.

Quelle: Bretschneider, Jana

M|9 Technologie als Lösung

Timo Daum und Sabine Nuss befassen sich wissenschaftlich und journalistisch-kritisch u. a. mit dem digitalen Kapitalismus.

Timo Daum: [...] Wir haben es heute [in der Marktwirtschaft] mit Monopolen zu tun. Plattformen sind alles andere als freie Märkte. Egal wohin man schaut – wir haben es mit globalen Infrastrukturen zu tun. Global-planerische Institutionen, in denen die Marktmechanismen, wenn überhaupt, nur noch an anderen Rändern stattfinden. [...]

Sabine Nuss: [...] Deshalb wäre es auch so wichtig, transparente Prozesse in der Ökonomie einzufordern. Die sichtbare Hand der Planung. Die war auch mal Ausgangspunkt der historischen Debatten. [...] Die einen sagten damals, der Preis und damit der Markt sei das beste Mittel, um zu ermitteln, wie viele Hosen und wie viele Häuser wollen die Leute und wie kann es am effizientesten produziert werden. Die Kritiker sagten, im Preis sei soziale Ungleichheit eingeschrieben und ökologische Kosten ausgeblendet, der Preis sei daher keine neutrale Instanz und daher nicht die Lösung. Wie aber ohne Preis und damit Markt eine komplexe Ökonomie organisieren? [...] Jetzt könntest du aber tatsächlich sagen, dass man mit Hilfe von Algorithmen und KI berechnen kann, wie viele Hosen, Bücher und Häuser benötigt werden. Amazon sagt uns heute schon, was wir morgen haben möchten. Dass wir aber mit dieser rein technologischen Möglichkeit, Bedürfnisse zu ermitteln, noch nicht die Entscheidung getroffen haben, was wir produzieren und was nicht, ist auch klar. Das ist keine technische, sondern eine soziale Frage. Es geht nicht darum, die perfekte Technologie zu finden, sondern es geht darum, ein neues soziales Verhältnis zueinander zu finden, jenseits von Konkurrenz und Kapitalvermehrung um seiner selbst willen, also Profitmaximierung. Technologie ist nur ein Hilfsmittel, aber nicht schon die Lösung. Das Ziel sollte eine demokratische Ökonomie sein, die auf Kooperation beruht.

Quelle: Kim, Ji-Hun: Über die unsichtbare Hand des Plans. Interview mit Sabine Nuss und Timo Daum, in: Das Filter (Berlin), vom 21.05.2021, aus: <http://dasfilter.com/gesellschaft/ueber-die-unsichtbare-hand-des-plans/interview-mit-sabine-nuss-und-timo-daum>

M|8 Planwirtschaft digital?

Die Klassiker der liberalen Ökonomie – Friedrich August von Hayek z. B. – brachten gegen die Planwirtschaft vor allem einen steuerungstheoretischen Einwand vor: Der Planer verfügt nie über bessere Echtzeitinformationen als der Markt. Der Staat weiss nicht, wie viele Fahrzeuge, Toaster und Türgriffe produziert werden müssen, damit der gegenwärtige Bedarf gedeckt ist.

Man müsste Millionen von Gleichungen lösen, um ein makroökonomisches Gleichgewicht zu erhalten. Eine zentrale Planungsbehörde könnte nie das gesamte Wissen über die Gesellschaft aggregieren, geschweige denn die Nachfrage nach bestimmten Gütern berechnen. Doch durch die Fortschritte der Informationstechnologie könnte dieses Wissensproblem gelöst werden.

15 Alibaba-Chef Jack Ma ist von der Idee beseelt, dass man mit Big-Data-Analysen die Planungsfehler der Vergangenheit korrigieren und eine Planwirtschaft 2.0 ins Werk setzen könne. In einer Rede formulierte er seine Vision: „In den vergangenen hundert Jahren hatten wir immer das Gefühl, dass die Marktwirtschaft exzellent ist, aber meiner Meinung nach wird es in den nächsten drei Dekaden einen signifikanten Wandel geben: Die Planwirtschaft wird zunehmend gross. [...] Im Zeitalter der Daten ist es so, als hätten wir ein Röntgengerät und eine Computertomografie-Maschine für die Weltwirtschaft.“ [...]

25 Das linke Politmagazin „Jacobin“ hat kürzlich einen Essay darüber publiziert, wie die planwirtschaftlichen Big-Data-Methoden von Amazon und Walmart in einen real existierenden Sozialismus überführt werden können. In Zeiten, in denen das Smarthome den Ressourcenverbrauch misst (und zum Teil 30 auch antizipiert) und das Smartphone die Bestellhistorie kennt, lagert in den Silos von Tech-Konzernen womöglich mehr volkswirtschaftlich relevantes Wissen als auf dem Markt.

[...] Amazon weiss, was die Leute brauchen. Was die Planer in den Ostblockstaaten nicht schafften, könnte nun ausgerechnet 35 dem Klassenfeind Amazon mit seinen [...] Algorithmen gelingen.

Quelle: Lobe, Adrian: Macht und der Computer zu Kommunisten? – Big Data lässt den linken Traum der Planwirtschaft wiederaufleben, in: Neue Zürcher Zeitung (Zürich), vom 14.08.2019, aus: <http://www.nzz.ch/feuilleton/lassen-sich-maerkte-steuern-big-data-bringt-planwirtschaft-zurueck-ld.1500040>

AUFGABEN

- 1 Fasst zusammen, inwieweit und auf welche Weise große Marktplatz-Plattformen wie Amazon die Verfügbarkeit von Waren planen (M 8).
- 2 Beurteilt den Einsatz moderner Datentechnologie zur Lösung der Probleme von zentral verwalteten Wirtschaften (M8, M9).
- 3 Als Wirtschaftsausschuss von Libertarien (M 7) arbeitet ihr in Gruppen: Auf der Grundlage eurer neuen Erkenntnisse überarbeitet ihr erneut euer Konzept für die Wirtschaftsordnung Libertariens. Haltet dabei an euren Zielen (Copy 2, M 2) fest: Wohlstand gleichmässiger verteilen, Arbeitsplätze besser sichern. Diskutiert, ob und ggf. in welcher Form ihr an den Bedingungen – Betriebe im Staatsbesitz, staatliche Kontrolle – festhalten wollt.

Tim Eickhoff

Cannabis legalisieren?

Argumentation des wirtschaftlichen Liberalismus



Foto: iStockphoto.com/jessicahyde

Cannabisplantage.

Die Debatte um die Legalisierung von Cannabis ist nicht neu, bereits in den 1970er Jahren sprach sich der Ökonom Milton Friedman für eine Freigabe von Cannabis aus. Der Koalitionsvertrag der Ampel-Parteien positioniert sich nun eindeutig für eine Cannabisfreigabe, doch dieses Vorhaben ist keinesfalls unstrittig.

Cannabis stellte 2017 die am häufigsten konsumierte illegale Droge in Deutschland dar. Die Ampel-Koalitionäre einigten sich darauf, dass man eine „kontrollierte Abgabe von Cannabis an

Erwachsene zu Genusszwecken in lizenzierten Geschäften“ einführen wolle, um eine bessere Qualitätskontrolle sicherzustellen, die Weitergabe von Cannabis zu verhindern und den Jugendschutz zu gewährleisten.

Kontroverse Positionen

Die Bundesregierung will so gewährleisten, dass Kinder und Jugendliche kein Cannabis konsumieren könnten und der Schwarzmarkt ausgetrocknet wird. Dafür dürfe der Preis nicht zu hoch sein und eine Besteuerung somit moderat ausfallen. Auch solle ein kontrollierter Anbau in Deutschland die Lieferkette transparenter machen und die Beschaffung der Substanz nicht möglicherweise Kriminellen überlassen werden. So könne es

Das Thema im Unterricht

Klassenstufe 11-13
Zeitbedarf 4 Stunden

Materialien 4
Lehrplanbezüge Wirtschaftsordnungen, Freiheit, Markt und Staat

- Copy 1** Problemaufriss – ist die Cannabislegalisierung richtig?
↓
- Copy 2/3** Exemplarische Kontroverse – Talkshow zur Cannabislegalisierung
↓
- Copy 4** Analyse vor dem Hintergrund liberaler Wirtschaftstheorie



Arbeitsblätter bequem online anpassen!

Mehr dazu auf Seite 3.

Drogen offenbar nicht besteht. Eine größere Gesundheitsgefährdung kann nicht abschließend festgehalten werden. Vor dem Hintergrund dieser neuen Erkenntnisse sollen die Lernenden ihre Positionierung aus Aufgabe 1 reflektieren und begründen, ob sich ihre Haltung verändert hat.

COPY 2/3 Das Material ist als Grundlage für eine Talkshow zum Thema „Soll Cannabis legalisiert werden?“ angelegt. Dafür werden fünf Arbeitsgruppen gebildet, die ihre Position vorbereiten, ggf. eigene Argumente entwickeln und die der Gegenseite antizipieren. Folgender Ablauf ist denkbar und sollte den Lernenden dargelegt werden:

COPY 1 Der befürwortende Ausschnitt aus dem Koalitionsvertrag (**M 1**) knüpft an die Tagespolitik an, außerdem wird durch das Ziel des Jugendschutzes die Lebenswelt der Lernenden angesprochen. Kontrastiert wird dieser durch eine ablehnende Haltung (**M 1**), die potenzielle Schäden für Jugendliche hervorhebt, welche durch einen leichteren Zugang potenziert werden könnten. Es ergibt sich die Frage, ob die geplante Cannabislegalisierung richtig wäre.

Die Lernenden sollen innerhalb dieses Spannungsfeldes eine erste Positionierung auf einer Meinungslinie vornehmen, diese kann durch Aufstellen im Raum realisiert werden, aber ebenso durch das Notieren der individuellen Zahl z. B. an der Tafel. Damit kann Kontroversität geschürt werden und es ist ein einfacher Zugriff auf die Meinung der Lernenden möglich.

Ausgehend von der Haltung der Schüler/-innen sollen mögliche Konsequenzen einer Cannabislegalisierung in den USA und Kanada (**M 2**) herausgearbeitet werden. Konstatiiert werden kann eine allgemeine Steigerung des Konsums – insbesondere auch bei jungen Menschen –, während ein Zusammenhang mit der Ausweitung des Konsums harter

Begrüßung durch Moderator/-in, kurze Sacheinführung und Vorstellung der Gäste: ca. 2 Min.
Anfangsstatements der Gäste: ca. 4 Min.
Diskussion: ca. 12 Min.
Schlussstatements der Gäste: ca. 4 Min.
Verabschiedung und abschließende Bemerkungen durch Moderator/-in: ca. 2 Min.

Die nicht aktiv teilnehmenden Lernenden bilden das Publikum und erhalten einen Beobachtungsauftrag; sie sollen die Argumente einer anderen Gruppe stichwortartig notieren. Die Notizen der Schüler/-innen sollten im Anschluss an die Diskussion per Dokumentenkamera o. Ä. visualisiert werden. Auf dieser Grundlage erfolgt eine Auswertung, in der wichtige Argumente und deren Verständnis reflektiert sowie kriterial geordnet werden. Das Spannungsverhältnis verläuft zwischen den Fachkonzepten Effizienz, Freiheit und Sicherheit. Der CSU-Abgeordnete Pilsinger (**M 3**) fokussiert vor allem den Aspekt der gesundheitlichen Sicherheit. Der Staat solle zum Schutz vor Gesundheitsrisiken eine aktive Rolle einnehmen. Rainer Wendt (**M 4**) vertritt ebenfalls die Auffassung eines aktiven Staates und begründet sie vor al-

schließlich zu einer Entlastung von Polizei und Justiz kommen, während das eingesparte Geld für zielgerichtete Präventions- und Hilfsangebote aufgewendet werden könnte.

Gegner/-innen einer Legalisierung führen oftmals gesundheitliche Motive, die Konsumausweitung sowie die „Einstiegsdrogen-Hypothese“ an. Tatsächlich erhöht der Cannabisgebrauch das Risiko körperlicher sowie psychischer Störungen und führt in 10 Prozent der Fälle zur Abhängigkeit. Generell kann der regelmäßige Konsum die Hirnleistung und das Gedächtnis beeinträchtigen und insbesondere Jugendliche erheblich schädigen. Hingegen

ist der Kenntnisstand, was eine Konsumausweitung und die These der Einstiegsdroge anbelangt, heterogen. Einige Staaten mit einer restriktiven Drogenpolitik weisen deutlich höhere Konsumraten auf als liberale Staaten (z. B. Niederlande). In den Niederlanden ist außerdem ein Rückgang des Gebrauchs harter Drogen zu konstatieren.

Liberale Perspektive Friedmans

Für Friedman mag der Rückgang in der individuellen Verantwortung begründet sein. Dem Individuum ist der Preis, z. B. die potenzielle Gesundheitsgefährdung, des

Das Thema im Unterricht

lem mit der inneren Sicherheit. Cornelius Nestler (**M 5**) und die Grünen (**M 6**) fokussieren eher das Individuum. Nestler sieht zwar mögliche Gefährdungen, verweist aber auf individuelle Verantwortung und Freiheit sowie auf die Ineffizienz des aktuellen Systems. Diese Ineffizienz problematisieren auch die Grünen und heben hervor, dass eine Legalisierung mögliche gesundheitliche Risiken minimieren könnte. Ziel seien eigenverantwortliche Erwachsene.

COPY 4 Die zugespitzte Aussage Friedmans (**M 8**) verknüpft das konkrete Beispiel Cannabislegalisierung mit seinen theoretischen Ausführungen. Die Lernenden sollen zunächst eine eigene Position zu dieser These formulieren, bevor sie Friedmans Position zum Drogenkonsum zusammenfassen. Er nutzt ähnliche Begründungen, wie sie schon in der Talkshow wichtig waren (Effizienz, Freiheit, Sicherheit), ergänzt sie um den Aspekt der individuellen Kosten bzw. Folgen für das Individuum, die dieses selbstverantwortlich ohne staatliche „Bevormundung“ einschätzen können sollte. Dies leitet organisch zum Kern seiner theoretischen Überlegungen (**M 9**) über. Maßgeblich ist die individuelle Freiheit, die sich aus einem Höchstmaß wirtschaftlicher Freiheit ergibt. Um diese zu schützen, solle sich der Staat auf seine Kernaufgaben beschränken und die kapitalistische Wirtschaftsordnung schützen, damit daraus maximale wirtschaftliche Freiheit

resultiert, die eng mit politischer Freiheit verknüpft ist und die Abwesenheit staatlichen Zwanges bedeutet. Vor dieser Folie werden Argumente der Talkshow reflektiert. Die in den Beobachtungsaufträgen skizzierten Argumente sollten nun allen nochmals zugänglich gemacht werden. Vor allem Nestlers Argumente (selbstverantwortliche Freiheit ohne staatlichen Zwang, Ineffizienz der Prohibition) finden sich in Friedmans Theorie wieder, auch die Grünen weisen Überschneidungen auf, akzentuieren aber etwas stärker einen aktiven Staat. Wendts und Pilsingers Position stehen Friedman gegenüber, sie fordern einen aktiven Staat, der seine Bürger entschieden vor gesundheitlichen sowie die (innere) Sicherheit betreffenden Risiken schützt. Friedmans Theorie ist jedoch umstritten, daher sollen die Lernenden sie abschließend problematisieren, indem sie Folgen für einen demokratischen Staat skizzieren. Dadurch, dass der Staat nur als „Schiedsrichter“ auftritt und die Regeln für einen funktionierenden und maximal freien Markt durchsetzen soll, ist sein Einfluss sehr begrenzt. Demokratische Entscheidungen, die möglicherweise zu einer stärkeren Marktregulierung führen, sind so in letzter Konsequenz abzulehnen.

Konsums zu hoch, daher entscheidet es sich gegen den Gebrauch. Zwar dürfe der Staat Menschen davon abhalten, anderen Schaden zuzufügen und sie z. B. für das Fahren unter Drogeneinfluss bestrafen, aber er dürfe dem Einzelnen nicht vorschreiben, was das individuell Beste ist. Selbst wenn es ineffizient sei, weil er so u. a. einen großen Schwarzmarkt schaffe und Kriminalität begünstige. Diese Meinung führt zum Kerngedanken seiner The-

orie, in der individuelle Freiheit über allem steht. Dem Staat misstraut er, er solle lediglich einen Rahmen schaffen, den Wettbewerb zu schützen, z. B. durch Überwachung der Einhaltung von Gesetzen, Verträgen und Eigentumsrechten. Für Friedman erwächst aus dieser wirtschaftlichen Freiheit ein Höchstmaß individueller Freiheit. ■

LITERATUR

- Deutscher Bundestag (Hrsg.): Legalisierung von Cannabis. Auswirkungen auf die Zahl der Konsumenten in ausgewählten Ländern, 2019, in: <https://www.bundestag.de/resource/blob/675688/4ba9aed6de8e9633685a1cdc2d823525/WD-9-072-19-pdf-data.pdf>
- Friedman, Milton: Kapitalismus und Freiheit, München 2020.
- Hoch, Eva/Friemel, Chris M./Schneider, Miriam (Hrsg.): Cannabis. Potenzial und Risiko. Eine wissenschaftliche Bestandsaufnahme, Wiesbaden 2019.
- Schwarz, Gerhard: „Drogenkonsum ist Privatsache“. Interview mit Milton Friedman, vom 01.04.1992, in: <https://www.nzz.ch/folio/drogenkonsum-ist-privatsache-ld.1615372>

UNSER AUTOR



Foto: privat
Tim Eickhoff, Oldenburg (Oldb), StR an der Cäcilienschule Oldenburg für die Fächer Politik-Wirtschaft und Deutsch.

M|1 Ampel-Koalitionäre wollen Cannabis legalisieren

Wir führen die kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu Genusszwecken in lizenzierten Geschäften ein. Dadurch wird die Qualität kontrolliert, die Weitergabe verunreinigter Substanzen verhindert und der Jugendschutz gewährleistet.

Quelle: Bundesregierung (Hrsg.): Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit, 2021, in: Presse und Informationsdienst der Bundesregierung, Berlin, aus: www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1990812/04221173ee9a6720059cc353d759a2b/2021-12-10-koav2021-data.pdf?download=1, S. 87.

Die Union hat die Pläne von SPD, Grünen und FDP zur Entkriminalisierung und Legalisierung von Cannabis scharf kritisiert. Der CSU-Politiker [Pilsinger] warnte vor den Gefahren der Droge bei der körperlichen Entwicklung von Jugendlichen. „Die Zugänglichkeit von Cannabis wird durch eine Legalisierung leichter“, sagte Pilsinger.

Quelle: Hackenbruch, Felix: Irgendwann reden wir für die Legalisierung aller Drogen, vom 13.10.2021, in: Der Tagesspiegel, Berlin, aus: www.tagesspiegel.de/politik/union-wettet-gegen-plaene-zur-cannabis-freigabe-irgendwann-reden-wir-ueber-die-legalisierung-aller-drogen/27703410.html

M|2 Auswirkungen einer Legalisierung

These 1: Nach der Legalisierung steigt der Konsum von Cannabis

[...] Tatsächlich zeigen Daten aus den USA, dass der Cannabiskonsum in Gliedstaaten, welche die Droge legalisiert haben, relativ hoch ausfällt [...]. In gewissen Staaten konsumiert fast ein Drittel aller Personen über 12 Jahren mindestens einmal pro Jahr Cannabis. Es sind aber vor allem die erwachsenen US-Studenten, die laut mehreren Studien häufiger zum Joint greifen. Auch in Kanada ist der Anteil der Leute, die Cannabis konsumieren, nach der Legalisierung gestiegen – von 22 Prozent der Bevölkerung 2018 auf 27 Prozent am Ende des Jahres 2020. Frappant ist die Entwicklung vor allem bei den kiffenden Senioren: Jeder vierte der über 65-jährigen Konsumenten gab in einer Umfrage des kanadischen Statistikamtes an, erst nach der Legalisierung mit dem Konsum angefangen zu haben. [...]

These 3: Cannabis ist eine Einstiegsdroge für härtere Drogen [...] Es gibt Indizien, dass diese Befürchtung zutrifft. Denn Leute, die das Risiko eingehen, eine Droge auszuprobieren, sind laut Studien eher bereit, dies auch mit weiteren Drogen zu tun. Allerdings, sagt Wissenschaftler Hammond, würden dabei oft Faktoren wie das Umfeld oder die Risikobereitschaft einer Person eine wichtigere Rolle spielen als die Legalität. Daten aus vier amerikanischen Gliedstaaten lassen denn auch keinen klaren Zusammenhang erkennen zwischen der Legalisierung von Marihuana und der Entwicklung des Kokainkonsums. Dieser stieg in Oregon und Colorado zwar leicht an, in Washington und Alaska entsprechen die Zahlen aber dem landesweiten Trend. Auch bezüglich Alkoholkonsum lässt sich kein klarer Zusammenhang erkennen. [...]

These 2: Die Legalisierung ermöglicht einen besseren Jugendschutz

[...] In Kanada hat der Konsum bei Jugendlichen seit der Legalisierung stark zugenommen – was die Befürchtung, die Legalisierung könnte aus Kanada eine Kiffer-Gesellschaft machen, zumindest teilweise bestätigt. Die Hälfte der unter 25-Jährigen gab in einer Umfrage an, mindestens einmal pro Jahr Cannabis zu konsumieren – 10 Prozent konsumieren täglich. [...]

Dennoch: Die meisten jungen Konsumenten haben bereits vor der Legalisierung das erste Mal Cannabis geraucht. [...]

These 4: Die Legalisierung schadet der Volksgesundheit

[...] Tatsächlich ist Cannabis nicht ungefährlich, gerade für Risikogruppen wie Jugendliche, Schwangere oder psychisch Kranke. So kann [das enthaltene, Anm. d. Verf.] THC als psychoaktive Substanz unser Fühlen, Denken und Handeln verändern. [...]

Dennoch: Laut Experten sind die gesundheitlichen Auswirkungen des Cannabiskonsums viel geringer als bei Alkohol und Tabak. Fraglich ist auch, ob die Legalisierung in diesem Bereich überhaupt etwas ändert. In Kanada sind die Einlieferungen wegen übermässigen Cannabiskonsums stabil geblieben. David Hammond sagt, die Legalisierung habe es den Behörden erleichtert, Konsumenten vor übermässigem Konsum zu warnen, etwa durch Warnhinweise für Cannabisprodukte.

Quelle: Wenger, Natalie/Hehli, Simon: Löst eine Cannabislegalisierung neue Suchtdramen oder eine Goldgräberstimmung aus? Was die Schweizer Drogenpolitik von Kanada und den USA lernen kann, vom 29.06.2021, in: Neue Zürcher Zeitung (Zürich), aus: <https://www.nzz.ch/schweiz/was-die-cannabis-legalisierung-bewirken-wuerde-der-faktencheck-id.1623665?reduced=true>

AUFGABEN

- 1 Soll der Verkauf von Cannabis legalisiert werden (M 1)? Positionieren Sie sich auf einer Meinungslinie zwischen 0 (vollkommen für die Legalisierung von Cannabis) und 10 (vollkommen gegen die Legalisierung von Cannabis). Positionieren Sie sich dabei nicht in der Mitte der Meinungslinie (d. h. bei 5).
- 2 Arbeiten Sie die Auswirkungen einer Cannabislegalisierung in den Beispieldländern heraus (M 2).
- 3 Reflektieren Sie Ihre Positionierung auf der Meinungslinie (Aufgabe 1). Hat sich Ihre Haltung geändert oder nicht? Begründen Sie.

M|3 Stephan Pilsinger, CSU

Wir müssen die gesundheitlichen Risiken und Langzeitfolgen des Konsums von Cannabis im Blick haben. [...] Es gibt schon genug Menschen in unserem Land, die mit legalen Suchtmitteln Probleme haben. [...] Für die legalen Suchtmittel [...] liegen die Quoten des riskanten bzw. klinisch relevanten Konsums in der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland [...] um das 7- bis 20-Fache höher als bei Cannabis. Durch eine Legalisierung von Cannabis wäre eine ähnliche Entwicklung [...] zu erwarten. Studien aus den USA belegen, dass die Legalisierung von Cannabis mit einem deutlichen Zuwachs des Konsums verbunden ist. [...] Verantwortungsvolle Gesundheits- und Drogenpolitik muss einer Ausweitung riskanter und gesundheitsgefährdender Konsummuster entgegenwirken. Daher dürfen wir keine zusätzliche Einladung für eine illegale Droge wie Cannabis aussprechen. [...] Wer Cannabis aus nichtmedizinischen Gründen konsumiert, [...] begibt sich in eine gesundheitliche Gefahr. Insbesondere bei jungen Menschen gibt es gravierende Risiken

in der Entwicklung. Zu nennen sind hier psychische und psychosoziale Störungen wie zum Beispiel schizophrene Psychosen, aber auch [...] Herz-Kreislauf-Folgeerkrankungen sowie neurokognitive Beeinträchtigungen wie die Beeinträchtigung der Lern-, Aufmerksamkeits- und Gedächtnisfunktion. [...] Als verantwortungsvolle Gesundheitspolitiker müssen wir uns vielmehr auf die wesentlichen Handlungsfelder erfolgreicher Drogen- und Suchtpolitik konzentrieren: erstens Prävention, zweitens Beratung und Hilfe, drittens Schadensminimierung und Schadensreduzierung und viertens Strafverfolgung. [...] Allerdings halte ich generelle Verbote auch nicht für sinnvoll; denn der Einsatz von medizinischem Cannabis kann bei entsprechender Indikation durchaus sinnvoll sein.

Quelle: Pilsinger, Stephan: Wir dürfen keine zusätzliche Einladung für eine illegale Droge wie Cannabis aussprechen, vom 29.10.2020, in: CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag (Berlin), aus: www.cducsu.de/themen/familie-frauen-arbeit-gesundheit-und-soziales/stephan-pilsinger-wir-dueren-keine-zusaetzliche-einladung-fuer-eine-illegale-droge-wie-cannabis-aussprechen

M|4 Rainer Wendt, DPolG

Die Deutsche Polizeigewerkschaft warnt vor der geplanten Legalisierung von Cannabis zu Genusszwecken. „Durch die Gewinne, die der Handel und der Staat erzielen wollen, wird Cannabis erheblich teurer“, sagte der Bundesvorsitzende Rainer Wendt [...]. „Der illegale Handel mit billigeren Produkten wird aufblühen, denn in Apotheken können dann nur Wohlhabende ihren Bedarf decken, Kinder, Jugendliche und Geringverdiener werden weiter zum Dealer um die Ecke laufen.“ [...] Der Polizeigewerkschafter verwies auf die Niederlande. Dort könne man sehen, dass illegaler Anbau und Handel, Einfuhr und Vertrieb gestärkt werde und krimelle Banden sich gewaltsame Auseinandersetzungen um Marktanteile leisten würden. [...]*

[...] Dieser Stoff sei [...] wegen der Unkontrollierbarkeit seiner Zusammensetzung insbesondere für junge Menschen eine Gefahr [...]. Wenn demnächst auch noch Bekifte am Straßenverkehr teilnehmen, bekommen wir ein Problem.“ [so Wendt] Schon jetzt komme es wegen Cannabis-Konsum immer wieder zu Unfällen mit unschuldigen Verletzten; die Kontrolle durch die Polizei sei völlig unzureichend.**

Quelle: *wgr/ © dpa: Rainer Wendt kritisiert Cannabislegalisierung als „Wunschenken“, vom 26.11.2021, in: ZEIT online (Hamburg), aus: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-11/cannabis-legalisierung-kritik-polizeigewerkschaft-ampel-plaene> (Die Zeit, Hamburg) / **Trimborn, Marion: Sollte Cannabis legal werden? Polizeigewerkschaften warnen, vom 12.10.2021, in: Neue Osnabrücker Zeitung (Osnabrück), aus: www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/sollte-cannabis-legal-werden-polizeigewerkschaften-warnten-20059450

M|5 Prof. Cornelius Nestler, Jurist

Dass Cannabiskonsum für die Lebensführung und auch Gesundheit eines manchen Jugendlichen sehr gefährlich werden kann, ist unbestreitbar, nur weniger offensichtlich als beim Alkohol. Aber offenbar kann die Prohibition ja weder unmäßigen Cannabiskonsum noch davon bewirkte individuelle Schäden verhindern. [...] [E]s reicht schon, in die Niederlande zu fahren, wo in Coffeeshops seit nahezu einem halben Jahrhundert jeder Erwachsene Cannabisprodukte kaufen kann. Nach der Logik der Prohibitionisten müssten dort nicht nur relativ zur Einwohnerzahl viel mehr Menschen als in Deutschland Cannabis konsumieren, sondern es müssten auch die Schäden viel größer sein. Anders das eindeutige Ergebnis [...]: Alles ist ungefähr genauso wie in Deutschland. Die Prohibition bringt es also nicht, und noch schlimmer: Sie kostet viel und vor allem fügt sie immenses Leid zu. Circa 130.000 Strafverfahren pro Jahr wegen Konsumentendelik-

ten bei Cannabis werden in Deutschland geführt, ohne dass es dafür [...] irgendeinen vernünftigen Grund gibt. [...] Aber wie immer geht es nicht nur um Nutzen und Kosten, sondern auch um Freiheit und um Selbstbestimmung. Um Schäden von wenigen zu vermeiden, wird uns allen die Freiheit genommen, die Droge unserer Wahl zu nehmen. [...] Aber Hilfe scheint hier nun aus ganz unerwarteter Ecke zu kommen – von der Agrarministerin Julia Klöckner [...]: „In einer freien Gesellschaft wird es immer um das Austarieren von Regeln und verantwortungsbewusster Freiheit gehen.“ Bevormundung beeinträchtigt das Freiheitsbewusstsein der Bürger. Vielleicht könnte man sie ja dafür gewinnen, [...] zu erforschen, ob es nicht auch bei Cannabis verantwortungsbewusste Freiheit geben kann.

Quelle: Nestler, Cornelius: Cannabis und die verantwortungsbewusste Freiheit, vom Mai 2019, in: Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Hürth, aus: www.strafverteidiger-stv.de/system/files/users/user5/Editorial_StV_2019_05.pdf, S. I.

M|6 Bündnis90/Die Grünen

Unser Ziel ist eine glaubwürdige, faktenbasierte Drogenpolitik, die die Menschen ernst nimmt. Gesundheitsschutz sowie der Schutz von Kindern und Jugendlichen stehen dabei im Mittelpunkt. [...] Die bisherige Drogenpolitik hat einen Schwarzmarkt entstehen lassen, auf dem Drogen unkontrolliert zugänglich, Kinder und Jugendliche ungeschützt und gewaltsame Strukturen oftmals Grundlage sind. Außerdem bindet der repressive Ansatz, Drogenkonsument*innen zu verfolgen, bei Polizei und Staatsanwaltschaften Kräfte, die an anderer Stelle fehlen. [...] Viele der gesundheitlichen Risiken sind Folgen der Kriminalisierung von Drogen und ihres Handels auf dem Schwarzmarkt. So schwanken die Wirkstoffkonzentrationen zwischen fünf bis 60 Prozent,

Dealer*innen benutzen alles Mögliche, von Glas über Mehl bis hin zu Blei, um das Volumen zu strecken und so noch mehr Geld zu verdienen [...]. Grüne Drogenpolitik beruht auf den drei Säulen Prävention, Regulierung und Schadensminde-¹⁵rung. Wir setzen auf glaubwürdige Prävention und wollen die Selbstverantwortung mündiger Erwachsener stärken. Kinder und Jugendliche schützen wir mit unserer Politik wirksam vor Drogen, es soll für sie nicht geworben werden. Wer Drogen wie Alkohol, Cannabis oder Tabak an Kinder oder Jugendliche verkauft, muss bestraft werden.

Quelle: Bündnis90/Die Grünen (Hrsg.): Wir schaffen klare Regeln in der Drogenpolitik statt zu kriminalisieren, 2021, in: Bündnis90/Die Grünen (Berlin), aus: www.gruene.de/themen/drogenpolitik

M|7 Moderator/-in

Sie führen in die Talkshow zum Thema „Soll Cannabis legalisiert werden?“ ein, leiten und beenden sie. Dazu sollten Sie sich mit den Rollenkarten der Gäste vertraut machen und ihre Position erarbeiten sowie das Verhalten während der Diskussion antizipieren. Notieren Sie Fragen und Impulse, mit der Sie die Talkshow lenken und Situationen begegnen, in denen die Gäste entweder zu lange einen Aspekt diskutieren oder die Diskussion ins Stocken gerät.

Zu Beginn der Talkshow begrüßen Sie die Gäste, führen in das Thema ein und leiten zu den Anfangsstatements über.

Während der Diskussion erteilen Sie das Wort, überwachen die Einhaltung der Gesprächsregeln und lenken sie mit Fragen und Impulsen. Am Ende fordern Sie die Schlussstatements ein und verabschieden sich, hier kann eine kurze ¹⁵ Zusammenfassung der Talkshow sinnvoll sein.

Quelle: Eickhoff, Tim

AUFGABEN**1 Vorbereitung und Durchführung**

- Gäste: Sie sind Gast in einer Talkshow zum Thema „Soll Cannabis legalisiert werden?“. Bereiten Sie sich in Gruppen auf die jeweilige Rolle vor: Arbeiten Sie auf Grundlage Ihrer Rollenkarte Argumente für Ihre Position heraus und entwickeln Sie ggf. (anhand einer Internetrecherche) eigene. Stellen Sie auch Vermutungen über Argumente anderer Gäste an und suchen Sie mögliche Gegenargumente. Erarbeiten Sie ferner ein kurzes Anfangsstatement, in dem Sie Ihre Position pointiert darlegen. Halten Sie die Ergebnisse schriftlich fest. Wählen Sie abschließend jeweils ein Gruppenmitglied aus, das Sie in der Talkshow vertreten.
- Moderator/-in: Sie sind Moderator/-in einer Talkshow zum Thema „Soll Cannabis legalisiert werden?“. Bereiten Sie sich im Team auf die Moderatorenrolle vor: Erarbeiten Sie Ihre Aufgaben während der Diskussion auf Grundlage Ihrer Rollenkarte.

- Beobachter/-in: Diejenigen, die nicht diskutieren oder moderieren, beobachten die Talkshow und bearbeiten während der Diskussion folgenden Beobachtungsauftrag: Ordnen Sie sich einem Gast einer anderen Gruppe zu und notieren Sie stichwortartig wichtige Argumente.

2 Auswertung

- Visualisieren Sie die stichwortartig notierten Argumente der Talkshowgäste und reflektieren Sie, (a) welche für die jeweilige Position besonders wichtig waren und (b) ob die Argumentation plausibel erscheint.
- Vergleichen Sie die Argumente miteinander. Beziehen Sie sich dabei auch auf Urteilskriterien.

M|8 „Drogenkonsum ist Privatsache“

Der Ökonom Milton Friedman schrieb in den 1970er Jahren in einer Kolumne über die Legalisierung von Drogen. In einem Interview führt er die wichtigsten Argumente für seine Position aus.

Für mich ist das nicht eine Frage der Moral, sondern eine Frage der Klugheit. Nach allem, was ich weiß, schadet der übermäßige Konsum von Suchtmitteln. [...] Ich selbst habe vor 34 Jahren aufgehört zu rauchen, und zwar nicht aus moralischen Gründen, sondern weil die statistischen Daten deutlich zeigten, dass Rauchen mein Leben verkürzen würde. Mir war der Preis für den Genuss des Rauchens schlicht zu hoch. [...]

Ich habe damals zwei Argumente [...] angeführt, eines der Ethik und ein anderes der Effizienz. Das ethische Argument mündet in die Frage: Haben wir das Recht, zu bestimmen, was jemand anderer sich selbst antun darf? Schon John Stuart Mill ist zum Schluss gekommen, dass eine Regierung die Menschen nicht zu ihrem Glück zwingen dürfe, dass sie aber sehr wohl

das Recht habe, sie davon abzuhalten, anderen Schaden zu zufügen. [...] Genauso glaube ich, dass wir kein Recht haben, einem Bürger vorzuschreiben, ob er Alkohol trinken darf und wieviel. Aber wir haben allen Grund, ihn festzunehmen und ins Gefängnis zu werfen, wenn er betrunken Auto fährt und damit Leute gefährdet. Genauso verhält es sich mit Drogen. Das zweite Argument ist das der Effizienz. Selbst wenn man der Meinung ist, einige von uns dürfen andere Mitglieder der Gesellschaft zu deren eigenem Nutzen zu einem Verhalten bzw. zu Unterlassungen zwingen, muss man sich doch die Folgen solchen Tuns überlegen. Und die Art und Weise, wie wir die Leute vom Drogenkonsum abhalten wollen, hat einen mächtigen illegalen Wirtschaftszweig, Kriminalität, Korruption und eine Fülle negativer gesellschaftlicher Effekte zur Folge. [...]

Quelle: Schwarz, Gerhard: „Drogenkonsum ist Privatsache“. Interview mit Milton Friedman, vom 01.04.1992, in: Neue Zürcher Zeitung (Zürich), aus: www.nzz.ch/folio/drogenkonsum-ist-privatsache-ld.1615372

M|9 Kapitalismus ist Freiheit

Der Spielraum der Regierung muss beschränkt sein. Ihre Aufgabe muss es sein, unsere Freiheit zu schützen, insoweit sie von außerhalb bedroht ist und insoweit sie unsere Mitbürger verletzen könnten: also für Gesetz und Ordnung zu sorgen, die Einhaltung privater Verträge zu überwachen, für Wettbewerb auf den Märkten zu sorgen. [...]

[...] Leitmotiv ist die [...] Rolle des wettbewerblich organisierten Kapitalismus [...] als eines Systems von wirtschaftlicher Freiheit und einer notwendigen Bedingung für politische Freiheit. [...] Ökonomische Einrichtungen spielen eine doppelte Rolle bei der Erreichung einer freien Gesellschaft. Auf der einen Seite wird die Freiheit bei wirtschaftlichen Vereinbarungen selbst als eine Komponente der Freiheit verstanden, sodass wirtschaftliche Freiheit bereits ein Ziel für sich darstellt. Zum Zweiten ist die wirtschaftliche Freiheit ein unverzichtbarer Bestandteil bei der Erreichung politischer Freiheit. [...] Wirtschaftliche Freiheit [...] macht einen bedeutenden Teil der ganzen Freiheit aus. [...]

Als Liberale sehen wir in der Freiheit des Individuums [...] das höchste Ziel aller sozialen Einrichtungen. [...] Tatsächlich ist es eines der Hauptziele des Liberalismus, die ethischen Probleme dem Individuum zu überlassen, damit es mit diesen Problemen allein fertig werden kann. [...]

Die Existenz eines freien Marktes ersetzt nicht die Notwendigkeit einer Regierung. Im Gegenteil: Die Regierung ist einmal wichtig als das Forum, das die Spielregeln bestimmt, und zum anderen als der Schiedsrichter, der über die Regeln wacht und sagt, ob sie auch richtig ausgelegt wurden. Die große Leistung des Marktes besteht darin, dass er die Anzahl der Probleme reduziert, die mithilfe politischer Maßnahmen entschieden werden müssen. Der Markt hilft dabei, den Umfang zu minimieren, in dem die Regierung direkt in das Spiel eingreift. Charakteristisches Merkmal einer Maßnahme, die mit politischen Mitteln durchgeführt wird, ist meistens ihre Konformität. Der große Vorteil des Marktes dagegen ist: Er ermöglicht eine große Verschiedenheit. [...] Diese Eigenschaft des Marktes meinen wir, wenn wir sagen: der Markt sichert die wirtschaftliche Freiheit. Aber diese Eigenschaft führt zugleich weit über den Bereich des rein wirtschaftlichen hinaus. Politische Freiheit bedeutet, dass es keinen Zwang eines Menschen gegenüber einem anderen geben darf. [...]

Quelle: Friedman, Milton: Kapitalismus und Freiheit, München: Piper Verlag 2020 [zuerst: 1962], S. 25-38.

AUFGABEN

- 1 Positionieren Sie sich spontan zu Friedmans Aussage „Drogenkonsum ist Privatsache“ (M 8).
- 2 Fassen Sie die Position Friedmans zum Drogenkonsum (M 8) zusammen.
- 3 Erklären Sie Friedmans (wirtschafts-)theoretische Ausführungen (M 9). Beachten Sie das Verhältnis von Markt und Staat.
- 4 Ordnen Sie zentrale Argumente der Talkshow in den wirtschaftstheoretischen Ansatz Friedmans (M 9) ein.
- 5 Problematisieren Sie die Auswirkungen von Friedmans Theorie auf einen demokratischen Staat.

Stefan Follmann

„Mission Economy“

Der Staat als wirtschaftlicher Innovationstreiber?

Foto: Picture-Alliance GmbH/KEYSTONE



Mariana Mazzucato

Die Kontroverse um das Verhältnis von Staat und Markt bestimmt wirtschaftspolitische Grundsatzdebatten seit jeher, sowohl im wissenschaftlichen Diskurs als auch in der politischen Praxis. Angesichts der existenziellen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts und der dadurch erforderlichen technischen sowie sozialen Innovationen plädieren Vertreter/-innen eines missionsorientierten Ansatzes für einen Staat, der sich selbst als Investor und Innovationstreiber versteht.

Als im Bundestagswahlkampf 2021 die damalige Kanzlerkandidatin der Grünen, Annalena Baerbock, im Rahmen eines TV-Duells vehement die These vertrat, auch staatliche Verbote könnten Innovationstreiber sein, entbrannte in der Folge eine Grundsatzdebatte um die Frage, wie technologische und soziale Innovationen am besten zu erreichen seien. Durch einen starken Staat, der u. a. durch Verbote die Leitlinien wirtschaftlicher und industrieller Entwicklung vorschreibt oder durch das freie Spiel der Marktkräfte?

Die Mondmission als Vorbild

Einen umfassenden neuen Impuls in dieser Debatte liefert die italienische Ökonomin Mariana

Mazzucato mit ihrem Modell einer „Missionsorientierten Wirtschaftspolitik“. Darin spielt der Staat eine tragende Rolle als strategischer Investor, der u. a. Risikokapital zur Entwicklung zielgerichteter Innovationen bereitstellt. Zur Verbildlichung dieser Idee führt Mazzucato die amerikanische Mond-Mission in den 1960er-Jahren heran. In einer berühmten Rede an der Rice-University in Houston erläuterte der damalige Präsident Kennedy 1962 seine Vision hinter der Mission. Für Mazzucato entscheidend ist dabei die Herangehensweise der Kennedy-Administration. Mit einem ergebnisoffenen Budget wurde das Ziel einer bemannten Mondlandung bis spätestens zum Ende der 1960er-Jahre als Mission formuliert. Um diese erfüllen zu können, ging der

Das Thema im Unterricht

Klassenstufe 11–13

Zeitbedarf 3–4 Stunden

Materialien 3

Lehrplanbezüge Wirtschaftspolitik,
Marktwirtschaft

Methoden Wechsel der Darstellungsform

Copy 1 Einleitung. Die Mondlandung als staatliche Mission
 ↓

Copy 2 Analyse. Was heißt missionsorientierte Wirtschaftspolitik?
 ↓

Copy 3 Ausblick. Staat oder Markt? Wer sorgt für Innovationen?

Arbeitsblätter bequem online anpassen!

Mehr dazu auf Seite 3.



COPY 1 Mithilfe von Aufgabe 1 können die Vorkenntnisse der Schüler/-innen zum historischen Kontext der Mondlandung thematisiert werden. Die Hypothesenbildung zu den Motiven hinter der Mission wird sich vermutlich um die Frage nach wissenschaftlichen Erkenntnissen sowie dem Wettstreit der Systeme im Kalten Krieg bewegen. Dem-

entsprechend kann die Rede Kennedys (**M 1**) so den Verstehenshorizont erweitern, dass diesbezüglich explizit von weiteren Innovationen in anderen Wirtschaftsbereichen die Rede ist. Die Analyse von **M 2** soll dann die weitreichenden Erfolge der Mission in diesem Bereich verdeutlichen. Aufgabe 3 soll den Fokus auf die Besonderheiten der Finanzierung der Mission legen. Diese ist ergebnisoffen. Kennedy unterstreicht das außergewöhnliche Volumen („eine Menge Geld“, „schwindelerregende Summe“), kontextualisiert und relativiert dies aber mit Beispielen aus den Alltagserfahrungen der Bürger/-innen (Vergleich mit den Ausgaben für Zigaretten, Betrag pro Kopf / Woche).

M 3 liefert zum einen eine Begriffseinführung nach dem Aktualitätsprinzip. Zum anderen wird die Analogie zur Mondmission aufgegriffen und pointiert zusammengefasst, sodass erste Hypothesen bzgl. Chancen und Risiken des missionsorientierten Ansatzes diskutiert werden können.

COPY 2 Zu Aufgabe 1:

- breite Verteilung von Steuergeldern zur Innovationsförderung
- Stärkung der Kompetenz der öffentlichen Hand
- Festpreisverträge und Anreize für Qualitätsverbesserungen
- Verbot von Gewinnen, die über die vereinbarten Konditionen hinausgehen
- Aufbau von internem Knowhow zur Stärkung der Verhandlungsposition.

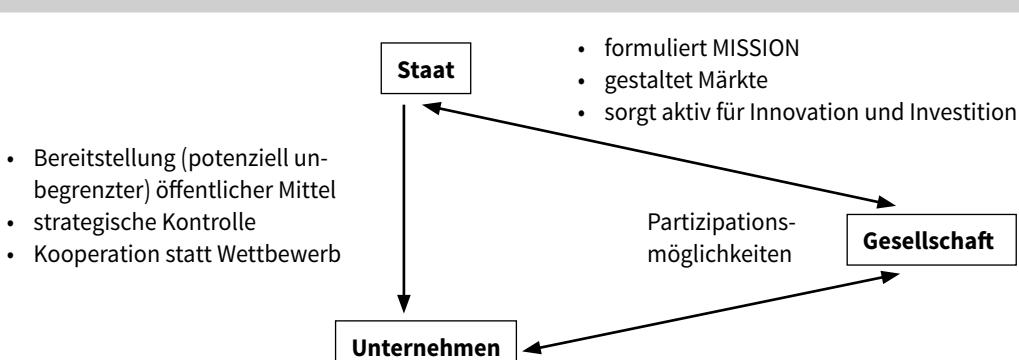
Zu Aufgabe 2:

Neuer Gesellschaftsvertrag:

- Schöpfung nachhaltiger Werte anstelle von kurzfristigen Gewinnen
- Sozialisierung statt Privatisierung von Risiken und Erträgen
- Investitionen in Gemeinwohl statt in einzelne Branchen

Kooperation

Partnerschaft



Das Thema im Unterricht

COPY 3

Die Aufgaben 1-3 könnte man sukzessive auf folgende Art visualisieren:

<p>Kritik an Missionsorientierter Wirtschaftspolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ziele sind meist nicht spezifisch und realistisch • Risiko im Falle des Scheiterns einer Mission gravierend • Staatliche Missionen für umfassende Innovationen unnötig (Bsp. Internet) 	<p>Vorteile des freien Marktmechanismus:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ermöglichung / Nutzen von subjektivem Wissen und persönlichen Plänen • Produktivität des Wettbewerbsprozesses • Höhere Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft, kein Einzelrisiko • Komplexes Marktgeschehen kann nicht staatlich simuliert werden • Erhöhte Geschwindigkeit (Bsp. Corona-Impfstoff)
<p>Position von Olaf Scholz</p> <ul style="list-style-type: none"> • Freiheit und Ordnung keine Gegensätze • Individuelle Freiheiten leiten sich aus staatlichen Rahmenbedingungen ab • Missionsorientierung ermöglicht Abschied vom „Klein-Klein“, ermöglicht Verwirklichung großer Ziele • Staat hat Kapazitäten als „strategischer Investor“ 	

Die Aufgabe 4 soll eine abschließende Urteilsbildung anleiten. Die Aufgabe besteht neben einer Positionierung (ja/nein) auch in der begründeten Gewichtung einzelner Argumente. Die Lernenden können so ihre individuellen

Wertmaßstäbe einfließen lassen. Der Vergleich der ergebnisoffenen Lernprodukte generiert zahlreiche Gesprächsanlässe zur Vertiefung der Urteilsbildung. Als Hilfe kann hierzu die Methode der „Argumentationswaage“ genutzt werden.

Staat mittels der NASA zahlreiche Partnerschaften mit der Privatwirtschaft ein. Die unzähligen Teilprojekte zur Verwirklichung des Traums von einem Menschen auf dem Mond führten dabei zu diversen technischen Innovationen, die auch außerhalb der Raumfahrt genutzt werden konnten. Zudem stellte die Apollo-Mission ein umfassendes Konjunkturprogramm dar, das in vielen Wirtschaftszweigen für eine enorme Dynamik gesorgt hat.

Praxisbeispiele

Interessant ist, wie schnell sich das Konzept Mazzucatos in der politischen Praxis und Rhetorik wiederfindet. Bei der Präsentation des „Green New Deals“ der Europäischen Union sprach die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen explizit von einem „Mann-auf-dem-Mond-Moment“, wodurch die Bezüge zur Missionsorientierung im Sinne Mazzucatos explizit wurden. Auch im Rahmen der neuen Ampel-Bundesregierung werden immer wieder Grundzüge einer „Missionsorientierten Wirtschaftspolitik“ ausformuliert.

Der Unterrichtsbeitrag versucht die Kernthesen Mazzucatos und ihres Konzeptes herzuleiten und verständlich zu machen. Am Beispiel der Klimapolitik soll die Kontroverse über Chancen und Risiken des Ansatzes didaktisiert und einer Urteilsbildung zugänglich gemacht werden. ■

UNSER AUTOR

Foto: privat



Stefan Follmann, Trier, OStR am Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium Schweich, Beirat PRAXIS POLITIK & WIRTSCHAFT.

LITERATUR

- Kleinheyer, Marius: Noch mehr Staat wagen?, 16.04.2021, in: www.flossbachvorstorch-researchinstitute.com/de/kommentare/noch-mehr-staat-wagen/.
- Mazzucato, Mariana: Mission. Auf dem Weg zu einer neuen Wirtschaft, Frankfurt am Main 2021.
- Mazzucato, Mariana: Die Renaissance des Staates, in: Blätter für deutsche und internationale Politik (5/2021), S. 45-47.

M|1 John F. Kennedy: „Warum der Mond?“

Doch einige sagen: „Warum der Mond? Warum wählen wir ihn als unser Ziel?“ Und sie könnten genauso gut fragen, warum den höchsten Berg besteigen? Warum wurde vor 35 Jahren der Atlantik überflogen? [...] Wir haben uns entschlossen, zum Mond zu fliegen. Wir haben uns entschlossen, in diesem Jahrzehnt zum Mond zu fliegen und noch andere Dinge zu unternehmen, nicht weil es leicht ist, sondern weil es schwer ist, weil das Ziel dazu dient, das Beste aus unseren Energien und Fähigkeiten zu organisieren und zu messen, weil die Herausforderung eine ist, der wir uns stellen wollen, die wir nicht verschieben wollen und die wir zu gewinnen beabsichtigen, genau wie die anderen auch. [...] Das Wachstum unserer Wissenschaft und Bildung wird mit neuem Wissen über unser Universum und unsere Umwelt bereichert, durch neue Techniken des Lernens und Kartierens und Beobachtens, durch neue Werkzeuge und Computer für Industrie und Medizin, für zuhause und für die Schule. [...] [O]bwohl die Raumfahrt noch in ihren Kinderschuhen steckt, hat das Engagement hier bereits eine große Zahl neuer Unternehmen entstehen lassen und Zehntausende neue Stellen geschaffen. Die Raumfahrt und mit ihr zusammenhängende Industrien schaffen einen neuen Bedarf an Investitionen und qualifiziertem Personal, und diese Stadt und dieser Staat und diese Region werden an diesem Wachstum in großem Maße teilhaben. [...] Dies alles wird uns selbstverständlich eine Menge Geld kosten. Der Raumfahrtetat dieses Jahres ist dreimal höher als noch im Januar 1961, und er ist höher als der gesamte Raumfahrtetat der letzten acht Jahre zusammen. Der Etat liegt heute bei 5.400 Millionen Dollar pro Jahr. Das ist eine schwindelerregende Summe, aber immer noch weitaus weniger als wir jedes Jahr für Zigaretten und Zigarren ausgeben. Die Ausgaben für Raumfahrt werden bald noch weiter steigen, von 40 Cent pro Person und Woche auf bis zu über 50 Cent für jeden Mann, jede Frau und jedes Kind in den Vereinigten Staaten, denn wir haben diesem Programm eine hohe nationale Priorität eingeräumt, auch wenn mir bewusst ist, dass dies in mancher Hinsicht ein Akt des Glaubens und der Vision ist, weil wir nicht wissen, welche Vorteile uns erwarten. [...] Ich denke jedoch, dass wir es tun werden, und ich denke, dass wir zahlen müssen, was zu zahlen ist. Ich bin nicht der Auffassung, dass wir Geld verschwenden sollten, ich denke jedoch, dass wir die Aufgabe erledigen müssen. Und dies wird noch im Jahrzehnt der 60er Jahre passieren.

Quelle: Kennedy, John F.: Rede an der Rice University in Houston Texas am 12. September 1962, in: www.jfklibrary.org/de/node/11766.

M|2 Dinge, die im Rahmen der Apollo-Mission entwickelt wurden (Auswahl)

Sektor	Spin-off-Technologie
Konsumgüter	<ul style="list-style-type: none"> stoßabsorbierender Schaumstoff in Sportschuhen tragbare Elektrogeräte wie Staubsauger, Bohrer gefriergetrocknete Nahrungsmittel
Industrie	<ul style="list-style-type: none"> Solarpaneele Flüssigmethan als Treibstoff Erdbebensimulatoren Beatmungsgeräte Wasseraufbereitungstechnik
Medizin	<ul style="list-style-type: none"> implantierbare Defibrillatoren Nierendialyse bildgebende Diagnostik, z. B. Computer- oder Kernspintomografie

Nach: Mazzucato, Mariana: Mission. Auf dem Weg zu einer neuen Wirtschaft, Frankfurt am Main 2021, S. 118.

M|3 Ziele definieren, Weg nicht vorschreiben

Die italienisch-amerikanische Ökonomin Mariana Mazzucato fordert eine Veränderung des Kapitalismus, in dem Sinne, dass die Wirtschaft einer Mission dienen soll, die der Staat vorgibt. Können Sie dem etwas abgewinnen?

Habeck: Absolut. [...] Sie ist eine der Ökonominnen, die mich stark beeinflusst haben. Ihre Idee, [...] ist, ein Ziel zu definieren, den Weg aber nicht vorzuschreiben. Das bringt dann alle möglichen Innovationen. Ihr Beispiel ist die amerikanische

Mond- und Raumfahrt. Da war das Ziel, Menschen ins All und auf den Mond zu bringen. Niemand hat gesagt: Wir wollen Klettverschluss, Akkubohrer oder Strichcodes erfinden. Das entstand, weil man es als Mittel zum Zweck brauchte.

Quelle: Knobbe, Martin/Traufetter, Gerald im Interview mit Robert Habeck: „Wie wollen Sie für mehr Gerechtigkeit sorgen, Herr Habeck?“, in: Der Spiegel (Hamburg) 4/2022, aus: www.spiegel.de/politik/deutschland/robert-habeck-gruene-ueber-klimakatastrophe-energiekrise-und-ukrainekonflikt-a-d4921e9e-dd43-4fb1-94fb-992891593a69.

AUFGABEN

- 1 Warum wollte die US-Regierung in den 1960er-Jahren Menschen auf den Mond bringen? Entwickeln Sie im Kurs Hypothesen zu den Motiven der Apollo-Mission. Beachten Sie den historischen Kontext.
- 2 Arbeiten Sie aus der Rede von John F. Kennedy (M 1) die dort formulierten Motive für die Mond-Mission heraus.
- 3 „Ich denke jedoch, dass wir es tun werden, und ich denke, dass wir zahlen müssen, was zu zahlen ist.“ (M 1).
 - (a) Arbeiten Sie heraus, mit welcher Argumentationsstrategie Kennedy die Finanzierung der Mission legitimiert. (b) Bewerten Sie diese.
- 4 Überprüfen Sie mithilfe von M 2 inwiefern die von Kennedy formulierten Ziele erreicht werden konnten.
- 5 Geben Sie wieder wie Robert Habeck die Idee einer „Mission Economy“ (Mazzucato) in Anlehnung an die Mond-Mission formuliert (M 3).
- 6 „[E]in Ziel zu definieren, aber den Weg nicht vorzuschreiben.“ (M 3) Entwickeln Sie im Kurs Ideen zu Chancen und Risiken eines solchen wirtschaftspolitischen Ansatzes.

M|4 Auf dem Weg zu einer neuen Wirtschaft

In meinem jüngsten Buch, „Mission. Auf dem Weg zu einer neuen Wirtschaft“, erläutere ich, inwiefern öffentlich-private Projekte auch heute noch von dem NASA-Programm lernen können, mit dem diese erstmals Menschen auf den Mond brachte [...] Mit Steuergeldern in Höhe von derzeit rund 283 Mrd. US-Dollar hat das Apollo-Programm in Luftfahrt, Ernährungstechnologie, Elektronik, Software und vielen weiteren Bereichen Innovationen angeregt und gleichzeitig die Kompetenz der öffentlichen Hand gestärkt. [...] Und ganz wichtig: Die NASA sorgte dafür, dass die Regierung auch etwas für ihr Geld bekam. Sie schloss mit den Unternehmen Festpreisverträge, die diese zwangen, effizient zu arbeiten, bot aber gleichzeitig Anreize für ständige Qualitätsverbesserungen. Und jene Klauseln, die Überschussgewinne [also Gewinne, die über die vereinbarten Konditionen hinausgehen] untersagten, sorgten dafür, dass der Wettkampf ins All nicht von Gier oder Spekulation, sondern vor allem von wissenschaftlicher Neugier angetrieben wurde. Ebenso wichtig war, dass die NASA sich nicht komplett auf die Privatwirtschaft verließ. [...]. Weil die NASA auch intern Knowhow aufgebaut hatte, kannte sie die Technologien aber ebenso gut wie ihre Auftragnehmer und war für die Verhandlungen wie auch für die Verwaltung ihrer Verträge gut gerüstet. Wenn [man] die Kompetenz des öffentlichen Sektors stärkt und die Zwecke öffentlich-privater Allianzen klar definiert, könnte [man] nicht nur das Wachstum ankurbeln, sondern auch die größten Pro-

bleme unserer Zeit angehen, zu denen Ungleichheit und schwache Gesundheitssysteme, aber auch die globale Erwärmung gehören. Diese Probleme sind viel komplexer und vielschichtiger als die Mondlandung. Das Gebot der Stunde ist jedoch das selbe: die effiziente strategische Kontrolle darüber, wie öffentliche Mittel und Privatwirtschaft aufeinandertreffen. [...] Dafür brauchen wir nicht nur eine andere Sichtweise, sondern einen neuen Gesellschaftsvertrag, der Wertschöpfung über Gewinnmaximierung stellt, Risiken und Erträge sozialisiert und nicht nur in einzelne Unternehmen oder Branchen investiert, sondern in das Gemeinwohl. [...] Im Jahr 1962 sagte Präsident John F. Kennedy: „Wir haben uns entschlossen, noch in diesem Jahrzehnt zum Mond zu fliegen – nicht, weil es leicht ist, sondern weil es schwer ist.“ Diese Form der visionären politischen Führung ist heute keine Option, sondern ein Muss. [...] Die Spitze des Landes muss die Richtung vorgeben und als Katalysator für Innovationen und Investitionen in allen Bereichen der Wirtschaft agieren. Die Zeit der Apollo-Missionen, die von einer starken Führungsrolle der Regierung, kühnen Verträgen im öffentlichen Interesse sowie einem dynamischen öffentlichen Sektor geprägt war, bietet hier ein wichtiges Vorbild.

Quelle: Mazzucato, Mariana: Die Renaissance des Staates, in: Blätter Verlagsgesellschaft mbH (Berlin), aus: Blätter für deutsche und internationale Politik (5/2021), S. 45-47.

M|5 Grundlagen eines Wirtschaftsmodells

Mazzucatos Wirtschaftsmodell beruht darauf, dass Politik, Gesellschaft und Unternehmen gemeinsam nachhaltige Werte im Sinne der Gemeinnützigkeit schaffen, ohne dass dabei kurzfristige Gewinnaussichten im Vordergrund stehen. Dazu ist eine besondere Form der Kooperation zwischen allen Beteiligten nötig, bei der keine Konkurrenzverhältnisse entstehen. Wichtig ist dabei auch die Integration der Zivilgesellschaft, beispielsweise durch Partizipationsmöglichkeiten wie Bürgerforen o.ä. Die Rolle des Staates verändert sich dabei grundlegend. Er soll nicht mehr nur im Nachhinein mögliches Marktversagen korri-

gieren (z.B. indem er bei einer Wirtschaftskrise Rettungspakete für Banken zur Verfügung stellt), sondern er soll die Märkte aktiv mitgestalten und ihnen eine Richtung bzw. ein Ziel geben. Die Finanzierung der Missionen erfolgt ergebnisoffen, d.h. es gibt kein bereits im Vorfeld festgelegtes Budget, das nicht überschritten werden darf. Vielmehr werden die Mittel zur Verfügung gestellt, die für die Erfüllung der Mission notwendig sind.

Quelle: Follmann, Stefan

AUFGABEN

- 1 Beschreiben Sie, aus welchen Gründen Mariana Mazzucato die Mond-Mission als beispielhaft für heutige wirtschaftspolitische Projekte ansieht (M 4).
- 2 Entwickeln Sie auf der Grundlage von M 4 und M 5 ein Schaubild, welches das Konzept der „Missionsorientierten Wirtschaftspolitik“ zusammenfasst und berücksichtigen Sie dabei, welches Verhältnis von Staat – Unternehmen – Zivilgesellschaft diesem zugrunde liegt.

M|6 Leistungsfähigkeit des Marktes

Die Flossbach von Storch AG ist ein auf Vermögensverwaltung spezialisiertes Finanzdienstleistungsinstitut. Laut eigenen Angaben positioniert sich das dazugehörige Research Institute „in der Lücke zwischen absatzbezogenem, kommerziellem Research und rein akademischer Forschung“. Marius Kleinheyer ist dort als Finanzsoziologe tätig.

Selbst wenn man zu der Überzeugung kommen würde, der Staat sollte Ziele vorgeben, müssen diese Ziele spezifisch und realistisch sein. [...]. Bereits 1971 kam Richard Nixon auf die Idee, das Apollo-Programm zur Schablone für weltlichere Pro-
gramme zu nutzen. Er erklärte den „War on Cancer“, mit dem Ziel ein Heilmittel gegen Krebs in den nächsten 25 Jahren zu entdecken. [...] Das Ziel war nicht spezifisch und realistisch. Damals wusste man sehr wenig über Zellmutationen, bis heute wird geforscht. [...] Ein wesentlicher Vorteil marktwirtschaftlicher Prozesse ist das Zulassen subjektiven Wissens und die Entfaltung persönlicher Pläne und Ziele. Erst durch den Wettbewerbsprozess können bessere Lösungen herausgefunden werden, die vorher gar nicht bekannt waren. [...] Eine gesamte Gesellschaft auf ein Ziel oder auf eine Technologie festzulegen, birgt ein unüberschaubares Risiko für den Fall des Scheiterns mit sich. Die Widerstandsfähigkeit einer Gesellschaft gegen adverse Bedingungen entsteht durch Dezentralität und Subsidiarität. Die Sowjetunion war zwar noch vor den Amerikanern, bereits in den 1950er Jahren im All, aber bis zu ihrem Zerfall
1991 nicht annähernd in der Lage, einen vergleichbaren Lebensstandard der Bevölkerung oder Umweltschutz zu ermöglichen. Allein diese Tatsache spricht dafür, dass die Komplexität eines

Marktgeschehens nicht durch ein ambitioniertes Regierungsprogramm simuliert werden kann, sei sie auch noch so allgemeinwohlorientiert.

Offene demokratische Gesellschaften leben von Pluralismus. Nicht die Raumfahrt, sondern die Informationstechnologie hat in den letzten 50 Jahren die Grenzen des Möglichen auf der Erde verschoben. Auch wenn die Grundlagenforschung staatlich gefördert ist, oder die ersten Ansätze in militärischen Forschungseinrichtungen geleistet wurden, der kommerzielle Erfolg lässt sich nur durch den Einsatz von Unternehmen erklären, die immer wieder Innovationen an den Markt gebracht haben. Eine verbindliche große Vision war dafür nicht nötig und hätte im Zweifel die Entwicklung nur behindert.

Weder Roosevelts New Deal noch die deutsche Energiewende seit 2011 können davon überzeugen, dem Staat mehr Verantwortung für Innovationen und die Richtung der Marktwirtschaft anzuerufen. Die Coronapandemie bietet dafür ein anschauliches Beispiel. Der Markt hat in der Pandemie seine Leistungsfähigkeit bewiesen, der Staat ist diesen Beweis bis heute schuldig geblieben. Die Geschwindigkeit in der Entwicklung des Impfstoffes oder auch bei der Produktion von Schutzmasken ist beeindruckend. Die Gründer der Firma BioNTech haben kurzerhand, beim Frühstück(!), entschieden, ihre auf Krebsmittel ausgerichtete Forschung auf die Suche nach einem Impfstoff umzustellen.

Quelle: Kleinheyer, Marius: Noch mehr Staat wagen?, vom 16.04.2021, in: Flossbach von Storch AG, Köln, aus: www.flossbachvonstorch-researchinstitute.com/de/kommentare/noch-mehr-staat-wagen/

M|7 Der Staat als strategischer Investor

Hier äußert sich der Bundeskanzler Scholz in seiner damaligen Funktion als Bundesfinanzminister.

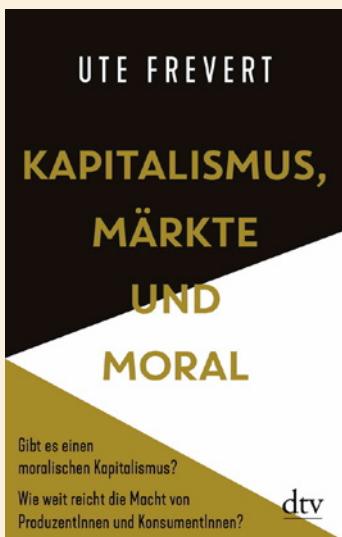
Freiheit und Ordnung sind keine Gegensätze. Der Staat stellt die Rahmenbedingungen – daraus leiten sich individuelle und gesellschaftliche Freiheiten ab. Ich will, dass wir raus kommen aus dem politischen Klein-Klein. Es geht nicht um einzelne Reparaturen – sondern ums große Ganze. Ziel der SPD ist ein moderner, bürgernaher Staat, aber eben auch der Staat als strategischer Investor, als Ordnungs- und Gestaltungskraft zur Bewältigung der Herausforderungen unserer Zeit. Staat und Verwaltung

müssen zum Innovationstreiber werden. [...] Ich schlage daher eine missionsorientierte Wirtschaftspolitik vor. Es geht um eine klimaneutrale Industrie, um ein modernes Mobilitätssystem, eine konsequente Digitalisierung hin zur Gigabit-Gesellschaft und eine gute und moderne Gesundheitsversorgung. Wie wichtig ein funktionierender Ordnungsrahmen ist – das erfahren wir seit einem Jahr in der Corona-Krise.

Quelle: Scholz, Olaf im Interview mit futur 2: Der Stellenwert von Respekt in unserer Gesellschaft (01/2021), in: futur2 e.V., Mainz-Kostheim, aus: www.futur2.org/article/der-stellenwert-von-respekt-in-unserer-gesellschaft/

AUFGABEN

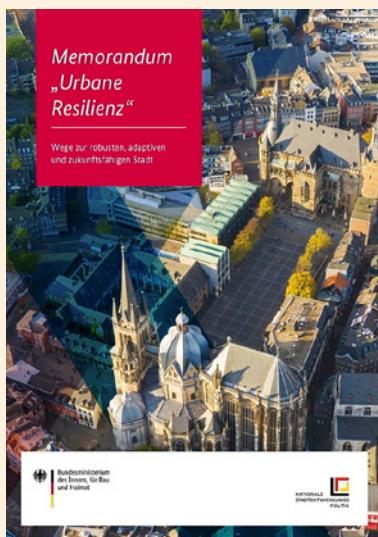
- 1 Fassen Sie die Kritik am Konzept der „Missionsorientierten Wirtschaftspolitik“ zusammen (M 6).
- 2 Erläutern Sie, welche Vorteile der Autor dem Markt im Gegensatz zum Staat als Innovationstreiber zuschreibt (M 6).
- 3 Stellen Sie dem Olaf Scholz’ Position (M 7) gegenüber.
- 4 „Staatliche Mission – ja oder nein?“ Beurteilen Sie, ob das Konzept zur Generierung von Innovationen geeignet ist. Tipp: Gewichten Sie Argumente mit Hilfe der „Argumentationswaage“.



Frevert, Ute
**Kapitalismus,
Märkte und Moral**

Die Autorin hinterfragt die lange geltende Behauptung, dass das kapitalistische Wirtschaften alternativlos sei: Das habe nicht zuletzt der Zusammenbruch der Sowjetunion gezeigt. Trotz der Erfolgsmeldungen, die das bei uns geltende System aufzuweisen habe, sei es aber keineswegs in der Bevölkerung durchgängig positiv besetzt, wie Umfragen belegen. Viele folgen vielmehr den Forderungen von Papst Franziskus, der den Fetischismus des Geldes scharf kritisiert und menschliche Ziele des Wirtschaftens fordert. In diesem Sinne wird vielfach ein „moralischer Kapitalismus“ (Ralf Dahrendorf 1996, Berthold Beitz 2011, Bernie Sanders 2016) eingefordert (S. 11). Die Zukunftsaufgabe sieht die Autorin in einem Zusammenwirken von gesellschaftlichem und politischem Druck und staatlichem Eingreifen in die wirtschaftlichen Prozesse. Den Märkten müsse durch den Staat Grenzen gesetzt werden, wo diese das Gemeinwohl gefährden.

dtv Verlag
München 2020
160 Seiten, 9,90 Euro
ISBN 978-3-423-34983-3



Expert:innenbeirat der Nationalen
Stadtentwicklungspolitik
**Memorandum „Urbane
Resilienz“ – Wege zur
robusten, adaptiven und
zukunftsfähigen Stadt**

Dass der Markt sozialer Schranken bzw. politischer Korrekturen bedarf, ist keine Neuigkeit. Regierungshandeln muss Zukunftsperspektiven entwickeln. Das gilt für die Förderung von Hightech-Strategien ebenso wie für die Stadtplanung für klimafreundliches Zusammenleben. Solche Schritte ergeben sich nicht von selbst aus dem Markt. Im vorliegenden Memorandum geht es darum, die Städte an die neuen Herausforderungen – Klimafolgen, Umweltprobleme, regionale Schocks auf dem Arbeitsmarkt, Eingliederung von Flüchtlingen – anzupassen. Sie müssen krisenfest, d. h. resilient, gemacht werden. Dazu reiche der reine Wiederaufbau des Gewohnten nicht, es müsse vielmehr interdisziplinär eine Perspektive erarbeitet werden, die Prävention, Klimaanpassung und Veränderung beinhaltet. Die Kommunen können mit ihren eigenen Daten die Basis herstellen, die Grundlage für Maßnahmenpläne werden kann. Das Memorandum zeigt Wege, wie Kommunen ihre kommunale Resilienz erreichen können.

Bundesministerium des Innern für
Bau und Heimat
Berlin 2021
99 Seiten, kostenlos



Burgi, Martin/Möslein, Florian
**Zertifizierung nachhaltiger
Kapitalgesellschaften: „Good
Companies“ im Schnittfeld
von Markt und Staat**

Zwei Experten für Wirtschaftsrecht bzw. Sozialrecht aus Marburg und München widmen sich in einem umfangreichen Forschungsprojekt den Gestaltungsvarianten von Zertifizierungsregimen. Das bedeutet, es wird untersucht, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um Firmen in ökologischer oder sozialer Hinsicht als nachhaltig einzustufen zu können. Welche Rahmen institutioneller und rechtlicher Art müssen ergriffen werden, um „good companies“ (Benefit Corporation oder kurz: B Corp) zu ermöglichen und zu sichern? Während diese Zertifizierungen für Sach- und Dienstleistungen bereits seit Langem existieren, ist ein solches Prädikat für nachhaltiges unternehmerisches Handeln Neuland. Die Untersuchung nimmt Maß an US-amerikanischen Vorbildern. Auch in der EU gibt es bereits erste rechtspolitische Ansätze zur Verbesserung des Umfelds für „soziales Unternehmertum“. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Schnittfeld von Staat und Markt.

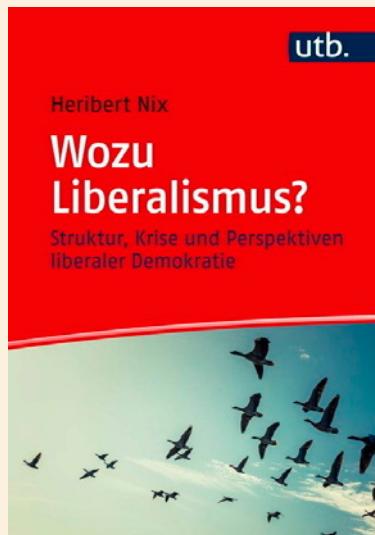
Verlag Mohr Siebeck
Tübingen 2021
89 Euro, XVI, 433 Seiten
ISBN 978-3-16-160044-9



Kühn, Markus/Kühn, Stefanie
Geldanlage für Anfänger.
Wie Sie mit wenigen Handgriffen Ihr Geld vermehren

Das Buch ist nicht nur für Anfänger/-innen beim Geldanlegen wichtig, vielmehr gibt es für Schüler/-innen einen hervorragenden Einstieg in alle Fragen des Geldes und in das, was am Markt mit dem Geld passiert. In lesbarer Übersicht informieren die beiden Experten über die verschiedenen Konten und Kapitalanlagen, nachhaltiges Investieren, viele Arten von Steuern, Börsencrashes, DAX und Aktienfonds, Versicherungen und natürlich neueste Trends wie digitale Vermögensverwaltung. Die Kenntnis aller damit zusammenhängenden Fragen ist für Leute wichtig, die Geld übrig haben, um es anzulegen, im Grunde aber für jede/n, der Zeitung liest und/oder sich in den Nachrichten informiert. Grafiken, Tabellen, Erklärungen von Fachbegriffen und ein Stichwortverzeichnis erleichtern den Zugang des Buches an verschiedenen Stellen.

Stiftung Warentest/Finanztest
Berlin, 2. Auflage 2021
176 Seiten, 19,90 Euro
ISBN 978-3-7471-0453-8



Nix, Heribert
Wozu Liberalismus?
Struktur, Krise und Perspektiven liberaler Demokratie

Der politische Soziologe Nix untersucht die Ursachen der augenblicklichen Krise des Liberalismus. Er erörtert die Aussichten für eine Überwindung der Krise ohne Verzicht auf die grundlegenden Errungenschaften in der Zukunft. Der Verfasser beschreibt die heute immer mehr vordringenden autoritären Regime als nur scheinbar republikanische Staatswesen. Demokratische Einrichtungen werden kopiert und ein Rechtswesen vorgetäuscht, um auf diese Weise den Eindruck der Legitimität zu erwecken. Das Volk ist zuverlässig von Partizipation abgekoppelt. Glaubte man früher, dass sich derartige Zustände lediglich in rückständigen Gemeinwesen zeigten, so treten scheindemokratische Zustände heute immer mehr auch in bislang über Zweifel erhabenen Ländern zutage. Wenn bislang die Freiheit des Einzelnen die fundamentale Voraussetzung für Wohlstand und Fortschritt war, werde eben diese Freiheit von ihren eigenen Feinden ausgenutzt wird, um sie zu entscheidend zu schwächen.

UVK Verlag
München 2021
287 Seiten, 24 Euro
ISBN 978-3-8252-5544-2



Piketty, Thomas
Ökonomie der Ungleichheit.
Eine Einführung

Der französische Wirtschaftswissenschaftler Piketty hat 2013 den Weltbestseller *Das Kapital im 21. Jahrhundert* (dt. 2014) vorgelegt, in dem er seine historisch unterlegten Forschungen zur ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung vorstellt. Er verbindet den Ansatz mit einer Theorie des Kapitalismus. Der vorliegende Titel versucht die komplizierten Zusammenhänge der Entstehung und Messung von Ungleichheit zu erklären. Es soll ein Verständnis auch für Laien geweckt werden, in welcher Beziehung Arbeitseinkommen und Kapitalerträge stehen und ob und wie die Politik hier eingreifen kann. Welche politischen Instrumente könnten gerade in der globalisierten Wirtschaft und bei multinationalen Konzernen in der Schieflage zugunsten der Arbeitseinkommen eingesetzt werden? Piketty nennt mehrere Typen „effizienter Umverteilung“: Bildungspolitik, Ausbildungsprogramme sowie Sozialversicherungen und Nachfragepolitik.

Verlag C.H. Beck
München, 4. Auflage 2021, 145 Seiten
mit Tabellen und Grafiken, 9,95 Euro
ISBN 978-3-406-75001-4

Impressum

Praxis Politik & Wirtschaft
Zeitschrift für den sozialwissenschaftlichen Unterricht in der Sek I/II

Herausgeber und Verlag:
Westermann Bildungsmedien Verlag GmbH
Georg-Westermann-Allee 66
38104 Braunschweig

Geschäftsführung:
Thomas Michael

Redaktionsleitung:
Ute Pietzsch

Redaktionsbeirat:
Jana Bretschneider, Hannover
Stefan Follmann, Trier
Frank Meske, Walsrode
Guido Rotermann, Haselünne
Teresa Tuncel, Essen

Marketing:
Linda Fechner
E-Mail: linda.fechner@westermanngruppe.de

Leserservice / Abonnement:
E-Mail: leserservice@westermann.de
Tel.: 0531 - 708 8631
Fax: 0531 - 708 617
Internet: www.praxispolitik-wirtschaft.de

Anzeigen und Vertrieb:
Anzeigenverkauf: Marlies Schirmer
E-Mail:
marlies.schirmer@westermanngruppe.de
Tel.: 0531 - 708 8337
Anzeigenpreise: Preisliste Nr. 18 vom
1. Januar 2022
Vertrieb: Svenja Ahrens
E-Mail: svenja.ahrens@westermanngruppe.de
Tel.: 0531 - 708 8346

Anzeigen und Vertriebsleitung:
Nicole Bornemann

Buchbesprechungen:
Unverlangt eingesandte Rezensions-
exemplare können nicht zurückgesandt
werden.

Layout und Herstellung:
Sandra König/Kimberly Sibila, Sigert GmbH
Druck- und Medienhaus, Braunschweig

Gesamtherstellung:
westermann druck GmbH, Braunschweig

**Erscheinungsweise und
Bezugsbedingungen:**
6 Hefte im Jahr: Anfang Februar, April, Juni,
August, Oktober und Dezember.
Jahresabo digital und print+digital: (D) 77,00 €/
(A) 79,10 €/97,80 CHF, ermäßigt (Studi-
um/Referendariat – gegen Vorlage einer
entsprechenden Bescheinigung): (D) 53,90
€/(A) 55,40 €/67,40 CHF. Einzelverkaufs-
preis: 18,00 € (D) / 18,50 € (A) / 24,50 CHF.
Jahresabo print für Schulen und Institutionen:
(D) 115,50 €/(A) 118,70 €/137,00 CHF. Jahresabo
print+digital für Schulen und Institutionen:
(D) 231,00 €/(A) 237,40 €/275,00 CHF. Alle Preise
zzgl. Versandkosten je Printausgabe:
(D) 2,30 €/(A) 2,40 €/5,00 CHF – sonstiges
Ausland: 2,40 €. In den Bezugspreisen ist der
jeweils gültige Mehrwertsteuersatz enthalten.
Der Jahresabonnementpreis wird nach
Lieferung der ersten Heftausgabe in Rechnung
gestellt (Preisänderungen und Irrtümer vorbe-
halten). Der Bezugszeitraum beträgt zunächst
1 Jahr und verlängert sich jeweils um ein
weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage
vor Beendigung des Bezugszeitraums schriftlich
gekündigt wird.
Bestellungen an den Buch- und Zeitschriften-
handel oder an BMS Bildungsmedien Service
GmbH, Postfach 33 20, 38023 Braunschweig.
Alle Rechte vorbehalten.
Ein Nachdruck darf nur mit vorheriger
Einwilligung des Verlages erfolgen.

Beilagen/Beifechter: Beifechter SEK 967.216
(Voll-BL), Edi-Beileger Nr. 967.217 (Voll-BL).
ISSN 2700-5844

Vorschau

Heft 4-2022: Rassismus

Unter anderem mit folgenden Themen:

- Racial Profiling – Rassismus im institutionellen Kontext
- Aufklärung des NSU – Terrorismus: ein Fall von Staatsversagen
- Soziale Netzwerke – Nährboden für Rassismus?
- Antimuslimischer Rassismus – Gefahr für die Demokratie?
- Führt linke Identitätspolitik zum Aufstieg der Rechten?
- „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“: wirkungsvolles Label?



Motiv: iStockphoto.com/nzphotono

Im Sinne einer rassismuskritischen Bildung ist es Ziel der einzelnen Beiträge, Schüler/-innen für das Thema Rassismus zu sensibilisieren und aufzuzeigen, dass Rassismus sich auf unterschiedlichen Ebenen manifestiert. Die inhaltlichen Aspekte sollen unter einer rassismuskritischen Perspektive reflektiert und dekonstruiert werden. Im Einzelnen geht es u. a. um Rassismus in institutionellen Kontexten, um soziale Netzwerke und die Frage, ob sie ein Nährboden für Rassismus sind, um den oder einen vermeintlichen Zusammenhang zwischen linker Identitätspolitik und dem Aufstieg der Rechten sowie um die Wirkung des Labels „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“.

Oktober 2022: China - Die (alleinige) Weltmacht des 21. Jahrhunderts?

Die Volksrepublik China ist das bevölkerungsreichste Land der Erde und hat die zweitgrößte Volkswirtschaft. Paradox erscheint, dass die enorme wirtschaftliche Entwicklung Chinas im Rahmen eines kommunistischen Staatsapparates geleitet wird und sich eine neue Form von Kapitalismus entwickelt hat. Etwa in Sachen Klimawandel hat China eine bedeutende Rolle inne, denn der ist ohne das Land nicht aufzuhalten. Und der globalisierte Kapitalismus wird maßgeblich von den Akteuren aus Peking geprägt.

Das Heft liefert einen Einblick in ausgewählte Bereiche, in denen Chinas Einfluss prägend ist.

■ Praxis Politik & Wirtschaft ist bei twitter!

Dort gibt es mehrfach in der Woche Hinweise zu unseren Unterrichtsmaterialien (Print/online), mit denen aktuelle politische Ereignisse behandelt werden können.
Siehe <https://twitter.com/Praxispolitik>.



■ Leserservice

Für Informationen und Fragen rund um Ihre Bestellungen oder Ihr Abonnement:

Tel.: 0531 708 8631

Fax: 0531 708 617

E-Mail: leserservice@westermann.de

■ Copyright

Mit dem Erwerb dieser Zeitschrift haben Sie eine Gebühr entrichtet, die Sie zur Vervielfältigung der Westermann Kopiervorlagen für den eigenen Unterrichtsgebrauch in der jeweils dafür benötigten Anzahl berechtigt. Eine weitere Verwendung ist nur mit vorheriger und ausdrücklicher Einwilligung durch die Westermann Gruppe zulässig. Die Verlagsgruppe übernimmt für inhaltliche Veränderungen durch Dritte keine Verantwortung.



Der Code für den Download der ergänzenden Materialien zu dieser Ausgabe lautet:
FFPP-AY9B-V8HN-QFVV. Bitte eingeben auf: www.praxispolitik-wirtschaft.de/03-2022



23302203

PRAXIS POLITIK & WIRTSCHAFT

Anschaulich politische Bildung vermitteln!



PRAXIS POLITIK & WIRTSCHAFT steht für zeitgemäße Bildung in den Fächern Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Erfahrene Autorinnen und Autoren verfassen Unterrichtsbeiträge zum jeweiligen Schwerpunktthema. In der Zeitschrift werden **praxiserprobte Stundenmodelle** vorgestellt und die dafür relevanten **Unterrichtsmaterialien** an die Hand gegeben.

Unser Online-Angebot **PRAXIS POLITIK & WIRTSCHAFT aktuell**: Dieser Service bietet 14-täglich Unterrichtseinheiten zu aktuellen politischen und ökonomischen Fragen zum Download.

www.praxispolitik-wirtschaft.de

PRAXIS POLITIK & WIRTSCHAFT
jetzt auch digital lesen!



PRAXIS POLITIK & WIRTSCHAFT erscheint sechsmal im Jahr. Im Abonnement* enthalten sind die gedruckten und digitalen Ausgaben sowie der Zugriff auf das Online-Archiv und auf die veränderbaren Arbeitsblätter im Editor. Weitere Informationen zum digitalen Angebot unter www.westermann.de/fz-digital

Bestellen Sie einfach und schnell

T. +49 531 708 8631, F. +49 531 708 617, leserservice@westermann.de

PRAXIS POLITIK & WIRTSCHAFT ist im Abonnement oder als Einzelheft erhältlich. Zudem können die Beiträge der Themenhefte im Online-Archiv heruntergeladen werden – **mit einem Abonnement* kostenlos!**

Themen 2020

- Bruchlinien in der EU
- Freiheit – Eine Idee in der Sackgasse?
- Spiele im Politikunterricht
- Fake-News – Mittel der Politik?
- Politik in der digitalen Gesellschaft
- Zukunft Sozialstaat

Themen 2021

- Globale Herausforderungen
- Das politische System Deutschlands
- Strukturpolitik
- Bundestagswahl 2021
- Politische Theorie in der Schule
- Wirtschaft im Wandel

Geplante Themen 2022

- Karten im Politikunterricht
- Medien und Politik im Zeitalter 4.0
- Markt und Staat
- Rassismus und Identitätspolitik (in Deutschland)
- China in internationalen Beziehungen
- Debatten im Politikunterricht (Methodenheft)

*Privat-Abonnentinnen und -Abonnenten bieten wir mit unseren Abo-Modellen **print+digital** sowie **digital** den kostenfreien Zugriff auf das Online-Archiv ihrer Zeitschrift sowie auf den Editor.

POLITIK
WIRTSCHAFT
GESELLSCHAFT

westermann





Edi

•• **Arbeitsblätter**
Einfach Online Editieren

Für Abonnentinnen und Abonnenten
der Westermann Fachzeitschriften:

- Materialseiten direkt online bearbeiten
- Intuitives Formatieren
- Einfache Bedienung per Drag & Drop
- Tabellen, Lückentexte, Sortieraufgaben u. v. m einfügen
- Viele lizenzfreie Bilder zur freien Auswahl

editor.westermann.de

NEU